ANTIFASCHISTISCHE NRW Zeitung

Nr. 6 Okt. - Dez. '94 3 DM



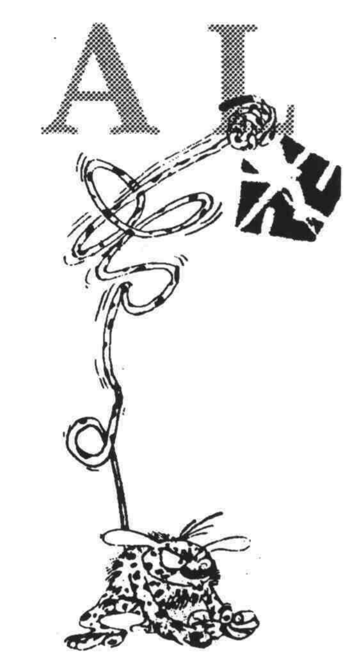
Luxemburg, 13.08.94: "Wir trauern um Rudolf Heß!"

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser!

Diese, nun sechste Ausgabe, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Hintergrund der Aktivitäten des NRW-Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit dem DHKKV aus Solingen. dem geplanten **"Nationalen Einsatzkommando"** der NF und dem **"Arbeitskreis Deutsche Interessen"** (ADI). Weitere dieser Ausgabe sind der **Heß Marsch** in **Luxemburg**, das europäische **Nationalistentreffen** in **Diksmuide**, der **Bund Freier Bürger** und die **Deutsche Gildenschaft**. Der Artikel über die DG haben wir wegen seines Umfangs geteilt, der zweite Teil erscheint in der nächsten NRW-Zeitung. Die **Abschiebeknäste in NRW, Professor Knütter, sowie staatliche Repressalien** sind weiterhin Themen, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben. Am Ende dann die jeweiligen **Kurzmeldungen** aus den einzelnen Regionen NRWs, wobei wir die NPD-**Kundgebung** in **Bonn** als letzte aktuelle Meldung noch veröffentlichen konnten. Zum guten Schluß die eher betrübliche Information, daß wir nicht umhin konnten, den Preis auf 3 DM zu erhöhen. Verantwortlich dafür sind steigende Material- und Druckkosten, sowie der diesmal größere Umfang der Zeitung. Viel Spaß beim Lesen dieser hoffentlich sehr interessanten Ausgabe.

Eure **ANTIFA NRW ZEITUNGSREDAKTION**



Impressum

VisdP: P. Schultze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr.41
5600 Wuppertal 1

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301.0375.603
BLZ: 441 600 14
Bank: Dortmunder Volkbank

Auflage: 1.500
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:
Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 18 DM, also 4,50 DM pro Ausgabe. Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt. Bestellungen bitte an o.g. Kontaktadresse. Zahlungen bitte mit Absenderadresse an o.g. Konto oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an o.g. Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Am 3. April 1992 nahm der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz einen Solinger Thaibox-Lehrer als Informanten in seine Dienste, dessen Einsatz in der rechten Szene kontraproduktiv werden sollte. Rechtslastige Jugendliche wurden von Schmitt in den Dunstkreis militanter Neofaschisten eingeführt, neofaschistische Gruppen auf seine Anregung hin gegründet. Die Aktivitäten des "Verfassungsschützers" in der Grauzone geheimdienstlicher Mittel lösten gefährliche Entwicklungen aus, deren Spuren bis zu den Briefbomben von Wien verfolgbar sind. Wuppertaler Polizisten sahen untätig zu. Gleichzeitig versuchte die SPD-Landesregierung, die demokratischen Kontrollinstanzen an der Nase herumzuführen.

Verfassungsschutz außer Kontrolle

Nur neun Tage dauerte die Sicherheitsüberprüfung des unter anderem wegen Betrugs und gefährlicher Körperverletzung vorbestraften Solingers Bernd Schmitt, der am 25. März 92 mit der Abteilung VI des Innenministeriums in Düsseldorf in Kontakt trat. Ungewöhnlich kurz, bemerkte ein Insider, denn normalerweise nimmt solch eine Überprüfung etwa vier Wochen in Anspruch. Die Verfassungsschützer müssen an Schmitt besonderes Interesse gehabt haben.

Der Grund für ihr eiliges Handeln hieß **"Nationalistisches Einsatzkommando"** (NEK). Das NEK sollte nach Plänen des Führers der **"Nationalistischen Front"**, **Meinolf Schönborn**, eine kadermäßig gegliederte Saalschutz- und Terrorgruppe werden. Schon Ende 1991 unternahmen der **VS** eine unbekannte Anzahl von Anwerbeversuchen im Umfeld von Meinolf Schönborn, um mit Hilfe von Informanten Erkenntnisse über das NEK zu sammeln. Gleichzeitig nahmen **BKA** und Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf.

Mindestens acht dieser Anwerbeversuche flogen auf. In der NF-Zeitschrift **"Aufbruch"** berichtete Schönborn, daß dabei angeblich Honorare bis zu 5000.- DM mit einer zusätzlichen monatlichen Entlohnung von 1400.- DM geboten wurden. Vielleicht erklären auch diese Fehlschläge, warum der VS bei Schmitt derart schnell zugriff.

Schmitt jedenfalls war auf eine schnelle Mark erpicht. 1991 noch hatte er der Stadt Solingen angeboten, mit Kampfsportlern aus seinem Verein **"Hak-Pao"** Flüchtlingswohnheime in der Klingenstadt zu schützen. Die Stadt lehnte ab. Schmitt schützte statt dessen das Herbstfest der **"Deutschen Liga"** im Solinger Wasserturm mit dem hetzerischen Liedermacher **Frank Rennicke** von der **Wiking-Jugend**. "Ich hätte das auch für Greenpeace gemacht", behauptete Schmitt vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Organisator des **DL**-Festes war der lange aktive Neofaschist **Bernd Koch** aus Solingen-Wald, der für Schmitt offenbar zum Sprungbrett in die rechte Szene werden sollte.

"Ich hätte das auch für Greenpeace gemacht"

Als Schmitts Zusammenarbeit mit dem VS begann, war der Kontakt zwischen Schönborn und Schmitt bereits hergestellt. Schönborn hatte in Schmitts Vereinsräumen eine NF-Propagandaveranstaltung abgehalten. Zur gleichen Zeit, als Polizisten des Bundeskriminalamtes und Staatsanwälte massiv mit Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen gegen Schönborn und die geplante Terrorgruppe NEK vorgingen, standen die zuständigen Staatsschützer aus Wuppertal untätig an der Tür von Hak-Pao. Sie sahen geduldig zu, wie der NF-Chef Solinger Jugendliche auf nationalrevolutionäre Linie brachte. Gegenüber Schmitt hatten die Wuppertaler Polizeibeamten zuvor auf Anfrage versichert, daß an Schönborns Auftritt Anfang März 92 in Solingen nichts ungesetzliches sei. Für die Wuppertaler Staatsschützer spricht, daß sie den Kontakt zwischen Schmitt und dem VS herstellten.

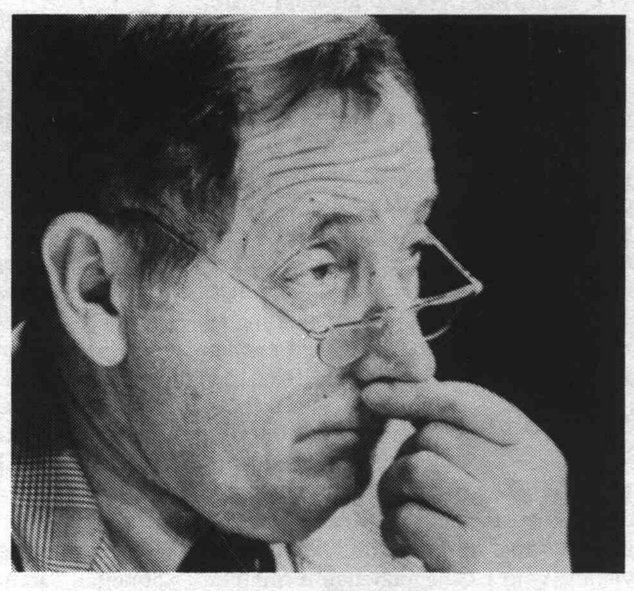
Schmitt wollte jedoch mehr als nur beobachten und Informationen an den VS liefern. Seine lange geplante Securitygruppe erhielt wenige Wochen nach seiner Verpflichtung durch den VS in Absprache mit dem NF-Kader **Michael Noack** aus Mettmann und Bernd Koch eine straffere Organisation unter dem Namen "Deutscher Hochleistungs Kampfkunstverband" (DHKKV). Schmitt organisierte die Gruppe nach Schönborns Vorstellungen vom NEK (siehe Artikel "DHKKV, NEK und der Kampf auf der Straße" in dieser Ausgabe). Vom VS auf die Beobachtung des NEK angesetzt, baute der Gelegenheitsinformant selbst eine Gruppe nach NEK-Muster auf, zu deren Mitgliedern bald Neonazis und Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet gehören sollten, unter ihnen etliche Mitglieder und Sympathisanten der NF.

In den folgenden zwölf Monaten sollte sie etlichen namhaften rechtsextremistischen Gruppen in **NRW** Saalschutz bieten. Kommerzielle Interessen, die nach Darstellungen von Innenminister **Schnoor** von Schmitt verfolgt wurden, spielten dabei höchstens eine untergeordnete Rolle. Insgesamt erhielten die rechtslastigen Kampfsportler für hunderte von Stunden Ordnungsdienst gerade einmal ein paar hundert Mark. Schmitts resümierte im Zeugenstand des OLG Düsseldorf, letztlich nie einen Verdienst gemacht zu haben.

Nicht nur die Neofaschisten profitierten vom DHKKV, sondern auch der VS. Diesem diente der Verband offenbar als Pool für die Beschaffung von Informationen. So schrieb der oberste Dienstherr des VS, Innenminister Schnoor in einer widersprüchlichen und arg verharmlosenden Erklärung: "Die vielfältigen rechtsextremistischen Kontakte des Schmitt lagen auch im Interesse der Verfassungsschutzbehörde".

"Herr Schmitt ist kein Rechtsextremist"

Schnoor behauptet in diesem Bericht, Schmitt wäre kein Rechtsextremist.



"... falsch, falsch und nochmals falsch": Minister Schnoor über Vorwürfe gegen Schmitt

Schmitts Aussagen vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf im Verfahren wegen des Solinger Brandanschlags machen jedoch deutlich, daß finanzielle Interessen keinesfalls der ausschlaggebende Faktor für die Ordnerdienste waren. Warum also pflegte Schmitt Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen und sammelte rechtslastige Mitglieder in seinem DHKKV, wenn er selber angeblich kein Neonazi ist? Nun, immerhin zahlte der VS dem Kampfsportler für die Informationsbeschaffung ein nicht unerhebliches Gehalt, vergleichbar mit dem eines "Arbeiters am Hochofen".

Der DHKKV schlug bei den Rechten ein wie eine Bombe. Schönborn, durch polizeiliche Ermittlungen und Beschlagnahmungen wegen des Aufbaus der terroristischen Vereinigung NEK schwer angeschlagen, zeigte sich euphorisch. Andere Parteiführer witterten ein bevorstehendes Verbot der NF wegen der NEK-Aktivitäten und stellten Schönborn kalt, indem sie ihn aller Parteiämter enthoben. Sie distanzierten sich vom NEK und erklärten es zur Privatangelegenheit Schönborns. Dennoch äußerte Schönborn unmittelbar nach der oben erwähnten Straffung der DHKKV-Organisation durch Schmitt, Koch und Noack: "Ich verfolge die Idee des Aufbaus einer Ordnertruppe weiter". Schmitt wirkte offenbar stabilisierend auf den NF-Organisationsleiter, der sich innerhalb der NF nur noch auf eine kleine Clique von Gefolgsleuten stützen konnte. Spätestens zu diesem Zeitpunkt müßte den Verfassungsschützern klar geworden sein, wie gefährlich und kontraproduktiv Schmitts Einsatz wurde.

Schmitt infizierte auch andere Neonazis mit der Idee, Aktions- und Ordnertruppen aufzubauen, etwa in Köln. Mitte 1992 stellte der DHKKV mit einer Gruppe von beinahe 50 Kameraden den Saalschutz für eine Veranstaltung der Deutschen Liga im Senatshotel, in deren Verlauf führende Nazis aus Belgien auftraten. Eine Mitgliedschaft in der DL, die ihm mehrfach angeboten wurde, lehnte er ab. Die DL kam dann auf die Idee, selbst eine "Bürgerwehr" aufzustellen. Mit der Diskussion um Einbrüche in einem Kölner Nobelviertel im Hintergrund prahlten DL-Ratsherren damit, eine Bürgerwehr im "multikriminellen Köln" aufbauen zu wollen.

"Mutige und anständige Kerle"

Eine ähnliche Entwicklung löste Schmitt ein Jahr später bei den **Republikanern** in NRW aus. Im Frühjahr 1993, mittlerweile vom Gelegenheitsinformanten zum Vertrauensmann des VS aufgestiegen, leistete er zweimal in ihrem Auftrag Ordnerdienste. Einmal auf dem Landesparteitag in Senden, das zweite mal an einem Infotisch in Wuppertal-Ronsdorf. Aber auch als Schmitt nach dem Solinger Brandanschlag seine Kampfsportschule schließen mußte, wollten die **REPs** nicht mehr ohne eine Aktionsgruppe auskommen. Der **Landesvorsitzende Uwe Goller** beauftragte im Herbst letzten Jahres den **REP-Geschäftsführer** aus Hünxe, **Robert Nagels**, mit dem Aufbau einer Ordnertruppe für das Wahlkampfjahr 1994. Nagels selbst hatte sich im gleichen Jahr für einen Kampfsportlehrgang bei Schmitt angemeldet und sollte weitere "mutige und anständige Kerle" gewinnen.

Die gesamten Ausmaße von Schmitts zwielichtigen Aktivitäten im rechten Lager zur Zeit seiner Besoldung durch das Innenministerium sind jedoch weit umfangreicher. Es kam tatsächlich noch dicker, etwa im Fall von **Wolfgang Schlösser**, der durch den V-Mann vom Ausstieg aus dem neofaschistischen Lager abgehalten wurde. 1991 wollte der Solinger Neofaschist Schlösser aus der rechten Szene aussteigen, die Pöstchenhascherei und Profilierungssucht seiner Kameraden gingen ihm angeblich auf den Geist. Seine Idee, eine Initiative zur Förderung des Kampfsports im nationalen Lager zu gründen, ließ er zunächst fallen.

Als er jedoch zusammen mit Koch nach einem Wechsel des Kampfsportvereins in das Fahrwasser von Schmitt geriet, gründete er Mitte 1992 in Absprache mit Schmitt die "**Deutsche Kampfsportinitiative**". Die Aufgabe der **DKI** war es, Rechtsextreme aus dem gesamten Bundesgebiet an Schmitt heranzuführen. Es meldete sich u.a. der Naziführer **Christian Worch**.

"Enthusiastisch" Sammelbekken aufgebaut

Auch DHKKV-Schriftführer Koch gründete auf Anregung von Schmitt Vorfeldorganisationen für den DHKKV, wie er in Düsseldorf unter Eid aussagte. Der Alkoholiker Koch versuchte es zuerst vergebens mit dem "**Arbeitskreis Jugend und Drogen**". 1993 hatte er dann mit dem "**Arbeitskreis Deutsche Interessen**" (ADI) mehr Erfolg. Auch der ADI sollte Kameraden für den DHKKV gewinnen. V-Mann Schmitt war nach Darstellung von Koch "enthusiastisch" damit beschäftigt, in Solingen ein Sammelbecken für Rechtsextreme aufzubauen.

Die rechtslastige Clique der wegen des Solinger Brandanschlags angeklagten **Felix Köhnen** und **Markus Gartmann** hatte Schmitt mit Hilfe eines Jugendlichen für seinen Verein angeworben. "**Böhse Onkelz**"-Fan Felix Köhnen wurde dort von Koch mit Propagandamaterial anagitiert. Ähnlich verhielt Schmitt sich in Düsseldorf, wo er versuchte, Jugendliche aus dem Umfeld der neofaschistischen "Freien Wählergemeinschaft" für den DHKKV zu gewinnen.

Doch zurück zum ADI. Ab Silvester 1992 will Koch nicht mehr in die Vereinsräume in Solingen-Gräfrath gegangen sein. Verfassungsschützer Schmitt hielt den Kontakt zu Koch jedoch aufrecht, noch am Tag des mörderischen Brandanschlags am 29. Mai 93 gingen die beiden zusammen mit anderen in Recklinghausen "wandern".

Insgesamt wurde der als Durchlauferhitzer für den DHKKV gegründete ADI zu einer eigenständigen Organisation mit Ablegern in Berlin und im Ruhrgebiet. Der ADI geriet offensichtlich aus der Kontrolle von NRW-Innenminister Schnoors angeblichem Topmann in der rechten Szene. In den letzten Monaten geriet der ADI in Verdacht, in der zweiten Hälfte 1993 den Kontakt zwischen dem Neofaschisten und Chemiker **Peter Naumann** und den mutmaßlichen Briefbomben-Attentätern aus Wien hergestellt zu haben. Naumann gilt bei den Rechten als Sprengstoffspezialist und hat auch schon selbst anläßlich der Ausstrahlung der Fernsehserie "Holocaust" Sprengstoffanschläge ausgeführt.

V-Mann Schmitt wurde ab der zweiten Hälfte des Jahres 92 offensichtlich vom VS gebremst. Das NF-Verbot war in Vorbereitung und sollte noch im gleichen Jahr ausgesprochen werden, Staatsanwälte und Polizisten waren konsequent gegen die Organisation vorgegangen. Gleichzeitig recherchierten und veröffentlichten AntifaschistInnen erste Berichte über Schmitts Aktivitäten bei den Rechten. Ein Sportjournalist warnte die Solinger Stadtverwaltung vor dem brisanten Kampfsportverein im Ortsteil Gräfrath.

"Wir haben keine Hinweise ignoriert"

Rein gar nichts hingegen trug damals die Staatsschutzabteilung der zuständigen Wuppertaler Polizei dazu bei, den staatlich finanzierten, neofaschistischen Aktivisten zu stoppen. Welch undemokratischer Wind in dieser Polizeidienststelle zeitweise weht, zeigte sich schon Ende der 80er Jahre. Die Beamten versuchten einen Solinger Journalisten zurückzupfeifen, der im Umfeld der Solinger "**Bergischen Front**" recherchierte. Er solle sich etwas zurückhalten, in der Bergischen Front gäbe es einen Informanten.

Schmitt ließ vor dem OLG Düsseldorf seine Kooperation mit den Wuppertaler Staatsschützern (Abteilung Pb II der Wuppertaler Polizei) weitgehend im Dunkeln. Immerhin berichtete er, daß er grünes Licht für den Schönborn-Auftritt in den Hak-Pao-Vereinsräumen erhielt und daß die Polizisten auch gegen seine Saalschutzeinsätze nichts einzuwenden hatten. Es gab jedoch weitere Kontakte. Ein Polizeibeamter übergab Fotos von einer antirassistischen Demonstration sowie Namen und Anschrift eines Solinger Autonomen an Schmitt. Schmitt durfte auch bei einer polizeilichen Vernehmung seines Kameraden **Oberkinkhaus** zugegegen sein. Er genoß Vertrauen bei einigen Beamten im Wuppertaler Polizeipräsidium. Als Schmitt Ende August 1992 als Wortführer einer Gruppe von uniformierten Polizisten am Solinger Infoladen erschien, um dort Personen einzuschüchtern, prahlte er damit, auch Polizisten und Mitglieder des **Bundesgrenzschutz** würden in seinem Verein trainieren.

Auch nachdem Ende 1992 zwei Skins aus dem NF-Umfeld in Wuppertal einen Arbeitslosen ermordeten, den sie für einen Juden hielten, sah die Polizei sich nicht genötigt, NF-Trainer Schmitt zu bremsen. Anfang Mai 93 schützten Zivilpolizisten und DHKKV gemeinsam einen Infotisch der Wuppertaler Republikaner. Erkennbare Ermittlungen wegen der Auseinandersetzungen an diesem Infotisch wurden ausschließlich gegen Linke geführt. Als die "**Antifaschistische NRW-Zeitung**" im gleichen Monat einen ersten ausführlichen Bericht über den DHHKV brachte, bemühte sich der Wuppertaler Polizeipräsident, die Sache herunterzuspielen. Zwei Wochen vor dem Solinger Brandanschlag wurde ein Schreiben verfaßt, in dem Schmitt bescheinigt wurde, neben den Security-Aktivitäten keine Berührungspunkte mit Deutschlands Neofaschisten zu haben.

Bis heute ungeklärt ist ein Vorfall in Solingen-Gräfrath, der wenige Tage nach dem Brandanschlag am 29.5.93 von Zeugen beobachtet wurde. Konnten Angehörige des DHKKV am 4. Juni 93 ungehindert von der Polizei Akten aus den Vereinsräumen von Hak Pao fortschaffen? Wuppertals Polizeipräsident erklärte hierzu: "Wir haben keine Hinweise ignoriert". Eine Streifenwagenbesatzung habe sich um die Kisten gekümmert, aber nichts gefunden, was eine Beschlagnahmung rechtfertigte. Laut Innenminister Schnoor erhielten die Polizeibeamten wahrscheinlich lediglich den Auftrag, "...nachzusehen, ob sich Waffen oder verbotene Gegenstände in den Kisten befänden". Im Innenministerium, so bemerkten die Landtagsfraktion der **Grünen/Bündnis 90**, scheint es bis heute keine eindeutigen Erkenntnisse über die Identität der Polizeistreife zu geben. Im Innenausschuß des Landtags war davon die Rede, daß die Kontrolle eventuell von Magdeburger Polizeibeamten durchgeführt wurde, "die sich dort zur Hospitation aufgehalten haben".

Erst im Dezember 1993, sieben Monate nach dem Solinger Brandanschlag, stellten die Wuppertaler Staatsschützer wichtiges Beweismaterial aus Schmitts Beständen sicher. Die umfangreichen Vereinsunterlagen hatte Schmitt im Keller des Vaters seiner Freundin zusammen mit neofaschistischen Schriften gelagert. Sie belegen die kadermäßige Struktur des DHKKV, die Nähe zur NF sowie die DHKKV-Mitgliedschaft von drei der vier mutmaßlichen Solinger Brandstiftern. Auch die Mitgliedsaus-

Bernd Schmitts Vorgeschichte

Über die Einschätzung des Kampfsporttrainers und VS-Agenten Schmitt gehen die Meinungen auseinander. Laut VS ist er "unpolitisch" und "nachrichtenehrlich" gewesen, er wird sogar als der "Top-Agent" des NRW-VS bezeichnet. Andere sehen in ihm einen überzeugten Rechtsextremisten, der "euphorisch" die Sammlung des rechten Lagers betrieb und zu Gewalttaten gegen Ausländer aufrief. Nach eigener Darstellung begann der gebürtige Solinger bereits im zarten Alter von 6 Jahren mit Judo. Von 1963 bis 1966 will er dann in Norddeutschland bei der Bundeswehr eine Einzelkämpferausbildung genossen haben mit anschließender Fallschirmspringerausbildung in einer Fernspäheinheit. Nach einem Bericht der Zeitung "Neues Deutschland" findet sich Schmitts Spur dann 1970 im frisch eröffneten Sportzentrum der "Budo-Akademie Europa" in Jever/Ostfriesland wieder. Dessen Leiter war der ehemalige Fremdenlegionär Horst Weiland. Trainiert wurde "Anti-Terror-Kampf", wozu neben "schockierenden Schlägen und Tritten" bei gleichzeitigem "Druck auf das Nervensystem" auch die Ausbildung im Gelände und an Waffen zählte. In der Liste, der von Weilands Akademie anerkannten Schulen taucht auch Solingen auf. In der Folgezeit machte Schmitt durch zahlreiche Vorstrafen einerseits und durch eine schier unglaublich Aneinanderreihung von angeblich erworbenen Meistergraden andererseits von sich reden. Unter seinen insgesamt 17 Vorstrafen befinden sich Delikte wie Betrug, Diebstahl, mehrfaches Fahren ohne Führerschein, Körperverletzung. Sie wurden u.a. mit einem Jahr Haft bestraft. Was seine behaupteten Graduierungen in ostasiatischen Kampfsportarten angeht, dürften sie weltweit ziemlich einzigartig sein. Denn wer kann schon von sich behaupten in 20 verschiedenen Kampfsportarten einen schwarzen Gürtel zu besitzen, darunter einmal den 8. Dan, einmal den 7. Dan und allein siebenmal den 5. Dan. Multitalent Schmitt will darüberhinaus in verschiedenen Disziplinen mehrfach deutscher Meister geworden sein und insgesamt 67 Vollkontaktkämpfe bestritten haben. Viele dieser Behauptungen sind nicht belegt, in einigen Fällen konnte Schmitt der Lüge überführt werden. Tatsache ist, daß Schmitt aus zahlreichen Kampfsportverbänden wegen Mißachtung der Statuten hinausgeworfen wurde. Ein Kampfsportfunktionär schreibt über den Solinger: "Herr Schmitt liebt es, an Hinterzimmerweltmeisterschaften teilzunehmen, um sich dann in der Solinger Presse feiern zu lassen."



"Ich hab den Eindruck, ich muß mich immer erklären hier": V-Mann Schmitt mit Anwalt als Zeuge vor dem OLG Düsseldorf

weise von zahlreichen Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet waren dabei. Aufgrund dieser Funde laufen derzeit immerhin Ermittlungen gegen Schmitt, Koch und andere. Ihnen wird die Fortführung der Ende 1992 verbotenen NF sowie Unterstützungshandlungen für zahlreiche rechtsextremistische Gruppen in Form von Ausbildung für Saalschutz- und Observationsaufgaben vorgeworfen.

"In Solingen versagt"

Wie eine aktuelle Neuinszenierung von "Herr Biedermann und die Brandstifter" liest sich Herbert Schnoors Bericht über den Einsatz des V-Manns. Ausgerechnet der Innenminister brachte sich durch sein Verhalten in den Verdacht, die ganze Angelegenheit im Dunkeln halten zu wollen. Eine Unterrichtung der **Parlamentarischen Kontrollkomission** (PKK) des Landtags über den Einsatz des Solinger V-Manns nahm er nicht vor Mitte 1994 vor, etwa ein ganzes Jahr nach der schwersten, rassistisch motivierten Straftat in der Geschichte der BRD. Noch Ende Mai 94 versuchte Schnoor im Innenausschuß des Landtags den Komplex DHKKV zu vernebeln, kritisierte die Landtagsfraktion der Grünen/Bündnis 90. Zu den Aufgaben der PKK gehört die Kontrolle des Einsatzes sensibler geheimdienstlicher Mittel, die der PKK in geheimer Sitzung mitgeteilt werden. Beispielsweise wurde das entsprechende Gremium in Rheinland-Pfalz von der Existenz eines V-Mannes nahe des "harten Kerns" der **RAF** schon vor dem Einsatz in Bad Kleinen unterrichtet.

Ausnahmslos allen Mitgliedern des Landtags in Düsseldorf wurde bis heute der Einblick in die VS-Akten zum Fall Solingen verweigert. Auch die Prozeßbeteiligten am Oberlandesgericht wissen bis heute beispielsweise nicht, welche Verdachtsmomente und welche Namen von Verdächtigen Schmitt nach dem Brandanschlag dem VS nannte. Schnoor setzte als "neutralen" Kontrolleur den **CDU-Politiker Hans Neusel** ein, der an Schmitts Einsatz denn auch nichts auszusetzen hatte. Ein von der Regierung eingesetzter Kontrolleur kann nicht neutral sein, bemängelten die Grünen/Bündnis 90. Als Konsequenz fordern sie neben der langfristig angepeilten Abschaffung des VS die sofortige Einsetzung eines Geheimdienstbeauftragten der PKK, dem beim VS alle Akten offen stehen sollen. Das schleswig-holsteinische VS-Gesetz sieht so etwas schon seit Jahren vor. Außerdem sollte der PKK-Vorsitz der Opposition überlassen werden. Für die Grünen/Bündnis 90 steht jedenfalls fest: "Der Verfassungsschutz hat in Solingen versagt".

Über die Rolle, die der "Deutsche Hochleistungs Kampfkunstverband" (DHKKV) in der rechten Szene spielte, existieren extrem unterschiedliche Darstellungen. Während NRW-Innenminister Schnoor in einer Stellungnahme den Verband als zu keiner Zeit zugehörig zum organisierten Rechtsextremismus bezeichnete, führt die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Verfahren u.a. gegen Bernd Schmitt, der als DHKKV-Leiter einen verbotenen Verein fortgeführt, zumindest aber unterstützt haben soll. Bei diesem "Verein" handelt es sich um die Ende November 1992 verbotenen Nationalistische Front.

DHKKV, NEK und der "Kampf auf der Straße"

Herbert Schnoor nahm im Juni 1994 zum erstenmal öffentlich Stellung zu den Aktivitäten seines V-Mannes Bernd Schmitt, nachdem dieser sich im Düsseldorfer Verfahren um den Solinger Brandanschlag selbst enttarnt hatte. Schnoor wehrt sich entschieden gegen Vorwürfe, der Verfassungsschutz habe eine rechtsextremistische Organisation aufgebaut oder gefördert, um besser an Informationen zu gelangen. Es sei "*niemals zu einer Ausbildung noch zu "irgendwelchen Aktionen" gekommen*", noch habe es "*Aktivitäten der Sportschule mit rechtsextremistischen Organisationen*" gegeben. V-Mann Schmitt habe sich lediglich "*szenetypisch*" verhalten. Andere staatliche Stellen stimmen dieser Darstellung wohl kaum zu. Bereits im Dezember 1993 leitete der Polizeipräsident Wuppertal ein Ermittlungsverfahren gegen Schmitt wegen Fortführung einer verbotenen Vereinigung ein. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen Schmitt und die DHKKV-Mitglieder **Bernd Koch** und **Wolfgang Schlösser** ebenfalls wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. Konkret Schmitt wird vorgeworfen, Rechtsextremisten für Saalschutzaufgaben und Observationen ausgebildet zu haben. Im Mai 1994 wurde bei Gesprächen zwischen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf und Polizeibeamten aus Wuppertal ein Vermerk angelegt, indem es wörtlich heißt: "*Die in Rede stehende Kampfsportschule sei durch den SCHMITT aufgebaut worden, um rechtsextremistisch orientierte Personen aus dem Bereich des Bergischen Landes zusammenzuführen und über diese Erkenntnisse zu sammeln.*" Ein anderes Zitat aus einem Bericht ans BKA besagt: "*... daß Schmitt mit ... den von ihm mit- geführten Organisationen ... DHKKV und ... DKI ... eine militärisch strukturierte Personengruppe ausgebildet und geführt hat, die für Personen-, Objekt- und Saalschutzaufgaben für rechtsextreme Organisationen bestimmt war*". Schmitt selbst bestätigt dies gegenüber BKA-Beamten in einer Vernehmung vom 30.06.92: "*Nach der Veranstaltung ... hat zwischen mir und Schönborn ein Gespräch stattgefunden. Das Gespräch ging darum, ob ich in der Lage wäre, Leute von ihm sportlich auszubilden. Vom Grundverständnis her hatte ich keine Bedenken gegen eine sportliche Ausbildung. ... Seit der Ansprache von Herrn Schönborn waren bei uns 3 Lehrgänge ... An diesen Lehrgängen nahmen auch Personen teil, die von mir nicht bekannten Sportschulen kamen ...*"

Auch nach unseren Recherchen können wir der Darstellung Schnoors keinesfalls zustimmen. In seinen Aktivitäten hat der DHKKV objektiv die wesentlichen Aufgaben des von NF-Chef **Schönborn** konzipierten "Nationalen Einsatzkommandos" wahrgenommen, auch wenn das nicht unbedingt unter der (alleinigen) Kontrolle der NF-Führung geschehen ist. Im folgenden bemühen wir uns, die Entwicklung des DHKKV nachzuzeichnen und mehr Licht in sein Umfeld zu bringen. Wir tun dies sehr detailliert, auch weil unseres Wissens bisher nirgendwo eine zusammenhängende Schilderung dieser Entwicklungen veröffentlicht wurde.



Wollte Schmitt für seinen "Sicherheitsapparat": Meinolf Schönborn

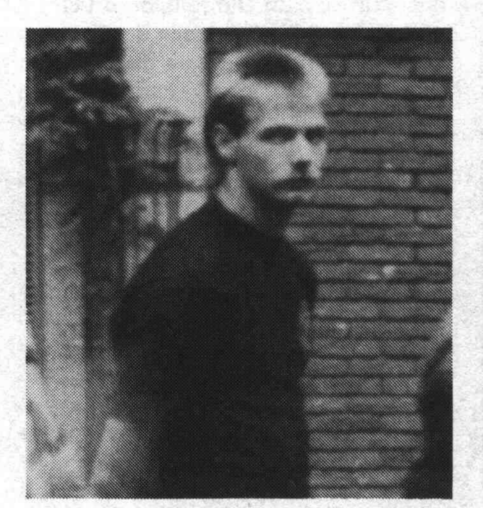
Der Einstieg

Wie die meisten schlimmen Geschichten fing auch diese ganz harmlos an. Die beiden einschlägig bekannten Solinger Rechtsextremisten Bernd Koch und Wolfgang Schlösser waren 1991 auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat bei der **Deutschen Liga** fündig geworden. In der Vergangenheit hatten beide (meistens gleichzeitig) die Nazi-Vereine gewechselt, wie andere Leute ihre Unterwäsche (Zum politischen Werdegang von Koch und Schlösser siehe ausführliche Darstellung in "Antifa-NRW-Zeitung Nr. 1, Mai 92, S.27ff und Artikel über "ADI" in dieser Ausgabe). Aus dieser "Wanderschaft" quer durchs rechte Spektrum resultierten allerdings hervorragende Kontakte zu vielen Nazi-Aktivisten. Nun wollte man in Solingen die Deutsche Liga namhaft machen. Nachdem der Versuch, einen "politischen Stammtisch" zu etablieren, im September 91 nur auf geringe Resonanz gestoßen war, organisierte Koch mit Schlössers Hilfe ein "Herbstfest der Deutschen Liga" in der Kneipe Wasserturm. Stargast des Abends war der Wiking-Jugend-Liedermacher **Frank Rennicke.** Als Leiter der Security engagierte Koch einen bis dato nicht in rechtsextremistischen Kreisen aufgefallenen Mann, der eine Kampfsportschule in Gräfrath betrieb: Bernd Schmitt. Dieser Schmitt machte nicht nur sportlich einen kompetenten Eindruck, er schien auch noch interessiert an "nationalem Gedankengut". Keine Frage, daß Koch und Schlösser aus ihrer alten Kampfsportschule austraten und im Januar 92 Mitglied in Schmitts Verein Hak-Pao wurden. Für Schmitt bedeutete dies die Eintrittskarte in das weitgeflochtene Netz des bundesdeutschen Rechtsextremismus.

DL und DHKKV oder "Paß' auf, wir brauchen keine Skins mehr..."

So frohlockte Bernd Koch in Gegenwart von **Katharina Behrend**, der damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der Deutschen Liga in NRW. Frau Behrend, übrigens verheiratet mit einem Staatschutzpolizisten, lud daraufhin Bernd Schmitts Truppe zur Vorführung auf einer DL-Veranstaltung nach Düsseldorf ein. Dort gab es u.a. eine Spende vom Bremer Bürgerschaftsabgeordneten **Hans Altermann.** Den ersten Großeinsatz für die DL hatte Bernd Schmitt dann am 16. Juni 92 in Köln. Dort wollte die DL eine "öffentliche Anhörung zur Ausländer- und Asylpolitik" im Senatshotel abhalten. Europa Vorn-Herausgeber und Stadtratsmitglied **Manfred Rouhs** engagierte Schmitt für 3.000 DM. Schmitt kam mit 50 Leuten (und wartet nach eigener Aussage bis heute auf das

Foto: Transparent, Nachdruck kostenpflichtig



NF-Mitglied und Schmitts Chauffeur: Michael Noack

Geld). Einen weiteren Großauftrag lehnte Schmitt im folgenden September ab. Beim sogenannten Bundeskongreß der DL in Köln erschien er lediglich zur Pressekonferenz, bei der Veranstaltung gab es keine von ihm organisierte Security.

Die NF-Connection

Wesentlich intensiver als zur DL gestaltete sich die Verbindung zur **Nationalistischen Front**. Bernd Schmitt hatte parallel zur Bekanntschaft mit Koch und Schlösser noch einen weiteren Kontakt geknüpft. **Michael Noack**, ein Mitglied der NF aus Mettmann, war Ende 91 seiner Kampfsportschule beigetreten. Noack, zentrale Figur des NF-Stützpunktes Mettmann/Düsseldorf, war mit großem Eifer beim Training und avancierte schnell zum persönlichen Chauffeur von Schmitt. Noack war Mitglied einer Organisation, die sich von den meisten anderen im rechten Lager wesentlich unterschied. Die im November 1985 in Steinhagen von ehemaligen Mitgliedern der NPD-Jugendorganisaton **"Junge Nationaldemokraten"** und den Nationalrevolutionären der **"Nationalen Front"** des **Karl-Jochheim Armin** gegründete Partei hatte sich dem strengen Kaderprinzip verschrieben. Die Mitgliedschaft war erst nach einer halbjährigen Anwartschaft möglich, das Mitglied mußte dann 5% seines Einkommens als Beitrag berappen. Organisatorisches und politisches Vorbild der NF war die **"Waffen-SS"** des 3. Reiches. Ausbildung und Schulung besaßen einen weit höheren Stellenwert als spektakuläre Auftritte, wie sie beispielsweise die Nazis der Kühnen-Fraktion so sehr liebten. Die Schulungsarbeit der NF besaß im gesamten rechten Lager einen ausgezeichneten Ruf. Verbindungen bestanden (und bestehen) bis in die höchsten Etagen des europäischen NS-Netzwerkes.

Das NEK

Im Herbst 1991 faßten 10 führende Kader der NF in einer außerordentlichen Sitzung am Rande des **"Pichlseminars"** der **"Deutschen Kulturgemeinschaft"** (DKG) in Österreich auf Drängen ihres Bundesführers Schönborn einen Beschluß. Ein **"Nationales Einsatzkommando"** (NEK) sollte gegründet werden. Als Zielsetzungen wurden der "*Aufbau kadermäßig gegliederter hochmobiler Verbände*", die "*Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße*", die "*Sicherung von politischen Großveranstaltungen*" und die "*Planung und Koordination von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen*" formuliert. Es sollte weiterhin dazu dienen, "*parteiübergreifend aktive Kameraden*" an die NF heranzuführen (d.h. eine NF-Mitgliedschaft war keine zwingende Voraussetzung!). Das Konzept hatte der Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** zuvor geprüft und für rechtlich unbedenklich gehalten. Um trotzdem nicht die gesamte Partei einer möglichen Repression auszusetzen, wurde der Aufruf zur Gründung des NEK lediglich im Namen von Schönborn, nicht aber der NF verschickt. Das nützte jedoch wenig. Bereits am 24. Januar 92 leitete der Generalbundesanwalt ein Verfahren nach 129a (Gründung einer terroristischen Vereinigung) gegen Schönborn und 7 weitere NF-Angehörige ein. Mitte März kam es zu bundesweiten Hausdurchsuchungen bei NF-Mitgliedern. Spätestens jetzt eskalierte der Streit innerhalb der NF. Schönborn wurde parteiintern von einer Gruppe um die NF-Funktionäre **Pohl** und **Hupka** vorgeworfen, die Partei zu verheizen. Schönborn ließ sich davon nicht beirren und hielt eisern am NEK fest. Noch im Juni 92 verkündete er in einem Rundschreiben, daß der Aufbau des NEKs weiter gehe. Schließlich hatte er eine Verbindung geknüpft, die in wesentlichen Zügen genau dem ent-



Katharina Behrend

Die Aktivitäten des DHKKV - Eine Chronologie

1987, Solingen
Der "1. Hak-Pao Sportclub" wird in das Vereinsregister der Stadt Solingen eingetragen. Er hatte bei der Einstellung seiner Aktivitäten im Jahr 1993 ca. 450 Mitglieder.

Herbst 91, Solingen
Mitglieder der Kampfsportschule Hak-Pao stellen erstmals Ordnerdienst für eine rechtsextremistische Veranstaltung. Es ist das "Herbstfest" der Deutschen Liga im Wasserturm, u.a. mit dem WJ-Liedermacher Frank Rennicke.

11.01.92, Solingen
Die bekannten Solinger Nazis Koch und Schlösser werden Mitglied bei Hak-Pao. Etwa zur selben Zeit tritt auch das NF-Mitglied Michael Noack dem Verein bei.

07.03.92, Solingen
In den Räumen von Hak-Pao findet eine Schulungsveranstaltung der NF mit Meinolf Schönborn statt. Schmitt hatte zuvor den Staatsschutz in Wuppertal über die Veranstaltung informiert und "grünes Licht" bekommen.

03.04.92, Düsseldorf
Schmitt wird als Gelegenheitsinformant (GI) des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Mai 92, Solingen
Schmitt berät mit Noack und Koch über den Aufbau des DHKKV in der Kneipe "Bei Rust".

05.06.92, Bonn
DHKKV-Security bei NF/DJBW-Veranstaltung mit dem führenden Revisionisten Ernst Zündel. Nach der Veranstaltung wird ein Foto Schmitts mit Zündel und Koch gemacht. Auftraggeber war Mauritz.

16.06.92, Köln
Schmitt stellt den Ordnerdienst mit ca. 50 Personen zur öffentlichen Anhörung der Deutschen Liga nach Auftrag von M. Rouhs für 3.000 DM, die er nie erhalten haben will. Schmitt nimmt am selben Abend mit DL-Leuten als Zuschauer an RTL-Explosiv-Sendung teil.

20./21.06.92, Hetendorf
DHKKV-Leute fahren zu NF-Sonnenwendfeier bzw. -Parteiversammlung.

27./28.06.92, Hetendorf
DHKKV schützt NF-Bundestreffen auf Ersuchen von Schönborn. Die NF ist bereits an der NEK-Frage gespalten.

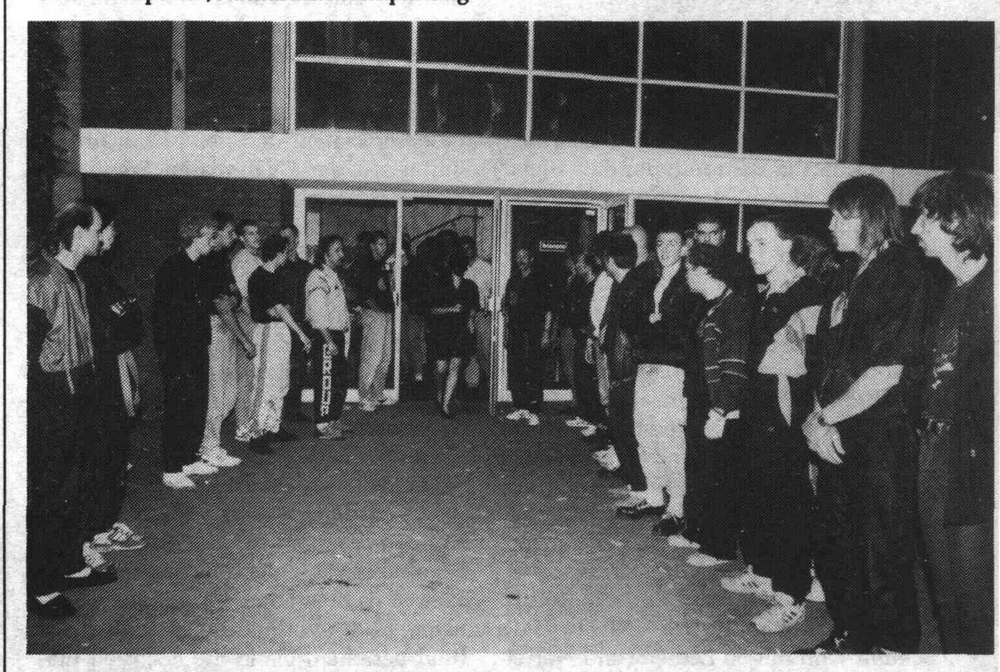
Juli 92, Solingen
Schmitt macht eine Werbeveranstaltung in den Räumen seiner Sportschule, in der er Mitgliedern von NPD,

sprach, was er sich vorstellte. Im folgenden kam es zum endgültigen Bruch innerhalb der NF, der sich in der Existenz von zwei Gruppierungen mit eigenem Bundesparteitag, Bundesvorsitzenden, etc. manifestierte. Dieser Zustand dauerte auch nach dem Verbot der Partei am 28.11.92 an.

Der DHKKV, die Keimorganisation des NEK?

Als Schönborn im Juni 92 sein Rundschreiben verschickte, indem er eindringlich betonte, daß der Aufbau des NEK weiter gehe, waren dies keine leeren Worte. Es existierte nämlich bereits eine Gruppe, deren Praxis und innerer Aufbau den NEK-Vorgaben zumindest sehr nahe kam: Der DHKKV von Bernd Schmitt. Der Kontakt von Schmitt zu Schönborn kam vor allem über den bereits oben erwähnten Michael Noack zustande. Am 7. März 92 hielt Schönborn eine Schulung zur Geschichte der NF in den Vereinsräumen von Hak-Pao in Solingen ab. Von da an verfestigte sich der Kontakt zu Bernd Schmitt. Auch Schönborn war beeindruckt vom Auftreten und von den (angeblichen) Graduierungen Schmitts. Er sah in ihm den Mann, der die nötige Kompetenz besaß, das NEK sportlich auszubilden und zumindest in dieser Hinsicht zu leiten. In der Folgezeit beauftragte Schönborn Schmitt mit der Leitung des NF-Sicherheitsapparates. Außerdem drängte er den Solinger, Mitglied der NF zu werden. Beides will Schmitt auf Weisung des Verfassungsschutzes abgelehnt haben. Schmitt selbst träumte seit langem davon, eine Gruppe für "Personen- und Objektschutz" aufzubauen und finanziell erheblich davon zu profitieren. Als er Ende 91 in Verbindung zur rechtsextremistischen Szene trat, sah er ein weites Rekrutierungsfeld für seine Pläne. Außerdem tat ihm die Bewunderung seiner neuen Freunde gut, sein Bedürfnis seine eigenen Fähigkeiten weit übertrieben darzustellen und von seinen Schülern angehimmelt zu werden war seit langem in der Kampfsportszene bekannt. Genau in dieser wurde er zunehmend als Aufschneider belächelt. Wegen unsauberer Praktiken flog er aus einem Verband nach dem anderen, kaum noch einer wollte mit ihm und seiner Schule zusammenarbeiten. Als dann nach Schönborns Schulung auch noch der VS an Schmitt herantrat, griff der in chronischen Geldnöten steckende Solinger zu. Er ließ sich am 3. April 1992 als "Gelegenheitsinformant" (GI) vom Verfassungsschutz verpflichten und intensivierte seine Beziehungen nach Rechts. Schon in der Zeit zuvor hatte Schmitt von sich aus Kontakt zu Sicherheitsbehörden gesucht. Für den VS war natürlich vor allem Schmitts Verbindung zu Schönborn interessant. Er erhielt den Auftrag, das geplante NEK auszuforschen. Daß er auch den Auftrag erhielt, dieses direkt mitaufzubauen, bestreiten sowohl Innenminister Schnoor als auch Schmitt selbst vehement. Die Schule werde als "*Zentrum des Rechtsextremismus maßlos überschätzt*" wird in der Stellungnahme von Juni 94 nach Schmitts Enttarnung versichert. Vielmehr habe man Hinweise, daß nun rechtsextremistische Kreise versuchen werden, "*Schmitt zum Initiator ... zahlreicher ... Aktivitäten in Solingen zu erklären*". Dies könne jedoch nicht zutreffen, da es im "*Widerspruch zur Kooperationsbereitschaft Schmitts stehe*". Diese Darstellung scheint

Foto: Transparent, Nachdruck kostenpflichtig



Die Saalschutztruppe in Aktion: DL in Köln, 16.06.92

im Ringen um Schnoors Ministersessel zwar verständlich, aber an den Tatsachen doch weit vorbei gegriffen zu sein.

Die Entwicklung des DHKKV

Im Mai 92 berieten Schmitt, Koch und Noack über das Projekt DHKKV in der Solinger Kneipe "Bei Rust", die einem Freund von Schmitt und DHKKV-Mitglied gehört. Schmitt beschloß den unter dem englischen Namen **"High Power Fight Association Germany"** seit etwa 2-3 Jahren existenten "reinen Registrierungsverband" zum Mitgliederverband unter dem Namen "Deutscher Hochleistungs Kampfkunstverband" umzufunktionieren. Man veröffentlichte eine Selbstdarstellung ("Ein Verband stellt sich vor") mit dezent rassistischem Unterton (*"In den meisten Clubs ... liegt der Ausländeranteil bei über 80%. Sollte dies nicht zu denken geben?"*) Noack besorgte die Anmeldeformulare von der NF, nur der Organisationsname wurde geändert. In diesen Formularen befinden sich äußerst detaillierte Fragen nach Einkommen, militärischer Ausbildung, Waffenbesitz, etc. Der Mitgliedsbeitrag wurde analog zum NEK auf 10 DM pro Monat festgelegt. Weiterhin entstanden Ausweise, auf denen in einer codierten Nummer detailliert politische Einstellung und sportliche Fähigkeit, sowie die Stellung in der DHKKV Hierarchie vermerkt wurden (siehe Kasten "Das DHKKV Code-System"). Hierbei bemühte man sich kaum, den rassistischen Hintergrund der Organisation durch die Wortwahl zu verschleiern. Die strukturelle Anlage des DHKKV kann in NF-Wortwahl durchaus als *"Aufbau eines kadermäßigen Verbandes"* ausgedrückt werden. Auch das zweite NEK-Kriterium paßt auf den DHKKV wie die Faust aufs Auge. Denn die *"Sicherung politischer Großveranstaltungen"* wurde häufig durchgeführt, ob als Security für die Revisionismus-Größen **Ernst Zündel** und **Kirk Lyons** im Rhein-Sieg-Kreis, ob Sonnenwendfeier und NF-Bundesparteitag auf dem Nazi-Gelände im niedersächsischen Hetendorf oder Landesparteitag der nordrhein-westfälischen **Republikaner** (siehe Kasten Chronologie DHKKV-Aktivitäten). Diese Aktivitäten räumt Schnoor zwar ein, interpretiert sie aber offensichtlich nicht als "politisch", sondern als *"kommerziell"*, bzw. als *"milieugerechtes Verhalten"*.



Rekrutierte für den DHKKV: Schlösser

Auch die dritte Aufgabe des NEK paßt, wen wunderts, maßgenau auf den DHKKV, nämlich die *"Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den Kampf auf der Straße"*. Denn gerade hier wurde viel getan. Neben wöchentlichem weitgehend *"kanackenfreiem"* Freitagstraining (in Zeugenaussagen ist von ein bis zwei "Alibiausländern" die Rede, die ab und zu teilnahmen) fanden regelmäßig Wanderungen, u.a. in Belgien statt. Von Schmitt werden darüberhinaus bis zu 7 DKI-Stammtische vor Gericht eingeräumt, an denen ausschließlich Rechtsextremisten teilgenommen haben. Für August 93 war ein einwöchiges "DHKKV Security Ausbildungs- und Härtetraining" im Hunsrück anberaumt, das wegen den Ereignissen um den Solinger Anschlag ausfiel. Nach der Aussage eines ehemaligen DHKKV-Mitglieds sollten dort *"paramilitärische Übungen"* stattfinden. NRW-Innenminister Schnoor versuchte seine Behauptung, es habe keinerlei Ausbildung für Rechtsextremisten gegeben, damit zu festigen, daß er den Teil der "Ausbildungsmaßnahmen", der unter dem Namen **"Deutsche-Kampfsportinitiative"** (DKI) stattgefunden hatte, der persönlichen Initiative von Wolfgang Schlösser zuschrieb. *"Die Veranstaltungen wurden dann auf Initiative von Herrn Schmitt nicht fortgeführt, da er sie als geschäftsschädigend empfand"* (O-Ton Schnoor). Bernd Schmitt ging sogar in seiner Vernehmung soweit zu behaupten, daß er Schlösser für seine DKI, die nicht in Absprache mit ihm gegründet worden sei, im Herbst 92 aus dem Club werfen wollte. Fragt sich nur warum Schmitt dann überhaupt seine Räume für derartige Aktivitäten zur Verfügung stellte. Schlösser und Koch stellten den Sachverhalt in ihren Aussagen übrigens völlig anders dar. Schmitt habe die beiden beauftragt, Vorfeldorganisationen zur Rekrutierung für Rechtsextremisten für den DHKKV zu gründen. Koch habe daraufhin den **"Arbeitskreis Jugend und Drogen"** und später die **"ADI"**, Schlösser die DKI gegründet und mit Anzeigen in den der DL nahestehenden Blättern **"Deutsche Rundschau"** und **"Nation und Europa"** dafür geworben. Nach Schnoors und Schmitts Version seien die Aktivitäten der DKI lediglich auf den Sommer 92 beschränkt gewesen, zur Zeit der o.g. Inserate. Daß Schnoor zumindest falsch informiert ist

DVU, WJ und der REPs Ordnerdienste gegen Bezahlung anbietet.

Juli 92, Wuppertal
Erste Veröffentlichung über rechtsextremistische DHKKV-Aktivitäten im "Antifaschistischen Bericht Wuppertal". Schmitt taucht mit einem offensichtlich abgefangenen Brief der Antifa Solingen an die Antifa Wuppertal im Solinger Infoladen auf und spricht Drohungen aus. Draußen wird sein "Besuch" von Polizeibeamten abgeschirmt.

09.07.92, Hennef
Der DHKKV stellt die Security bei NF/DJBW-Veranstaltung mit dem Ku-Klux-Klan-Mitglied und Anwalt von Fred Leuchter Kirk Lyons.

August 92, Solingen
W. Schlösser gründet im Auftrag von Schmitt die "Deutsche Kampfsportinitiative" (DKI) und inseriert in "Nation Europa", der "Deutschen Rundschau" und der "Deutschen Stimme" (NPD). Die DKI nimmt am Freitagstraining bei Hak-Pao teil und veranstaltet etwa vier bis sieben politische Stammtische im Sommer 92.

10.08.92
Schmitt lehnt das Ersuchen von B. Dinter ab, er solle den Ordnerdienst beim diesjährigen "Rudolf-Heß-Marsch" stellen.

26.08.92, Solingen
DHKKV-Mitglieder fotografieren eine antifaschistische Demonstration anläßlich der Ausschreitungen von Rostock. Das Vereinsmitglied Helmut Oberkinkhaus erleidet bei einer Verfolgungsjagd einen Schädelbruch.

Sommer 92, Solingen
Die des Solinger Anschlags Angeklagten Köhnen, Gartmann, und Buchholz werden Mitglied bei Hak-Pao und dem DHKKV.

Sommer 92, Bad Schwalbach
Mitglieder des DHKKV nehmen an der Gründung des hessischen Landesverbandes der "Deutschen Alternative" teil.

September 92, Wuppertal
Schmitt bekommt beschlagnahmten Negativfilm mit Fotos der Antifa-Demo vom 27.08.92 vom Wuppertaler Staatsschutz ausgehändigt, obwohl der Film nicht ihm, sondern dem verletzten Oberkinkhaus gehört. Desweiteren darf Schmitt ca. 3 Wochen später bei der polizeilichen Vernehmung von Oberkinkhaus anwesend sein. Eine spätere Dienstaufsichtsbeschwerde aufgrund dieser Vorkommnisse wird abgelehnt.

29.09.92
Schmitt lehnt den Ordnerdienst für den DL-Bundeskongreß am 03.10.93

In Köln ab, ist dort aber persönlich bei der Pressekonferenz anwesend.

27.12.92, Neuss
Mindestens ein DHKKV-Mitglied beteiligt sich an Auto-Jagd auf Ausländer auf der Autobahn 57. Ein 20jähriger Türke, der in Panik aus seinem Auto springt, wird von einem vorbeifahrenden Auto getötet.

Januar 93, Düsseldorf
Schmitt wird vom GI zum VM (Vertrauensmann), da er regelmäßig in der Lage ist, Erkenntnisse über rechtsextremistische Aktivitäten zu liefern.

27.03.93, Senden
Der DHKKV stellt den Ordnerdienst für den Landesparteitag der Republikaner.

08.05.93, Wuppertal
DHKKV-Leute schützen Info-Stand der Republikaner, können das "Abräumen" des Standes aber nicht verhindern. Es kommt zu Festnahmen von 3 Gegendemonstranten.

29.05.93, Solingen
Anschlag auf das Haus in der Unteren Wernerstraße.

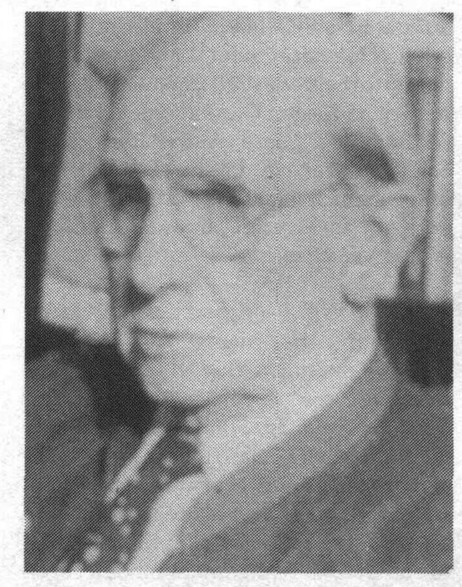
29.05.93, Recklinghausen
Eine von zahlreichen "Wanderungen" des DHKKV. Anwesend u.a. die Vereinsmitglieder Schmitt, Noack, Koch, Oberkinkhaus.

04.06.93, Solingen
Aus der Kampfsportschule werden mehrere Kisten abtransportiert. Bei einer Polizeikontrolle werden keine Waffen gefunden, der Abtransport daraufhin nicht behindert. Die Funkkommunikation zwischen der kontrollierenden Einheit aus Sachsen-Anhalt und der Einsatzleitung kann im Nachhinein nicht rekonstruiert werden. Es werden Vorwürfe laut, daß belastendes Material in den Kisten gewesen sei, was von Schmitt und dem VS bestritten wird.

05.06.93, Solingen
Der für dieses Wochenende geplante Lehrgang der "DKI" fällt aus. Hochkarätige Nazis aus der ganzen BRD hatten sich angemeldet.

07.06.93, Düsseldorf
Innenminister Schnoor sagt in einer Sondersitzung des Innenausschusses, daß der organisierte Rechtsextremismus in Solingen nicht habe Fuß fassen können und daß Solingen kein besonderer Schwerpunkt des Rechtsextremismus sei.

16.08.93, Hunsrück
Auch das langfristig geplante einwöchige "DHKKV-Security Konditions- und Härtetraining" findet nicht statt.



DHKKV-Ehrenmitglied: Remer



NF-Mitglied im DHKKV: Jirka Buder

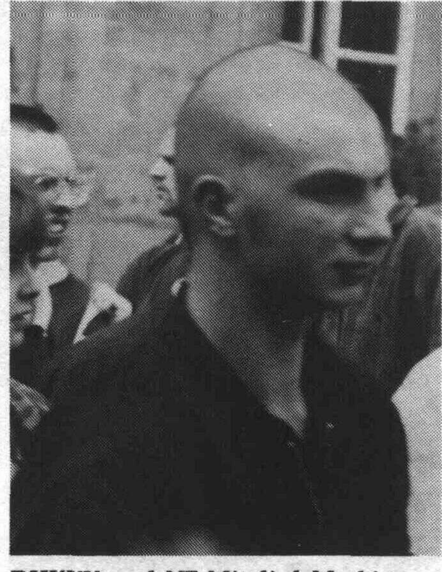
und daß Schmitt lügt, beweist allerdings, daß noch für den 5. Juni 1993 ein Lehrgang der DKI mit Rechtsextremisten aus dem ganzen Bundesgebiet (u.a. **Christian Worch**) geplant war. Auch dieser Lehrgang fand aufgrund der "Nachbeben" des Solinger Anschlags nicht statt. Fast witzig dagegen nimmt sich Schnoors Versuch aus, Schmitt durch dessen Einschreiten gegen "Uniformierung" beim DHKKV vom Vorwurf des Rechtsextremismus reinzuwaschen, steht doch in so gut wie jeder NF-Einladung ausdrücklich die Ermahnung, zu Demonstrationen, Schulungen, Parteitagen, etc. auf keinen Fall uniformiert zu erscheinen. Nicht nur in diesem Fall scheinen die Anweisungen des VS und der NF an Schmitt identisch gewesen zu sein.

Rekrutierung für den DHKKV

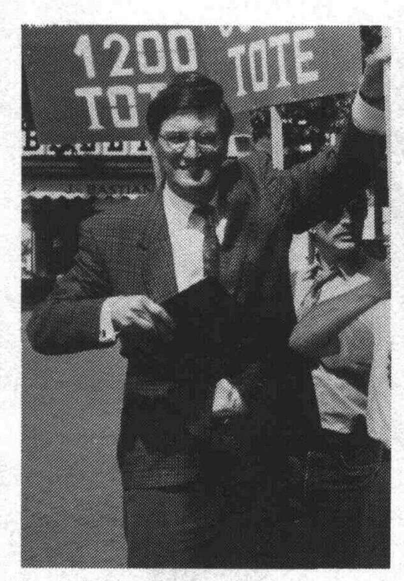
Schmitt bemühte sich darum, den DHKKV vom Trainingsbetrieb von Hak-Pao streng zu trennen. Es wurde das "Freitagstraining" eingeführt, der des Solinger Anschlags angeklagte Christian B. schrieb hierzu: *"Bernd Schmitt textete mich an wegen Special Force. Freitags. ... Die Pfitzer* (Anmerkung: Lebensgefährtin von Schmitt) *sagte ihm, daß ich nach rechts tendiere. Es war kanackenfreier Unterricht (gegen Kanacken). Ich willigte ein, in diesen Verein einzutreten."*. Hier wurde "Special Forces Combat Karate" gelehrt, ein Kampfstil, der auch ansonsten unsportlichen Kameraden Zugang zu Tricks im Nahkampf bringen sollte. Der normale Trainingsbetrieb wurde genutzt, um Jugendliche, die die "richtige" Einstellung hatten, für den DHKKV auszusieben (siehe Zitat Christian B.). Ansonsten wurde darauf geachtet, daß die zunehmende Frequentierung des Vereins von Rechtsextremisten nicht allzu offensichtlich wurde, indem die deutliche Agitation und Zurschaustellung rechtsradikaler Symbole unterbunden wurde. Parallel dazu ekelte Schmitt die bei ihm trainierenden Ausländer mit wenigen Ausnahmen heraus, die eine Art "Alibifunktion" einnahmen.

Personelle Zusammensetzung

Aus den uns vorliegenden Informationen ergibt sich folgendes Bild. Die Mitglieder des DHKKV kamen im wesentlichen aus drei Gruppen. Als erste sind da Leute aus Schmitts Umfeld mit seinem persönlichen Vertrauen zu nennen. Zu dieser Gruppe gehören **Norbert Berger, Helmut Oberkinkhaus** und einige weitere. Die Mitgliedschaft dieser Leute erfolgte nicht primär aus politischer Motivation. Die zweite größere Gruppe sind Jugendliche aus Solingen mit größtenteils rechtsextremistischer Einstellung. Zu dieser Gruppe gehören auch drei der vier Angeklagten im Düsseldorfer Verfahren. Dieser Personenkreis stellte sozusagen den Nachwuchs und wurde hauptsächlich aus Hak-Pao-Mitgliedern



DHKKV- und NF-Mitglied: Mathias Boelicke aus Bonn

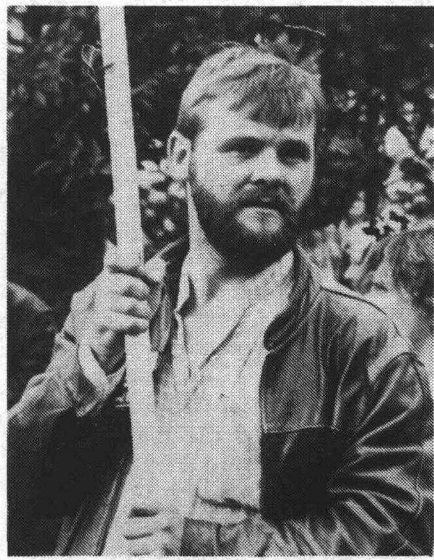


Bot Schmitt Geld für eine REP-Mitgliedschaft: B. Stieglitz



Sollte REP-Schutztruppe aufbauen: Robert Nagels

gewonnen. Die letzte Gruppe umfaßt organisierte Neofaschisten hauptsächlich aus NRW, darunter viele der Nationalistischen Front (vor allem Stützpunkte Rhein-Sieg und Mettmann/Düsseldorf) nahestehende Personen. Als prominenteste wären da z.B. **Otto Ernst Remer** als Ehrenmitglied, NEK-Erfinder Meinolf Schönborn, die NF-Aktivisten **Réné Mauritz, Jirka Buder** und **Mathias Schwier, Robert Langnickel** von der **"Nationalen Offensive", Viktor Jamnitzky** von der **FAP, Michaela Benda** aus Wuppertal als Kontaktperson zur **"Wiking Jugend"**, Störkraft-Musiker **Stefan Rasche,** hochrangige Funktionäre der "Deutschen Liga" und der "Republikaner" (siehe unten), sowie vereinzelte NPD-Leute. Kontakte hatte Bernd Schmitt weiterhin zu **Berthold Dinter** aus dem **"Wunsiedel-Komittee"**, der den DHKKV als Ordnertruppe für den "Rudolf-Heß-Marsch" 1992 engagieren wollte, zu dem führenden Neonazi Christian Worch, der sich bei Schmitt am Telefon beklagte, daß er nirgendwo in Hamburg noch Sport treiben könne und **Frank Hübner,** dem damaligen Bundesvorsitzenden der **"Deutschen Alternative"**. Schmitt, Koch und Noack nahmen an der Gründung des hessischen Landesverbandes der DA in Bad Schwalbach teil.



Noch ein Rep: DKI-Interessent Karl Grimm aus Remscheid

DHKKV und die Republikaner

Auf dem Bundesparteitag der Republikaner im Oktober 1993 drohte der wiedergewählte Bundesvorsitzende **Franz Schönhuber** allen Mitgliedern, die in Verbindung mit extremistischen Gruppen stehen, den Rausschmiß an. Seit Jahren tönt Schönhuber, er habe seine Partei von "Rechtsextremisten gesäubert" und betont die Verfassungstreue seiner Partei. Abgesehen davon, daß er sich spätestens seit seinen antisemitischen Angriffen auf Ignatz Bubis selbst hätte ausschließen müssen, kommt jetzt bezüglich des Landesverbandes NRW eine Menge Arbeit auf ihn zu. Einige prominente Parteifunktionäre sind nämlich in die Aktivitäten des DHKKV verstrickt.

Schon im Juli 92, also kurz nachdem der DHKKV sich sozusagen öffentlich vorgestellt hatte, nahmen Vertreter der Republikaner zusammen mit Leuten der NPD, der Wiking-Jugend, der DVU und der Deutschen Liga an einer Werbeveranstaltung des DHKKV in den Räumen der Sportschule Hak-Pao teil. Bernd Schmitt hatte an dieser Stelle den genannten Organisationen Ordnerdienste gegen Bezahlung angeboten. Die anwesenden Republikaner waren begeistert und machten fortan von Schmitts Angebot Gebrauch. Der DHKKV schützte im folgenden Info-Stände, Parteiversammlungen und sogar den Landesparteitag im März 1993 in Senden. Schmitt schützte nicht nur, er war auch bei internen REP-Versammlungen wie z.B. einer Be-

13.10.93, Solingen
Vor dem Amtsgericht findet der Prozeß gegen einen Antifaschisten wegen dem Schädelbruch eines DHKKV-Mitglieds am Rande der Antifa-Demo vom 27.08.92 statt. Der als Zeuge geladene Schmitt bekommt nach einer Morddrohung besonderen Polizeischutz, wird aber nicht gehört. Außerhalb des Gerichtsgebäudes wird eine Art Ring von DHKKV-Mitgliedern gebildet, die über Funk miteinander in Kontakt stehen. Zwölf von ihnen werden festgenommen.

Dezember 93, Wuppertal
Der Polizeipräsident Wuppertal leitet ein Ermittlungsverfahren gegen Schmitt ein wegen des Verdachts der Fortführung einer verbotenen Vereinigung (hier: NF).

31.12.93, Solingen
55.000 Seiten Material werden bei einer Hausdurchsuchung im Keller von Schmitts "Schwiegervater" gefunden. Gefunden werden u.a. eine Grundstücksskizze des Autonomen Zentrums in Wuppertal und der Plan eines Hauses einer linken WG in Bonn.

Mai 94, Düsseldorf
Bei Gesprächen zwischen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf und Polizeibeamten aus Wuppertal wird ein Vermerk angefertigt, in dem es heißt, daß Schmitt im Auftrag des VS arbeite und seine Kampfsportschule aufgebaut worden sei, um rechtsextremistisch orientierte Personen im Bergischen Land zusammenzuführen und über diese Erkenntnisse zu sammeln. Dieser Sachverhalt wird im Nachhinein von Schnoor energisch bestritten.

03.06.94, Düsseldorf
Schmitt ist als Zeuge in der Hauptverhandlung vor dem OLG geladen. Er gibt seine V-Mann-Tätigkeit faktisch zu, da er eine Aussagegenehmigung vom Innenminister einholen muß. Parallel findet eine Hausdurchsuchung bei Schmitt statt, bei der erneut Material über Rechtsextremisten beschlagnahmt wird.

Juni 94, Detmold
Meinolf Schönborn behauptet in einem Interview mit "Spiegel-TV", daß Schmitt der NF eine militärische Ausbildung im Ausland angeboten habe, u.a. in Fallschirmspringen, an Waffen und in lautlosem Töten.

Anf. August 94
Ein vermummter "Autonomer" behauptet in einer WDR-Sendung, Schmitt habe gegen 50 DM eine Republikaner-Mitgliederliste an die Autonomen verkauft.

04.08.94, Düsseldorf
Bernd Koch sagt im Solinger Prozeß aus und beschuldigt Schmitt, mehrfach zu Gewalttaten gegen Ausländer aufgerufen zu haben.

Das Code-System des DHKKV

Bezeichnend sowohl für die politische Ausrichtung des DHKKV, als auch für die Strukturierung als straff gegliederte Kadertruppe ist das wahrscheinlich von Schmitt entwickelte Code-System. Jedes DHKKV-Mitglied bekam eine Buchstaben-Zahlen-Kombination zugeteilt, die auf den jeweiligen Ausweis gedruckt wurde. Das Mitglied selber war nicht in der Lage den Code zu entschlüsseln. Wir geben den aus acht Stellen bestehenden Code im folgenden in Originalschreibweise wieder:

1. - 3. Stelle: Nationalität des Mitglieds bzw. Antragstellers.

111	Deutsch
222	Türkisch
333	Italienisch
121	Mischlinge mit deutschem Paß (hier deutsch-türkisch)
122	Mischlinge mit ausländischem Paß (hier deutsch-türkisch)
221	Ausländer mit deutschem Paß (hier Türken)

4. Stelle: Politische Einstellung

A	rechtsextrem, Parteimitgliedschaft
B	rechts, z.B. Reps, DVU
C	rechts, unparteilich
D	Mitte rechts
E	Mitte leichte Rechtstendenz
F	Mitte

5.Stelle: Stellung in der Hierarchie

F	Führung
L	Leitung von Gruppen
I	Initiative
O	Normal
S	Sekretariat

6. Stelle: Militärausbildung

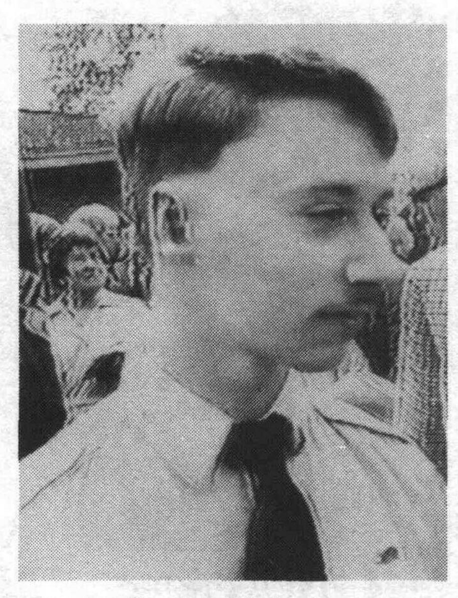
B	Bundeswehr
V	NVA
E	Ersatzdienst
O	Frauen mit Militärsinn
W	Wehrmacht
N	nicht bei der Bundeswehr

7. Stelle: Kampfsportfähigkeiten

K	trainiert
G	Grundkenntnisse

8. Stelle: Einsatzfähigkeit für Aktionen

E	einsatzfähig
F	kämpferisch



Besorgte Pläne vom Autonomen Zentrum: Viktor Jamnitzky



Auf "Türkenjagd": Lars Schoof

zirksvorstandssitzung ein gern gesehener Gast. Der Republikaner-Landesvorstand war von Schmitt so begeistert, daß ihm der stellvertretende Vorsitzende **Burkhard Stieglitz** aus Wuppertal unbedingt zur Mitgliedschaft überreden wollte. Es wurden Schmitt hierfür finanzielle Angebote gemacht und sogar eine Mitgliedschaft unter falschem Namen angeboten. Schmitt will das alles auf Weisung seines Brötchengebers abgelehnt haben. Aber die Zusammenarbeit DHKKV-REP verlief auch in umgekehrter Richtung. Während einige lokale REP-Mitglieder wie der spätere ADI-Pressesprecher und damalige REP-Kreisvorsitzende **Hans-Eberhard Schmidt** sich in der Sportschule sehen ließen, stieß das Lehrgangsangebot über die DHKKV-Anwerbeorganisation DKI bei anderen auf großes Interesse. Auf der Anmeldeliste für einen DKI-Lehrgang, der am 5. Juni 93 stattfinden sollte, sticht vor allem der Name des REP-Landesgeschäftsführers **Robert Nagels** aus Hünxe ins Auge. Das ehemalige CDU-Mitglied Nagels ist Stabsarzt beim Fallschirmjägerbataillon in Wildeshausen. Im Dezember 92 wurde gegen ihn vom Bundesverteidigungsministerium ein Disziplinarverfahren eröffnet. Nagels hatte kurze Zeit zuvor in einem deutschen Herrenmagazin den damaligen Bundespräsidenten Weizsäcker beschimpft, weil dieser sich beim türkischen Volk für einen von Skins erstochenen Türken entschuldigt hatte. Derselbe Nagels bekam im August 93 vom REP-Landesvorsitzende **Uwe Goller** einen besonderen Auftrag. Nach dem Solinger Anschlag von Pfingsten 93 war es weder opportun noch möglich, weiter auf die Dienste von Bernd Schmitt zurückzugreifen. Da dieser jedoch den REPs sozusagen den Mund wässrig gemacht hatte, wollte man auch in Zukunft nicht mehr auf einschlägigen Schutz verzichten. Nagels bekam also von Goller den Auftrag eine 100 Mann starke Truppe aufzubauen aus "*mutigen und anständigen Kerlen, die eine Auseinandersetzung nötigenfalls nicht scheuen*".

Der DHKKV eine terroristische Vereinigung?

Viele der in diesem Artikel verwendeten Informationen sind letztlich durch den Fund von ca. 55.000 Seiten Aktenmaterial an die Öffentlichkeit gelangt, die bei Schmitts "Schwiegervater" Sylvester 1993 im Keller bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt wurden. Soweit bisher bekannt stammt das Material von Koch, Schlösser, dem Deutsche Liga-Mitglied **Niederster-Ostholt** und anderen. Da ein Großteil dieses Materials immer noch völlig unter Verschluß gehalten wird, ist zu vermuten, daß die Aktivitäten des DHKKV noch erheblich über die hier recherchierten hinaus gingen. Soweit öffentlich bekannt, sind die spektakulärsten Funde die Lageskizzen von



DKI-Interessent und NF-Funktionär: Mathias Schwier (mit Gipsarm) neben Pedro Varela (CEDADE) an der Spitze einer NF-Demo in Kehlheim

Häusern in Bonn, Wuppertal und wohl auch Köln. In Bonn geht es um die Wohnung einer linken WG, von der sich die Rechtsextremistin **Anke Kurzmann** bedroht gefühlt haben will und die sie Schmitt gegeben haben will, damit "dieser sich zurechtfindet". Ein anderer Fund ist die Grundrißskizze des Autonomen Zentrum in Wuppertal, die Viktor Jamnitzky an Schmitt weitergab. Hier stellt sich die Frage, ob Schmitt auch in die Aktivitäten der sogenannten **"Anti-Antifa"** eingebunden war. Dazu paßt auch und das Fotografieren einer antifaschistischen Demonstration in Solingen im August 92. Zumindest ist die Weitergabe dieser Dokumente ein erheblicher Vertrauensbeweis seitens der genannten Rechtsextremisten. Zusammen mit den ebenfalls gefundenen Anleitungen zum Bau von Molotow-Cocktails ergibt sich eine wortwörtlich explosive Mischung. Bezeichnend für das Gewaltpotential, das sich beim DHKKV gesammelt hatte ist auch ein Vorfall vom 27.12.92. Die beiden Solinger **Klaus Everts** und **Lars Schoof** (zumindest letzterer war "Vereinsmitglied") machten an diesem Abend auf der A 57 bei Neuss Jagd auf Ausländer. Nachdem sie den Fiat des 20jährigen Türken Sahin Calisir zweimal versucht zu rammen und in die Leitplanken gedrängt hatten, sprang der junge Türke in Panik aus dem Auto und wurde von einem vorbeifahrenden Auto erfaßt und getötet. Everts wurde dafür vom Amtsgericht (!) Neuss zu skandalösen 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ob sich die äußerst großzügige Behandlung des DHKKV durch öffentliche Stellen allein mit der V-Mann-Tätigkeit Schmitts (von der ja nur der VS hätte wissen dürfen) erklären läßt, bleibt offen. Auffällig ist auf jeden Fall folgender Widerspruch: Meinolf Schönborn ruft zur Gründung eines NEK auf und bekommt nur wenige Wochen später ein Verfahren wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung angehängt. Bernd Schmitt praktiziert über ein Jahr lang die im NEK-Aufruf enthaltenen Vorgaben fast wortgetreu und bekommt dafür vom NRW-Innenminister bestätigt, daß *"Hak Pao und DHKKV ... zu keinem Zeitpunkt zum organisierten Rechtsextremismus gehört"* haben.

Quellen:
Verbotsverfügung der NF, Bundesinnenministerium, 26.11.92
Diverse Publikationen der NF
Aussagen vor OLG Düsseldorf v.a. Juni, August 94
Stellungnahme NRW-Innenministerium, Juni 94
"Verfassungsschutz außer Kontrolle?", R. Appel 2.8.94.

Anfang 1993 entstand in Solingen der "Arbeitskreis Deutsche Interessen" (ADI) unter Führung des Neofaschisten Bernd Koch. Der ADI geriet in den letzten Monaten in Verdacht, mit den Briefbombenanschlägen in Österreich in Verbindung zu stehen. Auf Anregung des V-Manns Bernd Schmitt gegründet, geriet der ADI offensichtlich aus der Kontrolle des nordrhein-westfälischen Geheimdienstes.

Der geheimdienstlichen Kontrolle entglitten?

Die Kameradinnen und Kameraden des ADI "unterstützen besonders die Forderung nach Freilassung von Gottfried Küssel in der Ostmark", schrieb die neofaschistische "Neue Front" in ihrer Dezemberausgabe. Als Unterstützung für den inhaftierten österreichischen Naziführer Küssel waren im gleichen Monat auch die Briefbomben gedacht, die in Österreich für etliche Verletzte sorgten. "10 Briefe für 10 Jahre Küsselhaft", forderte einer der mutmaßlichen Täter im November 93, gefüllt mit Nitroglyzerin.

Neben dem verbalen Einsatz für Küssel wie auch für den ebenfalls in Haft sitzenden österreicher Neofaschisten Günther Reinthaler scheint der ADI an der Kontaktaufnahme zwischen bestimmten deutschen und österreichischen Neofaschisten beteiligt gewesen zu sein. Sie stehen jetzt im Verdacht, die Verantwortlichen für den Briefbombenterror zu sein. Doch hierzu später mehr.

Der ADI wurde am 21. März 93 in Solingen gegründet. Zuvor hatte es eine Absprache zwischen V-Mann **Bernd Schmitt** vom "Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverband" (DHKKV) und dem seit mehr als 10 Jahren in der neofaschistischen Szene aktiven Solinger **Bernd Koch** gegeben. Koch sollte Vorfeldorganisationen schaffen, aus denen neue Mitglieder für den DHKKV gewonnen werden sollten. Koch, nach eigenen Angaben bis Ende 1992 Schriftführer des DHKKV, wendete dem Saalschutz-Verband jedoch den Rücken zu. Sportlich hatte der Alkoholiker keine Ambitionen, während der Trainingsstunden hing er zumeist am Tresen in den Vereinsräumen.

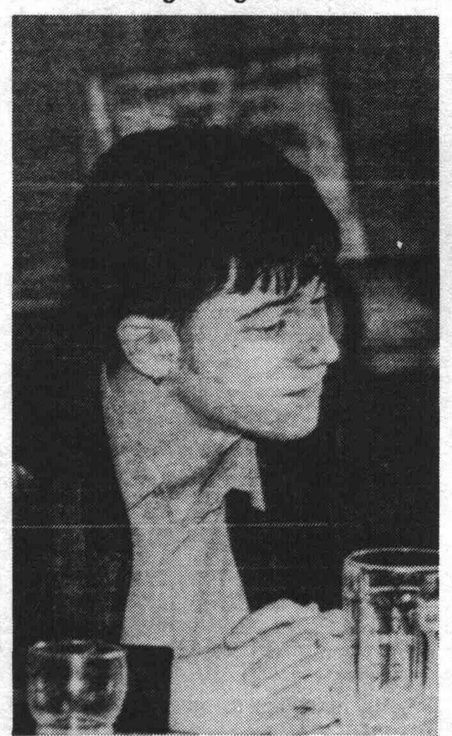
Zu den Gründungsmitgliedern des ADI gehörten **Horst-Eberhard Schmidt** als stellvertretender Vorsitzender und Pressesprecher, **Helmut Schröter** als Finanzbeauftragter, **Stefan Ockert** als Beisitzer des Vorstands und schließlich Koch selbst als Bundesgeschäftsführer. Horst-Eberhard Schmidt, der wegen seiner äußeren Erscheinung den Spitznamen "Nikolaus" trägt, ist eine zentrale Figur unter Solingens Neofaschisten. Er war damals Kreisvorsitzender der Republikaner in Solingen und tauchte genau wie Schröter auch schon mal in der Kampfsportschule des Spezialisten für "Anti-Terror-Kampf", Bernd Schmitt, auf.

Schmitt hielt den Kontakt zu Koch, der den DHKKV angeblich verlassen hatte, zunächst aufrecht. Spätestens im Sommer 93 ist Koch sich dann vermutlich

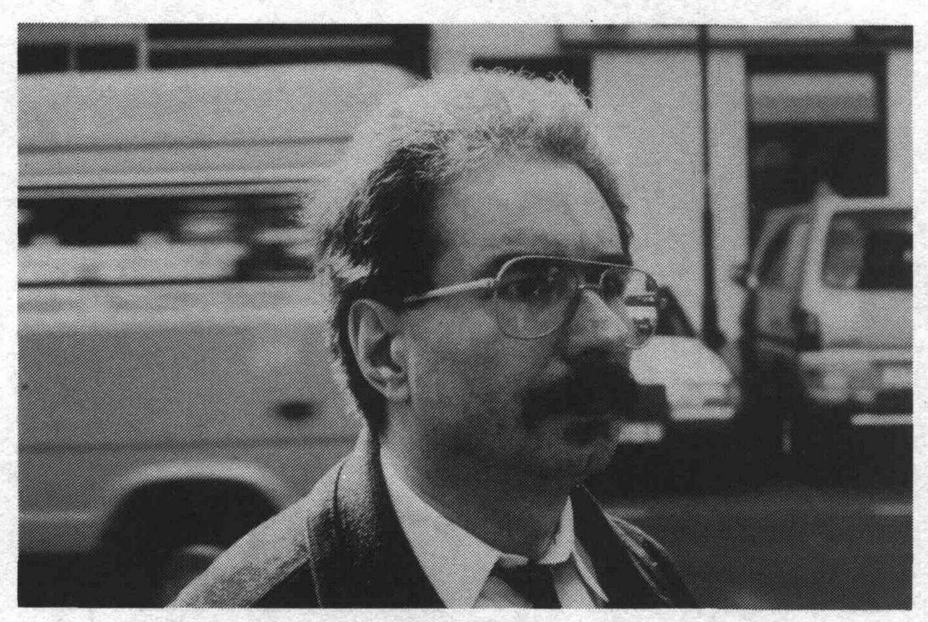
endgültig auf Distanz zu V-Mann Schmitt gegangen, womit der ADI dann wohl aus dem Blickwinkel des VS geriet. Nach einer Vernehmung Kochs durch das BKA, das wegen des Solinger Brandanschlags ermittelte, passierte nämlich folgendes: Schmitt erschien mit einer Gruppe Vermummter in Kochs Wohnung und wollte wissen, welche Namen Koch im Zusammenhang mit dem DHKKV den Polizisten nannte. "Wer über den DHKKV aussagt, ist tot", habe Schmitt gedroht. Nach dem Motto "Jetzt erst recht" entschloß Koch sich nach diesem Vorfall, umfassend über den DHKKV auszupacken.

Kochs ADI fand schnell Anklang in der rechten Szene. Die "Deutsche Rundschau" veröffentlichte im Juni 93 eine Selbstdarstellung des ADI. Vom Solinger Brandanschlag offensichtlich nicht im geringsten beeindruckt, verbreitete er Flugblätter und die ADI-Zeitschrift "Sprachrohr". Das Mitteilungsblatt des ADI entwickelte ein Niveau deutlich unter dem einer schlechten Schülerzeitung. Eines der Lieblingsthemen von Koch: "Ausländerstopp Jetzt".

In der zweiten Hälfte des Jahres 93 entstanden dann schnell ADI-Gruppen in Berlin und Gelsenkirchen. Zu den Berliner ADI-Aktivisten gehört neben **Sven Kron** der "Pressesprecher" **Oliver Kulik**. Kulik und Koch veröffentlichten im Oktober 93 gemeinsam ein Flugblatt, mit dem sie zur Jagd auf "Linke Radikale" bliesen. Insgesamt drei Personen wurden von ihnen mit Namen und Anschrift in diesem Flugblatt genannt. Koch ließ



ADI-Pressesprecher Oliver Kulik



"... konspirative Gruppe", ADI-Chef Koch über den DHKKV

keinen Zweifel daran, was er mit seinen politischen Gegnern vorhatte: "Diesem Menschen muß mit seinen Umtrieben ein Ende gesetzt werden". Vor dem Oberlandsgericht Düsseldorf, wo Koch Anfang August wegen seiner Kontakte zu den mutmaßlichen Solinger Brandstiftern vernommen wurde, bestätigte freimütig, daß er für einen der aufgeführten Namen auf der Anti-Antifa-Liste verantwortlich ist. Oliver Kulik setzte nach Kochs Angaben die beiden anderen Gegner auf die Liste. Vor den Richtern bemühte Koch sich, Lippenbekenntnisse zur Gewaltlosigkeit zu formulieren.

Auch nach dem Ausstieg eines führenden Berliner Neofaschisten aus der "Nationalen Alternative" hatte Koch öffentlich zu Gewalttätigkeiten aufgerufen: "Wir hoffen, daß die Kameraden wissen, was jetzt zu tun ist. Verrat ist Verrat" schrieb Koch in der Zeitschrift "Sprachrohr", für die er sich presserechtlich verantwortlich erklärte.

In Gelsenkirchen entstand Ende 93 der "JUNG-ADI" unter Führung von **Lars Kano**. Über Aktivitäten der Gruppe wurde bislang nichts bekannt. In Castrop-Rauxel fand der ADI in **Adolf Steiner** einen Verbündeten, der nach eigenen Angaben im Landesvorstand der "Deutschen Liga" war oder auch noch ist und den "Bund deutscher Arbeitsloser und sozialschwacher Bürger" ins Leben rief. Letzterer erwies sich bislang allenfalls als Papiertiger, Aktivitäten wurden nicht bekannt. Steiner kündigte Zusammenarbeit mit dem ADI an.

Mit dem Berliner ADI kooperierte nach Berichten des "Antifa-Infoblatts Berlin" (Ausgabe Juni/Juli 1994) der Chemiker und Sprengstoffexperte **Peter Naumann** (41) vom "Völkischen Bund" aus Wiesbaden. Naumann hatte in der Vergangenheit durch Sprengstoffanschläge von sich reden gemacht. Die Ausstrahlung der Serie "Holocaust" im deutschen Fernsehen versuchte er 1979 durch die Sprengung von Sendemasten zu verhindern. Einen weiteren Sprengstoffanschlag verübte er auf die Gedenkstätte der Opfer des Gestapo-Chefs von Rom, Herbert Kappler. Andere geplante Sprengstoffanschläge flogen auf, u.a. ein Anschlag auf das Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau.

Unklar ist, so das Antifa-Infoblatt Berlin, was Naumann beim ADI in Berlin trieb. Bekannt ist, daß es Sprengstoffkurse bei Neonazis gab. Gehörten im Herbst 93 auch Österreicher oder ihre mutmaßlichen deutschen Kontaktpersonen namens Arnulf Priem und Bendix Wendt zu den Teilnehmern der Schulung und hieß der Lehrmeister vielleicht Peter Naumann?

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf antwortete Bernd Koch auf die Frage der Nebenkläger, ob er von Sprengstoffschulungen im Raum Berlin wußte, mit einem vehementen "Nein". Der Bundesgeschäftsführer beeilte sich zu ergänzen, daß er von den Aktivitäten des Berliner ADI nichts mitbekommen habe. Koch, der sich noch im Herbst letzten Jahres in der ADI-Zeitschrift als Bundesgeschäftsführer profilierte, behauptete weiterhin unter Eid, diese Funktion nicht mehr inne zu haben. Bereits am 28. Mai 93, merkwürdigerweise am Tag vor dem Solinger Brandanschlag, will er die ADI-Führung an Oliver Kulik abgegeben haben, was seinen eigenen Angaben in "Sprachrohr" widerspricht.

Dieser Artikel wurde von der "Roma UnterstützerInnen-Gruppe" aus Bochum für die Antifa NRW-Zeitung verfaßt. Eine Reihe von Antifagruppen und Einzelpersonen haben sich bisher gegen die Abschiebegefängnisse gewandt. Auch wir, die Antifa NRW-Zeitung, haben bereits über dieses Thema berichtet. Mit diesem Text sollen die Erfahrungen mit den Knästen auch denjenigen zugänglich gemacht werden, die sich nicht unmittelbar damit beschäftigen. Der Text soll Diskussionen anregen, die sich mit neuen gesellschaftlichen Tatsachen (Abschiebeknäste sind dabei nur eine Institution unter vielen!) auseinandersetzen und hoffentlich auch Ideen bringen, was dagegen zu tun ist.

Abschiebegefängnisse in NRW

"Der Schlüssel widerliches Klirren"

Politik der Vertreibung

Seit Oktober 1992 eröffnete das Land NRW 8 Abschiebegefängnisse zur Deportation von Flüchtlingen. Standorte der Knäste sind: Büren, Coesfeld, Gütersloh, Herne, Leverkusen, Moers, Neuss und Wuppertal-Barmen. In ihnen sind zur Zeit ungefähr 1500 Flüchtlinge und MigrantInnen eingesperrt. Über 1000 davon in speziellen, zu diesem Zweck eingerichteten und eröffneten Gefängnissen. Aufgrund der getroffenen Sondergesetze in der BRD gegen Nichtdeutsche, werden mittlerweile über 200-mal mehr Menschen zur Abschiebung gefangengehalten als noch 1988. Das SPD regierte Bundesland NRW hält hierbei die einsame Spitze. Über ein Drittel aller Abschiebehäflinge der BRD sitzen in NRW ein, NRW hat die meisten Abschiebeknäste und verzeichnet die meisten Abschiebungen.

Bereits Anfang 1992, als die SPD-Basis sich angeblich noch in einem Entscheidungsprozeß zum Asylgesetz befand, war der Bürokratie klar, wie die politisch gewollte Vertreibung der Flüchtlinge in NRW umgesetzt werden sollte. So wurden schon fünf Monate vor dem sogenannten 1. Parteienkompromiß (- drastische Verkürzung des Asylverfahrens auf 6 Wochen bzw. 3 Monate; - Entscheidung durch Einzelrichter, statt durch eine Kammer; - Einrichtung der "Sammellager") Mittel für die Wiedereröffnung stillgelegter Knäste eingeplant. Mit der Bereitstellung von Abschiebeknästen - so das Justizministerium im Feb. 1992 - wäre "alles getan, um ein beschleunigtes Asylverfahren auch praktisch durchführbar zu machen."

Mit den Gesetzen im Sommer kamen für die Flüchtlinge die Zwangsunterbringung im Sammellager, die völlige Entrechtung durch ein Asylschnellverfahren und die Massenabschiebungen, z.B. in die Türkei und nach Rumänien. letzteres durch ein Deportationsabkommen, das die BRD und Rumänien vereinbart hatten. Und bereits ein Jahr später landeten in NRW jeder zehnte Flüchtling, der einen Asylantrag gestellt hatte, im Abschiebeknast. Obwohl immer weniger Flüchtlinge einen aussichtslosen Asylantrag stellen, bzw. überhaupt noch in die BRD kommen, sollen die Abschiebeknastplätze noch einmal massiv aufgestockt werden.

Ständige Kontrolle von der Einreise (obligatorische ED-Behandlung; eingezäunte Sammellager mit Ausweiskontrollen und elektronische Überwachung mittels Magnetkarten, Anwesendheitspflicht in der Kommune, kontrolliert anhand der Essensausgabe von aluverpackten Fastfood, daß statt Auszahlung von Sozialhilfe ausgegeben wird, sowie Razzien durch die Polizei) bis hin zur Abschiebung. In diesem repressiven System gegen Flüchtlinge sind Abschiebeknäste das logische Instrumentarium vor der Abschiebung selbst, die Menschen in die Hände ihrer Verfolger oder Elend und Not befördert.

Knast als Antwort auf den Versuch von Menschen, in Frieden und Sicherheit und ohne Not leben zu wollen. Knast zur Abschottung der Wohlfahrtsfestung Westeuropas. Dies ist die Bedeutung des neuen "Asylverfahrens" für Flüchtlinge.

Um diese Politik der Flüchtlingsvertreibung umzusetzen, wurde in NRW eine eigene Bürokratie geschaffen. Unter anderem die "Zentralen Ausländerämter", zuständig für Flüchtlinge in Lagern und Knästen. Sowie eine ganze Abteilung von SchreibtischtäterInnen im Innenministerium. Die in letzt.: Sekunde gescheiterten Massenabschiebungen nach Serbien via Rumänien im Frühjahr 1994 z.B. gingen auf Pläne dieser Abteilung zurück. Für Ende 1994 rechnete das Innenministerium einen "Bedarf" von 2500 Abschiebeknastplätzen zusammen. Mittlerweile wurden Gespräche mit der AWO über die Einrichtung von geschlossenen Lagern als Ersatzabschiebeknäste geführt. Gerade die NRW-Regierung hat gute Erfahrung mit karitativen Einrichtungen bezüglich ihrer Flüchtlingsvertreibungspolitik. Die Caritas übernahm für die SPD-Regierung die Organisation und Durchführung des Skopje-Programms, das die Abschiebung der Roma kaschieren sollte. Das Rote Kreuz und die AWO sind verantwortlich für die Umsetzung des Lagerprogramms, indem sie zig Sammellager für die Regierung unterhalten. Dies bringt all diese Projekte aus der direkten Verantwortung der Regierung heraus, breitet über allem einen anscheinend wohltätigen Mantel und ist für die karitativen Einrichtungen äußerst lukrativ. So verhandelt die Liga der Wohlfahrtsverbände nun mit dem Land über "Sozialarbeits"-Posten in den Abschiebeknästen.

Situation in den Knästen

Die Haftbedingungen in Abschiebeknästen sind noch einmal härter als in "normalen" U- oder Strafknästen. Ihre Zeit verbringen die Flüchtlinge und MigrantInnen, bis auf eine Stunde Hofgang am Tag und gelegentlich 2-3 Stunden in einem vergitterten "Freizeitraum", eingeschlossen in der Zelle. Betätigungsmöglichkeiten (Sport, Weiterbildung u.ä.), Aufschluß, Bibliotheken oder auch nur Taschengeld (im Strafvollzug 59 DM monatlich) gibt es nicht. Selbst für DolmetscherInnen ist nicht gesorgt. Die medizinische Versorgung ist in allen Knästen katastrophal. Im Abschiebeknast Büren, in dem 600 Menschen zusammengepfercht sind, gibt es keinen hauptamtlichen Arzt. Stattdessen "verschreiben" Sanitäter nach Gutdünken Psychopharmaka.

Zu den katastrophalen Bedingungen kommt die Ungewißheit. Viele der Einsitzenden wissen nicht, warum sie im Knast sitzen. Was sie "verbrochen" haben. Was das "Strafverfahren" soll, wer zuständig ist. Wie lange sie einsitzen müssen. Ob sie rauskommen oder abgeschoben werden. Was mit ihren Angehörigen passiert.

Ionel R., einer der ersten Gefangenen im Abschiebeknast Herne, beschreibt seine Situation:

"Ich bin seit einem Monat im Gefängnis. Meine Frau Greta, die im 3. Monat schwanger ist, ist in einem anderen Gefängnis. Zu



Büren im Januar '94: NRW-Justizminister Krumsiek (links) und Anstaltsleiter Müller bei der "Knasteröffnung"

Hause in Rumänien haben wir noch ein einjähriges Kind. Wir hatten, als wir verhaftet worden sind, alle Dokumente - Paß, Geburtsurkunde, Ausweis - bei uns. Wir wissen nicht, was überhaupt mit uns geschieht, warum wir so lange hierbleiben müssen ..."

Da sie für sich in der BRD keine Chance mehr sehen, möchte ein Teil der Gefangenen den Knast so schnell wie möglich verlassen. Und das selbst um den Preis der Abschiebung. Ein nigerianischer Flüchtling hatte am Tag seiner Verhaftung durch das Ausländeramt Essen seinen wenige Tage abgelaufenen Paß bei sich. Von Essen wurde der Paß an das Zentrale Ausländeramt Münster geschickt, von dort an die Bundesgrenzschutzdirektion Koblenz. Dort wurde erstmal gewartet, bis eine Anzahl nigerianischer Pässe zusammengekommen war, bevor sie der Botschaft zur Verlängerung vorgelegt wurden. Als der Mann es wagte, sich über diese zweieinhalbmonatige Verschleppung zu beschweren, wurde BGS-Flugbegleitung für die Abschiebung angeordnet - der entsprechende Flug ging nochmal zwei Wochen später.

Viele MigrantInnen oder Flüchtlinge sind monatelang eingesperrt, ohne daß sie an irgendwelche Informationen herankommen. Die Ausländerämter spekulieren, daß sich Flüchtlinge und MigrantInnen durch diesen Druck zur Mitwirkung an der Beschaffung von Ausreisepapieren (Angabe von Daten und eventuell richtigem Namen) zwingen lassen.

Die Höchstdauer von Abschiebehaft beträgt 18 Monate. Nicht wenige kommen nach 6, 10 oder sogar 18 Monaten sinnloser Abschiebehaft frei.

Für andere sind mit der Abschiebung lebensbedrohliche Konsequenzen verbunden. Kuldeep Singh, aus dem Abschiebeknast Wuppertal nach Indien abgeschoben, wurde von der Flughafenpolizei in Dheli mit Elektroschocks und Schlägen zu Tode gefoltert. Die Abschiebung in den Sudan vor Augen erhängte sich Thomas Emmanuel Tout Weihnachten 1993 im Abschiebeknast Herne. Im zweiten Halbjahr '93 töteten sich 6 Menschen in BRD-Abschiebeknästen. Nur selten erfährt frau/man in der BRD, was nach der Abschiebung geschieht. Aus mehreren Abschiebeknästen in NRW wurde von Übergriffen der Schließer auf die Gefangenen berichtet. Nach einer Protestaktion im Abschiebeknast Herne am 15.1.94 wurde Youssef L. in die berüchtigte Bochumer Krümmede verlegt. Dort verbrachte er 3 Tage halbnackt im sogenannten Bunker. Am letzten Tag kamen 15 Schließer in die Zelle und schlugen ihn so zusammen, daß er Angst um sein Leben hatte. Falls er noch einmal an Widerstand denken sollte, würde er wieder zusammengeschlagen, drohten die Schließer zum Abschluß. Aus Protest gegen die Mißhandlung durch einen Wachmann des "security service Kötter" im Abschiebeknast Büren schnitt sich ein junger Algerier beide Halsschlagadern und die Brust auf und überlebte nur knapp. Die Liste von Schikanen, Quälereien und Übergriffen seitens der Wächter ließe sich um erheblich mehr Beispiele erweitern. Doch schon der Alltag im Knast ist unerträglich. In der Leere des Knasts wiederholen sich immer wieder dieselben Fragen und Vorstellungen, bis hin zum "fast" "Verrücktsein". Ein rumänischer Gefangener schreibt:

"Ich befinde mich in einer verzweifelten Lage. Manchmal denke ich an Selbstmord. Ich bin ein Nichts. Ein Niemand. Und die Lage in Rumänien ist katastrophal. Wie es auch kommt, nach Rumänien gehe ich nicht wieder zurück."

Widerstand in den Knästen

Mit Briefen an Menschenrechtsorganisationen, Hungerstreiks, Zellenverbarrikadierungen oder -inbrandsetzungen, Suizidversuchen und Flucht wehren sich Flüchtlinge und MigrantInnen gegen Inhaftierung, Schikanen und Abschiebung im Knastalltag. 1993 fanden im "Hafthaus" Herne mehrere kollektive Hungerstreiks statt. Im Oktober hielt eine Gruppe von algerischen Gefangenen einen Hungerstreik 9 Tage lang durch, nachdem zuvor alle Gefangenen einen Tag lang gestreikt hatten. Im Januar 1994 versuchten Gefangene an 3 Tagen hintereinander ihre Zelle in Brand zu stecken und wurden dabei zum Teil schwer verletzt. Der Justizminister Krumsiek mußte anreisen und zur Beruhigung der Öffentlichkeit Hafterleichterungen versprechen. Ähnliche Aktionen gab es auch in anderen Knästen (Brände in Gütersloh und Moers, kollektive Hungerstreiks u.a. in Coesfeld). Am 24.4. sowie am 1.5.1994 revoltierten die Gefangenen im Abschiebeknast Büren. Und am 30.4.94 wehrten sich algerische Abschiebehäftlinge in Leverkusen gegen die Abschiebehaft, besetzten das Dach, forderten ihre Freiheit und 24 Stunden Zeit, um in ein anderes Land zu gehen. Die Revolten, in deren Verlauf die Knäste erheblich beschädigt wurden, konnten nur durch massive Polizeieinsätze unterdrückt werden. Mit dem ersten Aufstand in Büren hatten die Beteiligten, meist algerische Gefangene, Verhandlungen mit PolitikerInnen von der Landesregierung erzwungen, die am 28.4. in Büren eintrafen. Der aus vier Personen bestehenden Verhandlungsdelegation der Gefangenen wurden weitere Gespräche versprochen. In der darauffolgenden Nacht kam es zum Einsatz einer SEK-Staffel. Dieses Sondereinsatzkommando ist eigens zur Knastaufstandsbekämpfung in dem bundesweit größten Abschiebegefängnis in die Nähe Bürens stationiert worden. Ca. 30 Gefangene wurden aus den Betten gerissen und mußten auf dem Hof antreten. Einige wurden ausgesondert und noch in derselben Nacht in andere Knäste verlegt - darunter die Verhandlungsdelegation. Die anderen mußten die Nacht auf dem Hof stehend verbringen und wurden erst am Morgen zurück in die Zellen gelassen. Am darauffolgenden Tag blieb der Knast, angeblich wegen eines "Betriebsausflugs", für BesucherInnen geschlossen. Zur weiteren Repression ordnete Bürens Knastchef Möller Entzug des Essens und Einsperren in die videoüberwachten "Beruhigungszellen"(Bunker) an. Die vorerst letzte Aktion in dieser Reihe war die Revolte von ca. 40, überwiegend algerischen Abschiebegefangenen im Kasseler Untersuchungsge-

fängnis. Wegen des Bürgerkriegs in Algerien flüchtete ein großer Teil der algerischen Jugendlichen nach Europa. In der BRD gerieten sie als eine der ersten größeren Gruppen von Flüchtlingen in das neue Verfahren zur Abwehr von Flüchtlingen - die Aberkennung des Fluchtgrunds Bürgerkrieg und die Ablehnung im Asylverfahren erfolgte zu fast 100%. Obwohl wegen des Bürgerkriegs für AlgerierInnen fast keine Ausreisedokumente ausgestellt werden, ließ die Flüchtlingsbürokratie allein in NRW hunderte algerische Jugendliche, selbst Minderjährige, einsperren. Viele bleiben monatelang, oft über ein Jahr, im Knast. Die Behörden der algerischen Militärregierung haben kein Interesse an der Rückkehr der verzweifelten Jugendlichen, da sie eine Verstärkung der islamischen Guerillas befürchten. Erfahrungen mit staatlicher Repression konnten die algerischen Jugendlichen bereits zur Genüge sammeln. Viele waren beteiligt an der Armutsrevolte im Oktober 1988, die von den Militärs niedergeschossen wurde. Nach dem vom Westen abgesegneten Putsch der Militärs und dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Algerien suchen viele ein Leben in Ruhe im vermeintlich friedlichen Europa. Doch auch in Europa genügt die Tatsache, daß sie Jugendliche aus Algerien sind, um sie zur Zielscheibe von staatlicher Verfolgung zu machen, sie in den Knast zu bringen und zurück in den Bürgerkrieg zu deportieren. Für sie gibt es keinen Platz, wo sie in Ruhe gelassen werden. Sie werden nicht als Personen wahrgenommen, sondern zum Problem gestempelt. Durch die Vertreibungspolitik in die Enge getrieben, entschließen sie sich dieser Maschinerie "Probleme" zu machen. Ihr Widerstand ist nicht geplant oder perspektivische, eher eine Revolte. "Rage against the machine".

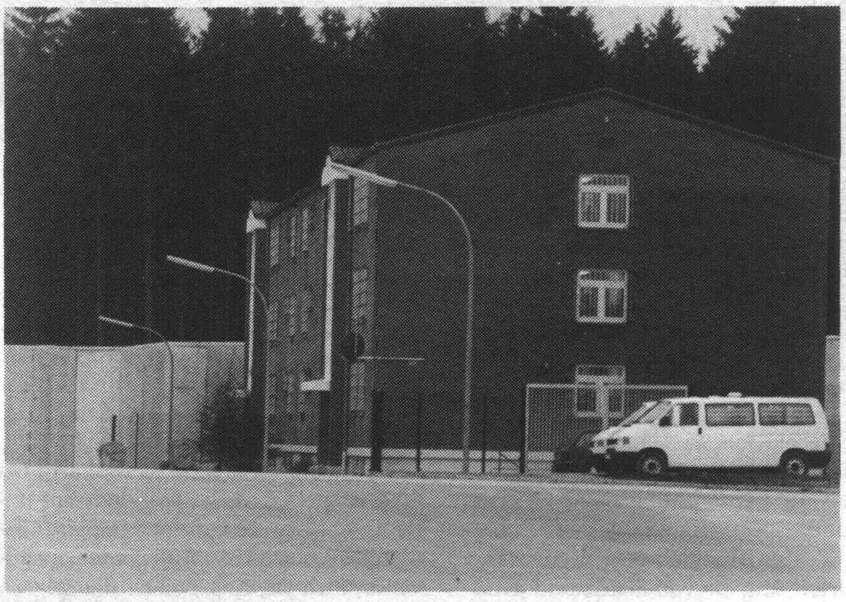
Justiz und Ämter

Im Jahr 1992 wurde ebenfalls die gesetzliche Grundlage für Abschiebehaft verschärft. Seitdem genügt der sogenannte "Begründete Verdacht", Flüchtlinge oder MigrantInnen könnten sich nicht freiwillig abschieben lassen, um sie in den Knast zu bringen. In anderen Fällen, z.B. Angabe von falschen Personalien (unter Umständen notwendig zur Einreise oder zum Schutz der Verwandten im Herkunftsland), soll sogar automatisch nach Ablauf der Ausreisefrist inhaftiert werden. Die Verfahren, von denen oft monatelange Haft eingeleitet wird, dauern in der Regel nur wenige Minuten. Oft wird den MigrantInnen oder Flüchtlingen gesagt, sie sollen das Maul halten und nur unterschreiben, daß sie alles verstanden haben. Die Wenigsten verstehen überhaupt den Zweck der Verhandlung. Ein irakischer Kurde beschreibt den Anhörungstermin zur Verlängerung seiner Abschiebehaft:

Im Gerichtssaal stand ich mit hinter meinem Rücken festgebundenen Händen - das war für mich schrecklich. Plötzlich rannte mein Kind auf mich zu und rief Papa, Papa. Es hat mich umarmt und gefragt, warum kommst du nicht und kümmerst dich um uns? Ich konnte es nicht auf den Arm nehmen und fühlte mich sehr erschüttert. Bei der Gerichtsverhandlung habe ich den Richter gefragt, ob es nicht möglich sei, mir die Handschellen abzunehmen, leider ohne Erfolg ...

Wenig später wurde der Mann in die Türkei (!) abgeschoben, wo er 2 Wochen lang gefoltert wurde, ermöglicht durch die geflissentliche Erfüllungshilfe des Amtsgerichts. Die Amtsgerichte verlassen sich fast ausschließlich auf die Angaben der Ausländerämter. Viele Haftbeschlüsse fallen deshalb wie ein Kartenhaus zusammen, wenn sie von Angehörigen oder AnwältInnen nachrecherchiert werden. Trotz mieser Gesetzeslage sitzen viele MigrantInnen und Flüchtlinge noch "illegal" im Knast. Die Inhaftierung besonders rationalisiert hat das Amtsgericht Wuppertal. Es verwendet Haftbeschlüsse zum ankreuzen. Wen wundert es, daß das Ausländeramt Wuppertal für den Haftantrag ganz ähnliche Ankreuzbögen verwendet? Das Anfechten der Haftbeschlüsse wird allerdings durch die Praxis vieler Gerichte vereitelt: Haftbeschwerden werden manchmal erst nach Monaten entschieden, wenn der ursprüngliche Beschluß schon abgelaufen ist. Wenn klar wird, daß MigrantInnen oder Flüchtlinge illegal im Knast sitzen, werden angesetzte Entscheidungstermine schon mal verschoben, bis das Ausländeramt schnell eine Abschiebung hinkriegt. In manchen Fällen brechen Gerichte selbst Gesetze, um dem rassistischen common sense besser zu genügen: Das Amtsgericht Münster stellte gegen einen Pakistaner, der zuvor schon ein halbes Jahr im Abschiebeknast gesessen hatte, einen Haftbeschluss über ein Jahr aus. Wie die allermeisten, stand er in dieser Situation ohne RechtsanwältIn vor dem Gericht. Daß mit diesem Beschluß zur Haft seine Kollaboration mit dem Ausländeramt erzwungen werden sollte, wurde vom Gericht offen ausgesprochen. Abschiebehaft als Erpressung. Ein Algerier, der nach 18 Monaten Abschiebehaft aus dem Abschiebeknast Leverkusen entlassen worden war, wurde nach 2 Wochen schon wieder in Abschiebehaft genommen. Das wurde zu einem der Auslöser der Gefangenenrevolte in Leverkusen. Richter Berger vom Amtsgericht Paderborn verlängert die Haftbeschlüsse eines großen Teils der in Büren eingesperrten Männer ohne die vorgeschriebene Anhörung, weil die ihm zu viel Arbeit macht. Die Flüchtlinge oder MigrantInnen kennen oft nichtmals den Tag, an dem über weitere 3 oder 6 Monate Knast entschieden wird. Irgendwann kommt dann der Brief...

Für die Menschen im Knast ist die Verlängerung der Haft oft die Katastrophe, denn die Hoffnung, irgendwie aus diesem Alptraum rauszukommen, zerbricht. Viele reagieren mit Suizidversuchen oder Protestaktionen, die zum Teil ebenfalls lebensgefährlich sind. Im Laufe des letzten Jahres wurden Flüchtlinge, die mehrere Asylanträge gestellt haben, mit zunehmender Häufigkeit zuerst zu 2-3 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, oder saßen eine entsprechende Zeit in U-Haft ab, bevor sie in die Abschiebeknäste kommen. Ähnliches wird auch aus dem Frauenabschiebeknast Neuss berichtet, in den zwangsprostituierte,



Abschiebehaftanstalt Büren

nicht-deutsche Frauen oft erst nach ca. 2 Monaten Knast wegen "illegaler Arbeit" eingeliefert werden. Zuschlechterletzt können MigrantInnen oder Flüchtlinge vor der Abschiebung vom Ausländeramt mit den Kosten der Abschiebung bedacht werden, um "die Kosten der Abschiebung zu decken". Herr Pantalon von der Zentralen Ausländerbehörde Münster kassierte 500 DM von einem Algerier ab, der das Geld im Knast versteckt hatte, um damit die Grenzpolizei in Algier zu bestechen und so vielleicht eine minimale Chance zu haben. Herr Pantalon schrieb eine Rechnung über mehr als 7000 DM, davon 3781 DM für die "Unterbringung in der JVA". (Dies erinnert an den Film "Brasil", in dem Oppositionelle für ihre Haft, Folter und Liquidierung bezahlen müssen.)



Transparent auf Demo, Büren 29.Mai 94

Rassistische Gesellschaftsordnung

Der Abschiebeknast Büren befindet sich nicht zufällig mitten in einem Wald, 8 Kilometer von der gleichlautenden Kleinstadt entfernt. Mit einer 5,50 Meter hohen neuen Mauer, Leerstreifen und Flutlicht ist der größte Abschiebeknast der BRD umgeben. Da es keine Nahverkehrsverbindung zum Knast gibt, bekommen die Gefangenen fast keinen Besuch von Angehörigen oder FreundInnen, die eventuell mehrere hundert Kilometer entfernt wohnen. AnwohnerInnen oder auch nur PassantInnen gibt es hier nicht. Alles was hier passiert, passiert fast ohne jegliche Öffentlichkeit. Zusätzlich wird der Abschiebeknast zu 2/3 von "Schwarzen Sheriffs" des Essener "security service Kötter" bewacht. Wieder einmal übergibt die Landesregierung die Verantwortung "Privaten". Nicht vereidigte Beamte, sondern private Sicherheitsfirmen, deren Schläger auf Geheiß auch mal HausbesetzerInnen aus Häusern prügeln, sind für die Bewachung zuständig. Einer kritischen ZDF-Journalistin wurde die Drehgenehmigung für alle NRW-Abschiebeknäste verweigert, angeblich wegen zu großer "Aufstandsgefahr" im Sommer. Damit sind ideale Bedingungen geschaffen für eine nicht-öffentliche Gewaltausübung, für die sich niemand mehr verantwortlich erklärt. Ein Baustein der Politik der "inneren Sicherheit", die Gewaltanwendung im Sinne einer nebulösen "Ordnung" ohne Rechtfertigungszwänge durchsetzen will, ist im Abschiebeknast Büren schon exemplarisch eingebaut.

Abschiebeknäste sind auch ein Zeichen an die deutsche Bevölkerung. Wer schon einmal die Befriedigung mancher AusländeramtsbeamtInnen über eine Inhaftierung oder Abschiebung miterlebt hat, wird sich über die Quelle dieser Befriedigung fragen. Gewalt gegen Außenstehende dient der Definition und dem Zusammenhalt der "etablierten" Gesellschaft. Der "punktuell totalitäre Staat", der einige verfolgt, damit sich die Mehrheit identifiziert, hat für Flüchtlinge bedrohliche Konturen angenommen.

Sexistische und rassistische Ausbeutungsverhältnisse werden durch die Verfolgung mit dem Ausländerrecht eher unterstützt als verhindert. In den Frauenabschiebeknästen Neuss und Gütersloh (zu 1/3 Frauen) werden zwangsprostituierte nicht-deutsche Frauen eingeknastet. Die Bordellbesitzer, Zuhälter und "Besucher" kommen ohne Strafe davon, weil die ZeugInnen abgeschoben werden.

Abschiebeknäste gehören zum "ausländerrechtlichen" Instrumentarium, das gegen "unnütze", rebellische oder politisch organisierte MigrantInnen und Flüchtlinge eingesetzt wird. Jungen, wütenden TürkInnen, die nach den Morden von Solingen auf die Straße gingen und Scheiben einwarfen, wurde von NRW-Innenminister Schnoor mit Abschiebung gedroht. KurdInnen, die gegen die Unterstützung der Türkischen Militärs durch die BRD protestierten, sollten nach dem Willen der Bundesregierung abgeschoben werden.

Während der Jugendrevolte in Frankreich gegen das Niedriglohngesetz ließ die französische Regierung algerische Jugendliche zur Abschreckung (illegal) abschieben. Mitwirkung der Regierungen anderer Staaten an der europäischen Abschottungspolitik wird zum eigenständigen Ziel der BRD-Außenpolitik. Besonderer Druck wird auf die vom Westen unterstützte algerische Militärregierung ausgeübt, auch Menschen mit ungeklärter Identität Paßersatzpapiere auszustellen. Nach den Aufständen in Büren besuchten Angestellte des algerischen Generalkonsulats den Abschiebeknast. Ihnen wurden die Häftlinge vorgeführt und die Beamten stellten vor Ort laissez-passer (Paßersatz) aus. Diese Vorführungen finden mittlerweile regelmäßig statt und dienen wohl auch der Informationsbeschaffung der algerischen Behörden über die geflohenen Algerier. Abschiebeknäste sind nicht (mehr) eine spezifisch deutsche Institution. Die Niederlande eröffneten am 27.4.1994 den ersten Abschiebeknast mit 270 Plätzen in einer umgebauten Kaserne. Die Schweiz erhöht die Höchstdauer von Abschiebehaft von bisher 3 Monaten nach BRD-Vorbild. Der erste "Ausschaffungsknast" wurde in diesem Jahr am Flughafen Klothen eröffnet. Auch Frankreich richtete Abschiebeknäste ein (Näheres nicht bekannt)

Schon längere Zeit existieren Internierungslager gegen Flüchtlinge in Großbritannien und den USA. .Unter anderem eröffnete die US-Bundesregierung 1986 ein Internierungslager, in dem bis zu 5000 Flüchtlinge und MigrantInnen eingesperrt werden, von dort aus finden dann die Abschiebungen statt.

Was passiert "draußen"?

An vielen "Standorten" der NRW-Abschiebeknäste haben sich BetreuerInnenkreise oder Gruppen gebildet, die MigrantInnen und Flüchtlinge in den Knästen besuchen, unter Umständen rechtliche Unterstützung organisieren oder in besonderen Fällen Öffentlichkeit schaffen. FlüchtlingsunterstützerInnen und Antifa-Gruppen haben kleinere Knastkundgebungen organisiert, die zum Teil als Unterstützung von Hungerstreiks der Flüchtlinge gedacht waren. Nach dem Tod von Emmanuel Thomas Tout rief die sudanesische Community in der BRD zu einem Trauermarsch vom Knast zum Friedhof auf, an dem sich etwa 500 Menschen beteiligten, anschließend fand eine Kundgebung vor dem "Hafthaus" statt. Die 1.Mai Demo in Wuppertal

führte am dortigen Abschiebeknast vorbei. Am 29.5.1994 fand eine NRW-weite Demo mit ca. 600 TeilnehmerInnen in Büren und vor dem Abschiebeknast statt. Wegen des Verbots von Lautsprechern und einem wahnsinnigen Polizeiaufgebot (Absperrungen, Panzerspähwagen, vermummte SEKler, usw.) konnte fast keine Verständigung mit den Flüchtlingen durch Rufkontakt oder Grußbotschaften hergestellt werden. In der Essener Zentrale des "security service Kötter" warfen Unbekannte Anfang Mai die Scheiben ein. Eine Solidaritätsdemo von ca. 50 Menschen während der Revolte im Kasseler Knast wurde von den Polizisten weggeprügelt. Teilweise ist es zwar gelungen, die Skandale um die Abschiebeknäste und den Widerstand der MigrantInnen und Flüchtlinge öffentlich zu machen. Zu viel mehr waren FlüchtlingsunterstützerInengruppen allerdings nicht in der Lage. Im "etablierten Spektrum" unterstützen nur einige Teile der evangelischen Kirche und der NRW-Flüchtlingsrat die Forderung, die Abschiebeknäste abzuschaffen. Die meisten bedauern nur die sozialen Zustände und überlegen, die Unterlassungen des Staats durch eigenes Engagement auszugleichen. "Kritische" JournalistInnen fangen erst an, sich zu interessieren, wenn es Tote oder spektakuläre Aktionen der Flüchtlinge gegeben hat. Thema sind dann oft nur die Haftbedingungen oder die langen Haftzeiten. Trotzdem gibt es über Abschiebeknäste noch vergleichsweise viele Berichte, gemessen etwa an den Sammellagern. AnwohnerInnen hetzen oft noch gegen die Flüchtlinge im Knast, die aus dem Knast "rausgucken" (Leverkusen) oder "die Zuhälter anziehen" (Frauenabschiebeknast Neuss). In der Herner WAZ gab es allerdings auch kritische Leserbriefe, die sich beschämt zeigten, daß hierzulande derartige Institutionen wieder möglich sind. Die Entwicklung, wie sie in den letzten zwei Jahren stattgefunden hat, war für FlüchtlingsunterstützerInnen 1992 höchstens als eine abstrakte Möglichkeit und Schreckensvision denkbar. In dem aber, was sie für die Flüchtlinge und in zweiter Linie für die UnterstützerInnen bedeutet, war sie nicht vorauszusehen. Entsprechend viel Energie wurde investiert, herauszufinden, was in diesem Land überhaupt passiert.

Für Flüchtlings-Unterstützungs- und Antifagruppen stellt sich die Frage, was die Entwicklung der bundesdeutschen Vertreibungspolitik für unser vergangenes und zukünftiges "Engagements" bedeutet. Ist der Widerstand gegen Rassismus in einer so schlechten Position, daß nur noch "Menschenrechtsarbeit" übrig bleibt? Flüchtlinge haben in Kassel den Knast für einige Zeit betriebsunfähig gemacht, durch die Gegenwehr der Flüchtlinge und MigrantInnen wurde die Bürokratie zu Hafterleichterungen gezwungen (Fernsehen in jeder Zelle in Herne), aufgrund einer Reihe von Protestaktionen der Flüchtlinge 1993 und Winter 1994 wurde im Apparat kurzzeitig darüber nachgedacht, den Herner Abschiebeknast dichtzumachen. Geht es darum, die "spektakulären" Aktionen der Flüchtlinge zu unterstützen? Oder ist das zu wenig, da es darum geht, "eigenen" Widerstand mit "eigenen" Aktionen zu entwickeln und wie aussichtsreich ist diese Möglichkeit? Erreicht man "auf leisen Sohlen" (z.B. Zuflucht gewähren) letztendlich "mehr" (obwohl sich das oft abseits der "Bildfläche" abspielt) ?

Wieder einmal konnten oder wollten die deutschen Sicherheitsbehörden einen Aufmarsch der Faschisten nicht verhindern. Treffpunkt diesmal: Luxemburg.

Der Rudolf Hess-Gedenkmarsch 1994

Zum siebten Mal jährte sich dieses Jahr der Todestag von **Rudolf Hess**. Zum siebten Mal nahmen Faschisten aus mehreren Ländern dies zum Anlaß, ihren inzwischen zum "Fanal für Deutschland" hochstilisierten Umzug zu veranstalten. Zum siebten Mal stehen den Faschisten scheinbar völlig hilflose deutsche Sicherheitsbehörden gegenüber.

Traditionspflege ? Aufmarsch vor der Botschaft

Am 13.8.94 gegen 14.00 Uhr versammelten sich ca. fünfzig Faschisten vor der deutschen Botschaft in Luxemburg, entrollten ihre Transparente und formierten sich zu ihrer geplanten Kundgebung.

Doch der Aufmarsch für den Märtyrer der Naziszene endete in einem Debakel.

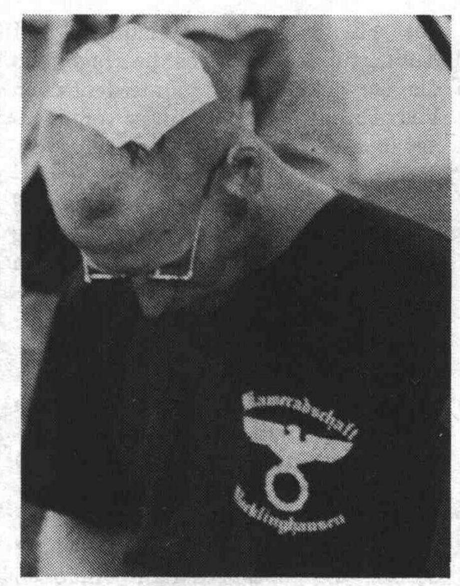
Die herbeigeeilte, luxemburgische Polizei bereitete dem Treiben ein schnelles Ende. Schon mit wenigen Einsatzkräften vor Ort ging sie entschlossen gegen den, nun nicht mehr so glorreichen, überraschten Mob vor. Vor der Botschaft wurden dreißig Faschisten festgenommen. Einige Minuten später versuchten siebzig Rechtsradikale, die mit einem Reisebus auf einer anderen Route nach Luxemburg eingereist waren, im Stadtteil Kockelscheuer zu marschieren. Aber auch hier war das Resultat dasselbe. Wenige, sehr entschlossene Polizisten nahmen alle Beteiligten fest.

Insgesamt waren an den Aktivitäten in Luxemburg ca. 180 Faschisten vornehmlich aus der BRD beteiligt. Anwesend waren außerdem Nazis aus Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Belgien und Großbritannien.

Die Leitung des Aufmarsches lag allem Anschein nach in den Händen des NRW-Landesverbands der FAP.

Von den angereisten Nazis kam unserer Einschätzung nach, außer einem Reisebus aus Karlsruhe, ebenfalls der größte Teil aus NRW. **Siegfried Borchardt** von der FAP Dortmund, der mit einem roten Opel Astra mit dem Kennzeichen HA-HP 664 anreiste, und **Dieter Riefling** von der **Ruhrfront** aus Recklinghausen, der sich mit einem silbergrauen Ford Escort RE-DA 7090, auf den Weg gemacht hatte, schienen die Leitung vor Ort zu haben. Nach Angaben der luxemburgischen Presse gab sich Riefling bei der Polizei als Verantwortlicher zu erkennen. Weitere bekannte Teilnehmer waren **Norbert Weidner** (FAP Bonn), **Christian Malcocci** (HNG -Vorstand), **Bernd Stehmann** (GdNF Bielefeld), **Sascha Wagner** (JN-Bundesvorstand), **Detlef Woelk** (FAP Köln), **Ralf Tegethoff** (FAP Bonn), **Frank Klüppelberg** (FAP Bonn), **Martin Teichgräber** (FAP Bonn), **Frank Steffen** (FAP Bonn), **Jürgen Sünkel** (GdNF) und **Ulrich Klöries**, Ratskandidat für die **Deutsche Liga** aus Köln.

Die luxemburgische Polizei zeigte sich relativ überrascht von der Aktion. In einer ersten Stellungnahme erklärte sie, daß sie von den deutschen Behörden davon in Kenntnis gesetzt worden sei, daß mit Aktivitäten im "Drei Länder Eck" zu rechnen sei. Obwohl die Luxemburger sich nicht auf ein Hess-Gedenktreffen in Luxemburg vorbereitet hatten, waren die dortigen Polizeikräfte in der Lage, dem Spektakel durch ein entschlossenes Auftreten ein schnelles Ende zu bereiten. Die Festgenommenen wurden in verschiedene Polizeistationen gebracht, erkennungsdienstlich behandelt und dann umgehend an die Grenze abgeschoben.



Nie wieder Luxemburg?

Der Bundesgrenzschutz, der sie dort empfing, nahm lediglich Borchardt vorübergehend fest; die meisten Nazis konnten ungehindert die Heimreise antreten.

Die deutsche Polizei war den ganzen Tag über faktisch abgemeldet. Uns wurde zwar versichert, daß die "Kräfte" im Raum Eifel konzentriert würden, gemeint waren damit aber wohl im wesentlichen einige BGSler an der deutsch-belgischen Grenze. Und auch sie verhinderten nicht, daß ein Teil der Faschisten diesen Grenzübergang passierte.

Die Organisation des Aufmarsches lief über das Netz der **Nationalen Infotelefone (NIT)**, das damit wiedereinmal seine Wichtigkeit für die faschistische Organisationsstruktur unter Beweis stellte.

Die NITs Hamburg, Düsseldorf und Bonn riefen morgens gegen 9.30 Uhr dazu auf, sich in den Raum westliches Westdeutschland zu begeben. Um eventuellen Störaktionen der deutschen Behörden vorzubeugen, war zusätzlich ein Infotelefon in den Niederlanden unter der Nummer des Bereichsleiters der GdNF Niederlande, **Eite Homann**, eingerichtet worden. Ab 10.15 Uhr wurde die Anweisung ausgegeben, sich in der belgischen Stadt Eupen-Malmedy zu versammeln; erst gegen 11.00 Uhr wurde dann das eigentliche Ziel bekannt gegeben: Luxemburg-Stadt. Die Fahrzeuge der Faschisten waren durchgängig mit Funktelefonen ausgerüstet und konnten so von den Infotelefonen geleitet werden. Das NIT Nürnberg war die ganze Zeit über direkt besetzt und hielt Verbindung mit einer Nummer aus Hamburg, die auf Nachfrage bereitwillig weitergegeben wurde und über die direkte Informationen bezogen werden konnten.

Aus dem Süddeutschen Raum hatten die Rechtsradikalen einen Reisebus eines Karlsruher Unternehmers gechartert, der zuerst nach Frankreich in die Grenzstadt Lauterbourg beordert wurde. Dort stiegen 49 Nazis zu. Der skeptisch gewordene Busfahrer rief noch vom Fahrzeug aus seine Frau an, damit diese die Polizei verständigt. Die Polizei riet dem verunsicherten Busfahrer, seine Fahrt doch einfach fortzusetzen. Erst die luxemburgischen Grenzbehörden verweigerten ihnen die Einreise. Diese Zurückweisung wurde aber dann umgangen, indem der Bus über eine kleine Nebenstraße nach Luxemburg einfuhr.

Die klägliche Aktion in Luxemburg war anscheinend der Höhepunkt der "imposanten" Aktionswoche, die **Christian Worch** vollmundig versprochen hatte. Insgesamt haben Faschisten in ca. dreißig Städten versucht, Aufmärsche anzumelden. Unter den Initiatoren waren nicht nur FAPler wie der Bremer **Markus Prievenau**, sondern auch NPD-Größen wie **Günther Deckert**, der in Stuttgart eine Kundgebung anmelden wollte und **Sascha Wagner**, JN-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Wagner hatte eine Demonstraion in Solingen angemeldet, die auch an dem Haus in der Unteren Wernerstraße vorbeiziehen sollte, in dem vor etwas mehr als einem Jahr fünf Türkinnen bei einem Brandanschlag ums Leben kamen. Nach dem schnell ausgesprochenen Verbot dieser Demonstration kündigte das NIT Rheinland das Fußballstadion in Wuppertal als Ausweichort an.

Alles in allem aber kann die Aktion vom 13.8 als Niederlage für die Faschisten gewertet werden. Nicht nur ihr unentschlossenes Auftreten in Luxemburg, sondern auch die geringe Resonanz zeigen, daß die Mobilisierungsfähigkeit der rechten Szene deutlich nachgelassen hat

Im Gegensatz zu den Rudolf Hess-Gedenkmärschen '90 und '91 waren diesmal keine "Größen" der internationalen Faschistenszene vertreten. Anscheinend setzt sich die Position der NF in der Faschistenszene mehr und mehr durch, daß zur Zeit solche Aufmärsche und öffentliche Demonstrationen nicht durchsetzbar sind.

Vor dem Hintergrund, daß es den Faschisten gelungen ist, nach Luxemburg auszuweichen, müssen die vollmundigen Ankündigungen der Innenminister, jegliche Nazi-Aktivität an diesem Tag zu verhindern, wohl eher im Zusammenhang mit dem Wahlkampf _94 als mit neu entdeckter antifaschistischer Gesinnung gesehen werden. NRW- Innenminister **Schnoor** muß zudem im Moment noch um sein politisches Überleben bangen, da im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das Haus in Solingen und der möglichen Mitwisserschaft seines Spitzels **Bernd Schmitt** sein Stuhl kräftig wackelt.

Auch das scheinbar konsequente Vorgehen der sächsischen Polizei, die sich rühmt, sechzig Faschisten festgenommen zu haben, relativiert sich bei genauerem Hinsehen. Quasi als Nebenprodukt wurden bei dieser Aktion vierzig andere Personen festgenommen, die auf den Fahndungslisten der Polizei standen. Die umstrittene Schleppnetzfahndung wird so -mit Verweis auf die rechte Gefahr- etabliert.

Deutsche Nazis beim Verlassen des Polizeipräsidiums

Im Westen nichts Neues? Belgien als Aufmarschort deutscher Neonazis

Am 28.8.94 fanden in Belgien die 67sten Ijzerbedevaardfeiern statt.

Wo die Einen auf einer nationalistischen Gedenkveranstaltung ihren flämischen Separatismus im offiziellen Rahmen feiern, da treffen sich in Sichtweite die Führer der europäischen Rechten und verabreden sich zu gemeinsamen Aktionen. Während drei Tagen im Jahr verliert das kleine belgische Städtchen Diksmuide unweit der Atlantikküste bei Oostende seine Unscheinbarkeit. Tausende von flämischen Nationalisten finden sich für diese Tage an der Ijzer ein und feiern in Gedenken an die Toten des ersten Weltkrieges die Wiedererstarkung des flämischen Nationalismus. Doch seit vielen Jahren sind sie nicht mehr alleine, denn Neonazis und rechte Kooperationen aus ganz Europa nutzen die belgische Veranstaltung als Aufmarschort ihrer braunen Horden.

NRW-Rechte marschiert mit

Das belgische Diksmuide gewinnt für westdeutsche Neonazis und im besonderen für das benachbarte Nordrhein Westfalen eine immer stärkere Bedeutung innerhalb der Organisierung neofaschistischer Strukturen. Dem äußeren Anschein nach vermittelt Diksmuide inzwischen den Eindruck eines Familientreffens auf dem sich alle wichtigen Kaderfunktionäre der **GdNF** ein Stelldichein geben. So waren an diesen drei Tagen eine Vielzahl von nordrhein-westfälischen Neonazis in Diksmuide anzutreffen: Aus Paderborn der ehem. GdNF Bereichsleiter **Bernd Stehmann** und der gerade aus der Haft entlassene Wittener Neonazi **Christian Sennlaub**. Der war jedoch nicht alleine angereist, sondern in Begleitung verschiedener Vertreter der NRW-FAP. Darunter eine größere Gruppe der **FAP** Bonn/Rhein-Sieg unter **Norbert Weidner** und seinen Lakaien **Martin Teichgräber** und **Frank Klüppelberg**. Aus Recklinghausen beteiligten sich mehrere FAP'ler unter der Führung von **Dieter Riefling**. Neben dem FAP-Landesvorsitzenden von NRW **Siegfried Borchardt** waren auch andere FAP-Führer anwesend, wie der Landesvorsitzende von Bayern, **Falco Schüssler**, und der Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse**.

Die Belgische Freiheit

Worin liegt die Brisanz, wenn heute deutsche Neonazis in Belgien Aufmarschieren können? An einem aktuellen Beispiel sei dies kurz erklärt. Gerade einmal zwei Wochen war es her, daß deutsche und europäische Neonazis versuchten einen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch zu veranstalten. In der BRD scheiterten sie mit ihrem Anliegen und wichen in das benachbarte Luxemburg aus. Dort wurden sie jedoch zu ihrer eigenen Überraschung von einer konsequenten Polizei verschnürt und umgehend nach Deutschland reexportiert. Für die an dieser Aktion Beteiligten Neonazikader war dieser Aufmarsch ein unerwarteter Flop. Wieviel Genugtuung müssen genau dieselben Personen empfunden haben, als sie nun in Diksmuide kaum ein dutzend Tage später vollkommen ungehindert desjeglicher staatlicher Kontrolle ihrem Treiben nachgehen konnten. Mit der Ijzerbedevaartfeier haben sie einen Freiraum gefunden, in dem sie über Tage ungehindert "Heil Hitler" oder das "Horst-Wessel-Lied" grölen können bzw. sich mit Hakenkreuzen und Büchern wie Adolf Hitlers "Mein Kampf" eindecken. Aber hier ist auch ein Treffpunkt um strategische Absprachen mit Vertretern aller neofaschistischen Organisationen und Personen zu treffen, die von aktueller Bedeutung sind. In den Straßencafes von Diksmuide fallen alle Organisationsgrenzen, die hierzulande das Bild einer zersplitterten Rechten prägen. In enger Gemeinschaft findet man hier Mitglieder der militanten FAP zusammen mit Vertretern verschiedener deutscher und europäischer Rechtsparteien und Jugendbünde. Die Geselligkeit überschreitet unter der belgischen Sonne auch intellektuelle Hürden, so daß eine Vielzahl von **Studentenorganisationen** bis hin zu der Zeitschrift **Junge Freiheit** beim gemeinsamen Biertrinken in den Lokalen dieser Stadt der Skinheadfraktion sprichwörtlich zuprosten kann. Bei diesen Treffen geht es jedoch um mehr als nur um gemeinsames Biertrinken, denn wo alle parteipolitischen Grenzen aufgehoben sind und jeder mit jedem diskutiert, werden auch gemeinsame Aktionen verabredet.



Für reichhaltiges Propagandamaterial war gesorgt

Rechte Versprechungen

Ein mögliches Szenario, welches sich aus dem diesjährigen Treffen der europäischen Rechten in Diksmuide ergeben könnte, verkündeten dort deutsche Neonazikader. Sie erklärten ihre Absicht den "Treffpunkt Belgien" massiv und gezielt auszubauen, um dort nächstes Jahr ihren Heß-Aufmarsch an den Ufern der Ijzer durchzuführen. Diese strategische Absicht leiten die rechten Kreise in Deutschland aus ihrer Einschätzung ab, daß die unter einem ständigen Verbotsdruck stehende Rechte ein Ausweichsventil sucht, um weiterhin als politischer Faktor präsent zu bleiben. Die belgische Regierung muß sich hier die Frage gefallen lassen, inwieweit sie hier einen Freiraum für die internationale Vernetzung der europäischen und deutschen Neonaziszene geben möchte? Eine weitere Duldung dieser Zustände oder eine Spekulation darauf, daß ein Stillhalten und Nichtstun auch zu keinen Provokationen führt, die zu einem unangenehmen öffentlichen Echo gelangen, wird ein Trugschluß bleiben, weil die Rechte sich konsequent selbst den Weg in die Öffentlichkeit ebenen wird. Einen Vorgeschmack auf eine ungehinderte weitere Entwicklung im belgischen Diksmuide gibt die dort gemacht Einladung der Neonazis, sich zum Todestag des spanischen Faschistenführers **Franco** in Madrid wieder zusammenzufinden. Dort treffen sich mehrere tausend Neonazis und Altfaschisten aus der ganzen Welt unbehindert unter der Hakenkreuzfahne, um neue Bündnisse gegen die Freiheit der Andersdenkenden zu schließen. So gilt über die bisherige Entwicklung hinaus, daß das Nationalistentreffen in Belgien mit kritischem Blick weiter zu verfolgen ist, um zu verhindern, daß am 27. August 1995 noch mehr Neonazis als heute dort aufmarschieren können.

David Taylor

Als Konkurrenz zu den Republikanern *wurde im rechten Lager vor den Europawahlen* der Bund freier Bürger (BfB) *hochgejubelt,* der *"wenigstens für einige Prozent der Stimmen, vielleicht sogar für ein zweistelliges Ergebnis"* gut sein sollte. *Nach einem für den BfB peinlich verlaufenen Wahlkampf erreichte er nicht einmal 1% - Gefahr vorüber?*

Der "Bund freier Bürger"

Nationalkonservative auf dem Weg ins rechtsextreme Lager

Manfred Brunner - der Kopf hinter dem BfB

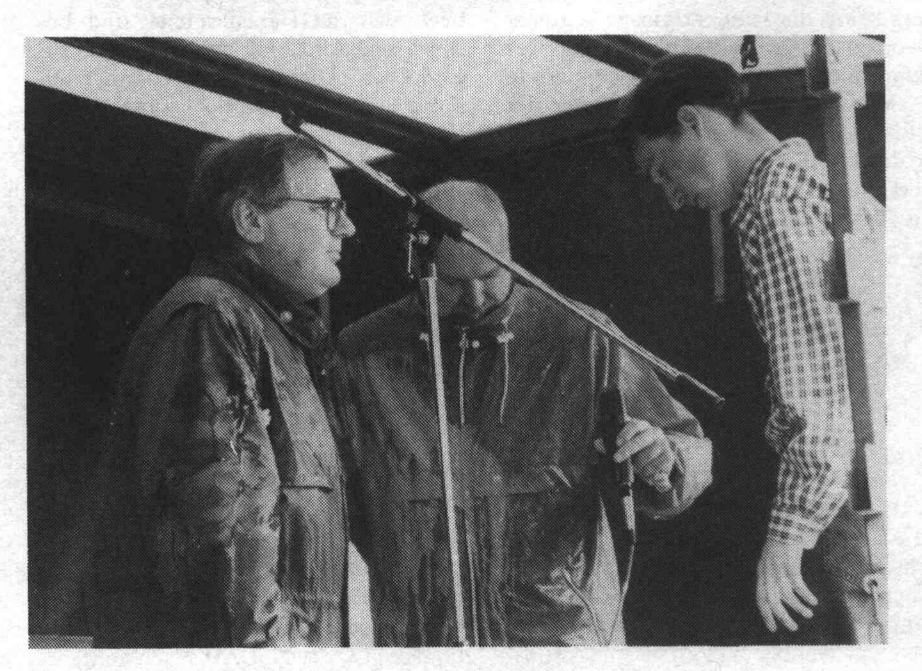
Der BfB wurde am 23.01.94 in Wiesbaden unter Beteiligung von etwa 130 "Bürgern und Bürgerinnen" als reguläre Partei gegründet. Die Gründungsveranstaltung mußte an einem geheimgehaltenen Ort durchgeführt werden, da der ursprünglich vorgesehene Veranstaltungsort, ein Hotel in Thüringen, wegen einer Bombendrohung ausfiel.

Maßgeblich beteiligt an der Gründung und bis heute Kopf der Partei war Manfred Brunner (46), Rechtsanwalt aus München. Brunner war bayrischer Landesvorsitzender der FDP und bis September 1992 EG-Kommissar in Brüssel. Damals wurde er von der Bundesregierung gefeuert, da er öffentlich Kritik an der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion äußerte und vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Vertrag von Maastricht geklagt hatte. Brunner begründete seine Klage mit rein nationalistisch Argumenten. Seit seinem Austritt aus der FDP versucht Brunner zielstrebig Anschluß an das extrem rechte Lager zu gewinnen. Ergebnis ist die Gründung des BfB im Januar 1994, mit dem ein fließender Übergang zwischen konservativem und faschistischem Lager etabliert werden soll.

Schon die Person Brunners und seine Kontakte ins rechte Lager sprechen Bände:
Während seiner Zeit als Vorsitzender der FDP-nahen **Thomas-Dehler-Stiftung** wurde auf Seminaren dieser Stiftung der Holocaust an der jüdischen Mitbevölkerung bezweifelt (Stichwort: Auschwitzlüge).

Gegen Brunner läuft eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung, weil er eine angebliche aktuelle "Völkerverfolgung [...] des eigenen Volkes" mit der Völkerverfolgung im Dritten Reich gleichsetzte. Natürlich hat Brunner keine Skrupel, Interviews in rechtsextremen Zeitschriften zu geben oder als Referent vor rechten Gruppen (z. B. den Deutschen Burschenschaften) aufzutreten - damit befindet er sich ja heutzutage in bester Gesellschaft. Mit beteiligt an der Gründung der Partei waren:

- der Nürnberger Rechtsprofessor **Karl Albrecht Schachtschneider**
- der Mainzer Staatsrechtler **Heinrich Rupp**
- der Ex-CSU-Rechtsausleger und Vertriebenenpolitiker **Bruno Bandulet**
- der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Europa, General a.D. **Günter Kießling**
- der schon in NS-Diensten eingesetzte Diplomat und ehemalige Bonner Botschafter in China, **Erwin Wickert**
- der Hagener Polizeipräsident **Günther Steckhan**
- die Wirtschaftsprofessoren **Roland Vaubel und Joachim Starbatt**
- der ehemalige Landesvorsitzende der Jungen Union Berlin, **Gunnar Sohn**
- die Ehefrau des "Criticon" Herausgebers **Regina Freifrau von Schrenck-Notzing**
- der für die FDP in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählte **Wilfried Hofmann.**



Manfred Brunner (links)

Mehrere der an der Gründung Beteiligten verließen allerdings schon bald wieder den BfB, so z. B. der Hagener Polizei-Präsident Steckhan und Erwin Wickert - vermutlich weniger aus Einsicht als aufgrund des starken öffentlichen Protestes. Auffällig bei dem an der Gründung beteiligten Personenkreis ist, daß viele von ihnen AutorInnen und MitarbeiterInnen der Zeitschrift "Criticon" sind (Bandulet, Sohn, Schrenck-Notzing) und/oder eine CDU/CSU-Vergangenheit haben.

Die Kontakte ins Regierungslager wurden auch nach der Parteigründung weitergepflegt. So führte der bayrische Ministerpräsident Stoiber mit Brunner Verhandlungen u.a. über Listenverbindungen, bei der die CSU bei den Europawahlen in Bayern, der BfB in der restlichen BRD kandidieren sollte. Dieser Vorschlag Stoibers wurde allerdings von Brunner abgelehnt.

Das Programm - Hoch lebe die Nation!!!

Die Gründungsversammlung des BfB legte sich programmatisch auf 10 kurze Leitsätze zur "Erneuerung der Politik in Deutschland" fest. Zentrales Thema ist dabei die Kritik an der Europapolitik der etablierten Parteien. "Die Mammutbürokratie in Brüssel versucht, nach Art der sozialistischen Planwirtschaft Europas Wirtschaft bis in den letzten Winkel zu dirigieren. Dagegen setzen wir unser freiheitliches Europakonzept. Wir kämpfen für eine Europäische Union, die zur Marktwirtschaft Ludwig Erhards zurückkehrt, die Subventionen und Regulierungen abbaut, die die nationale Identität der Völker achtet und die offen ist für die Demokratien in Mitteleuropa." Auf gut deutsch heißt das

nichts anderes als Abbau des Sozialsystems und statt dessen Betonung des Rechts des (Kapital-)Stärkeren - sowohl innerhalb Deutschlands als auch innerhalb der EG. Wirtschaftsinteressen und Nationalismus sind die europapolitischen Vorstellungen des BfB. Dazu paßt, daß laut **"Europa Vorn Spezial"** Verhandlungen stattfanden mit **Carl Zimmerer**, einem Unternehmer, der die Düsseldorfer Herrenrunde leitet und bereits die REP mitfinanzierte.

Hinzukommen Forderungen nach Abschaffung des Asylrechts und Regulierung der Arbeitsimmigration, für den Erhalt der Familie und die Ablehnung des angeblich "laschen" Rechtsstaates. Damit finden wir im Programm alle zentralen Kernaussagen der Neuen Rechten: Starker Staat, Schutz der Familie, völkische Identität, Abbau des Sozialsystems, Unterordnung der eigenen Interessen unter ein angebliches (nationales) Gemeinwohl.

Nur eine neue Splitterpartei?

Als Wählerpotential des BfB kommt der Kreis der Rechten in Frage, denen CDU/CSU - noch - nicht rechts genug ist und die sich von den ehemaligen Hoffnungsträgern "Republikaner" nicht - mehr - vertreten fühlen. Dies um so mehr, als die "Republikaner" mittlerweile untrennbar mit der Person Schönhuber verbunden sind. Schönhuber allerdings ist wohl nicht mehr in der Lage, seine Rolle als Parteiführer auszufüllen, und hat für den Herbst seinen Rücktritt angekündigt.

Bei der Gründung des BfB wurde ein Abgrenzungsbeschluß gefaßt, wonach ehemalige Mitglieder der REP und DVU nicht aufgenommen werden dürfen - nichts desto weniger hat auch der BfB keinerlei Berührungsängste zum rechtsextremen Lager. So nahm Brunner am 14.05.94 an einer vom **"FORUM RES PUBLICA"**, "überparteilicher Gesprächskreis für Volk und Staat", in der Koblenzer Rhein-Mosel-Halle organisierten Podiumsdiskussion teil. Mit dabei u.a. **Klaus Zeitler**, ehemaliger SPD-Oberbürgermeister von Würzburg und dieses Jahr Listenkandidat Nr. 1 der REP für das Europaparlament, **Harald Neubauer**, Bundesvorsitzender der "Deutschen Liga" (DL) und Staatssekretär **Wolfgang Rumpf**, EP-Kandidat der FDP - ein Freund aus früheren FDP-Zeiten? Im Publikum befand sich weitere rechte Prominenz, z. B. der NRW-Landesvorsitzende der DL, **Markus Beisicht**. Nach einem Flugblatt der DL zeigte sich "während der Diskussion nahezu völlige inhaltliche Übereinstimmung zwischen Neubauer, Zeitler und Brunner".



Die DL-Funktionäre Manfred Rouhs und Michael Wiechert bei der BfB-Veranstaltung am 30.5.94 in Dortmund

Da ist es dann auch nicht mehr weiter verwunderlich, daß der BfB als neuer Hoffnungsträger ausgemacht wird. Speziell im Lager der DL wird der BfB als Konkurrenz zu den "Republikanern" gesehen. Nachdem der Versuch der DL offensichtlich gescheitert ist, sich als einigende rechtsextreme Wahlpartei zu etablieren (nicht zuletzt durch das Abdriften weiter Teile der Partei in das militante faschistische Lager), versuchen führende Köpfe innerhalb der DL, den BfB aufzubauen. So schrieb **Manfred Rouhs** (Herausgeber von "Europa Vorn", Mitglied im Kölner Stadtrat für die DL und einer der wenigen "Intellektuellen" in den Reihen der Partei) im April 1994: "Im Wettlauf um das nonkonforme Wählerpotential hat der BfB die besseren Karten. Es wird einige Zeit dauern, bis es gelingt, ihn als 'rechtsextrem' zu diffamieren [...] Vielleicht schafft er es, bis dahin einen funktionierenden Parteiapparat zu errichten, der die Schläge des Feindes abfängt. [...] Rechts von der Mitte wartet ein gut hunderttausend Menschen umfassendes Potential darauf, für aktive Parteipolitik gewonnen zu werden ..."

Der Wahlk(r)ampf - mit fliegenden Fahnen untergegangen

Rouhs war es auch, der dem BfB bei den Europaparlamentswahlen ein zweistelliges Ergebnis zutraute. Unterstützung dabei versprach sich der BfB von keinem geringeren als dem Vorsitzenden der **Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)**, **Jörg Haider**. Die FPÖ steht in Österreich für Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus, die Gesinnung Haiders zeigt sich beispielhaft an seiner öffentlich vertretenen positiven Stellung zur "Beschäftigungspolitk" der NSDAP. Nach heftiger Kritik mußte er deshalb 1992 seinen Posten als Landeshauptmann von Kärnten räumen. Haider sollte nun dem BfB den Weg in die Parlamente ebnen - hat aber gleichzeitig schon angekündigt, daß er selbst darüber nachdenkt, Ableger der FPÖ in Deutschland zu gründen, falls Brunner scheitern sollte.

Die mit Haider geplante Wahlkampftour - versprochen war zumindest ein Auftritt Haiders pro Bundesland - wurde allerdings frühzeitig abgebrochen, weil die Proteste zu laut waren und Eier und Tomaten zu zahlreich flogen. In Hamburg konnte eine Veranstaltung nur unter massiven Polizeischutz durchgezogen werden, in Dortmund ergriff Haider bereits nach wenigen Minuten die Flucht (siehe Bericht zum Auftritt des BfB in Dortmund).

Erstaunlich war, mit welchem Aufwand die Minipartei BfB einige Städte mit Plakattafeln voll stellte. In Köln liegt die Vermutung nahe, daß sie dabei tatkräftig von der DL unterstützt wurde. Trotzdem erfüllte der BfB die Erwartungen nicht: Mit seinen Prognosen hat Rouhs voll daneben gelegen!

Ob dem BfB nach der Wahlniederlage bei den Europawahlen ein langes Leben verbleibt, ist offen - und eigentlich wenig interessant. Wichtiger ist, daß mal wieder ernsthafte Bestrebungen im Gange sind, die "Republikaner" als Wahlpartei für das "nationalkonservative" Lager abzulösen. Der daran beteiligte Personenkreis von den Rechtsaußen innerhalb CDU/CSU bis zu den rechten Vordenkern bei "Europa Vorn", "Criticon", DL usw. ist immer der gleiche - egal unter welchem Namen sie auftreten.

(Quellen u.a.: Kölner Stadt Revue, RABAZ aus Bayern, Antifaschistische Nachrichten, Europa Vorn)

Die Ankündigung der Jungen Freiheit (JF), als Wochenzeitung erscheinen zu wollen, hat seit 1993 die Suche nach "Hintermännern" derart beflügelt, daß die JF in mehreren Ausgaben karikierend darauf Bezug nehmen konnte. Beschränkt man freilich die Frage nach den "Hintermännern" nicht auf das Problem der Finanzierung, erweist sich der Blick in das Impressum der JF immer noch als der einfachste Weg, um Auskunft über das Personal und seine Herkunft zu gewinnen. - Im folgenden geht der Autor, Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), speziell auf die "Deutsche Gildenschaft" ein. Aus ihr rekrutiert sich ein Großteil der Redaktion.[1]

Im Hintergrund der Jungen Freiheit: Die "Deutsche Gildenschaft"

Teil I: Was ist die "Deutsche Gildenschaft"?

Die Zusammensetzung der neuen Redaktion (ab 4/94 bzw. 21/94) mit mindestens fünf Gildenschaftern (**Dieter Stein, Martin Schmidt, Andreas Molau, Michael Hageböck, Dr. Karsten Niefind**)[2] legt die Vermutung nahe, daß die Deutsche Gildenschaft eine nicht unerhebliche Rolle in der Entwicklung der *Jungen Freiheit* spielt und gespielt hat. Darauf verweist auch der hohe Anteil von Autoren (siehe Kasten), die aus der Gildenschaft stammen oder eng mit ihr verbunden sind. Hinzu kommt der intellektuelle Background. Mit **Karlheinz Weißmann** hat die Gildenschaft einen der führenden konzeptiven Ideologen der "jungen Rechten" (*Criticón* H. 141, S. 63) hervorgebracht und ihn als Autor ausgesprochen gut, nämlich bis in die **WELT** und **FAZ** hinein, plaziert. Das hat nichts mit einem verschwörungstheoretischen Vorurteil zu tun, definiert sich die **DG** doch selbst als Verband, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, "der Volks- und Staatsgemeinschaft [!] volkspolitisch vorgebildete, zum Einsatz in Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur befähigte und bereite Hochschulabsolventen als künftige Führungskräfte zur Verfügung zu stellen."[3] Was ist, was verkörpert die Deutsche Gildenschaft?

Eine "bündische Korporation"

Die DG ist eine elitäre Kleinstgemeinschaft innerhalb des deutschen Korporationswesens. Ihre Ursprünge sind aufs engste verbunden mit der Geschichte der nicht parteipolitisch gebundenen Jugendbewegung der 20er Jahre, die im allgemeinen unter den Begriff "**Bündische Jugend**"[4] subsumiert wird. Die DG versteht sich als "bündische Korporation".[5]

Ein **Paul Heinsius** von der Hansischen Hochschulgilde Hamburg beschreibt in den ***Blättern der Deutschen Gildenschaft*** **(BlDG)** die Ursprünge wie folgt: "Jugendbewegung, Soldatentum (**Ernst *Anrich*** spricht vom Heereserlebnis) und Studententum sind die drei Wurzeln der nach dem ersten Weltkrieg als studentische Korporationen neu entstandenen Gilden. Aus der Entdeckung des Volkes, des Landes und des Volkstums und in dem Einsatz aus eigener Verantwortung für dieses Volk wuchs in den Feuern des ersten Weltkrieges der Typ des Wandervogel-Offiziers und -Akademikers. Dieser Typ prägte das Gesicht und die Arbeit der ersten Gilden" (BlDG 1/60, S. 2).[6]

Diese Mischung aus völkischer Gesinnung, soldatischer Haltung und jugendbewegtem Bekenntnisdrang findet sich wieder in den Leitsätzen derer, die 1920 den Verband der Gildenschaft als **Deutsch-Akademische Gildenschaft (DAG)** ins Leben rufen: "Deutsch, wehrhaft, fromm...". In den *Blättern* erinnert ein **Fritz Zirwick** an diese Losung: "*Deutsch* ist für uns das Bekenntnis zu unserem Volk und seiner Geschichte. *Wehrhaft* ist für uns das Bekenntnis zu Zucht und Ordnung sowohl innerhalb unseres Volkes als auch für jeden von uns. *Fromm* ist für uns das Bekenntnis zu Gott in einer gottlosen Zeit" (BlDG 2/61, S. 5). Seit 1923 bezeichnet man sich, nach einem Zusammenschluß mit österreichischen und sudetendeutschen Gruppen, als Großdeutsche Gildenschaft, in die sich im Laufe der nächsten Jahre bis 1933 - trotz vorübergehender Distanzierungen - die wichtigsten bündischen Studentengruppen, wie z.B. der Ring akademischer Freischaren oder der Großdeutsche Gildenring, integrieren (vgl. Kater 1975, S. 94; Gladen 1988, S. 218). 1935 löst sich der Verband, damals aus ca. 30 Hochschulgilden bestehend, in Folge der faschistischen Gleichschaltungspolitik auf. Nach dem Kriege entwickelt sich die heutige Deutsche Gildenschaft von zwei Neuansätzen aus.

Neuanfang in den 50er Jahren

Der *erste* Neuansatz[7] geht von den mittlerweile älter gewordenen Mitgliedern sudetendeutscher Bünde und Freischaren aus. Im Frühjahr 1956 konstituiert sich in Nürnberg die ***Altherrenschaft Bündischer Studentenverbände Prag-Brünn*** **(AHBStV)**, deren Hauptanliegen sich u.a. auf das Gebiet "des Heimatrechtes und der Neuorientierung heimatvertriebener sowie staatlicher Ostpolitik"

---

1 Die folgenden Ausführungen sind einem soeben erschienen Buch über die *Junge Freiheit* entnommen, siehe *Helmut Kellershohn (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994* (Bestelladresse: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr. 51, 47051 Duisburg). Der Auszug wurde an einigen Stellen leicht überarbeitet.

2 Die Herkunft der anderen Redakteure: Hans-Ulrich Kopp (Burschenschaft Danubia München, Witikobund, Schriftleiter des *Witiko-Briefes*); Jürgen Hatzenbichler (Österreicher, ehemals bekennender Neonationalsozialist, heute Sprachrohr der FPÖ in der JF, Redakteur der burschenschaftsnahen *Aula* etc.); Roland Bubik (Christlich-Konservatives Deutschland-Forum); Dr. Andrzej Madela (Zeitschrift *Fragmente*); Wolfgang Fenske (Schülerunion Berlin, Zeitschrift *Fragmente*); Ernst Jendra, Carl Meyerson (unbekannt).

3 Das Zitat stammt von Herbert Böhrsch. Der langjährige Vorsitzende der DG, Wolfgang Egerter, verwendet es in seiner Rede zum 30. Jahrestag der Neugründung der DG (s. BlDG 3/88, S. 74). Böhrsch war übrigens lange Zeit Vorstandsmitglied und Schriftführer des CDA (Convent Deutscher Akademikerverbände) (BlDG 3/91, S. 11).

4 Armin Mohler betrachtet sie in seiner Mythologie der "Konservativen Revolution" als vierte Gruppe: "Wenn die Bündischen auch nicht unmittelbar in die Politik eingreifen, so üben sie doch mittelbar von unseren fünf Gruppen die relativ stärkste Wirkung innerhalb der politischen Wirklichkeit aus. [...] Ein erheblicher Teil der Bündischen gehört [...] einer Elite an, die später manche Führungsaufgaben übernimmt und eine gewisse »bündischesche, Jungkonservative, Nationalrevolutionäre) der Konservativen Revolution angelehnt (S. 158f.). - Eine mehr historisch und empirisch ausgerichtete Studie wie die von Walter Laqueur lehnt diese relativ eindeutige Zuordnung ab und betont die fehlende "Generallinie" (Laqueur 1983, S. 252) der Jugendbewegung. Zur Differenzierung vgl. auch Hellfeld 1987, bes. S. 36-48

(BlDG 1-2/61, S. 3) richtet.[8] Der *zweite* Neuansatz wird von den "binnendeutschen Gilden" initiiert. Im Herbst 1955 treffen sich in der Pädagogischen Akademie Heiligenberg-Jugenheim Alte Herren, um auf einem Gründungskonvent den ***Bund Alter Gildenschafter*** **(BAG)** ins Leben zu rufen. Pfingsten 1958 gründet der Bund zusammen mit drei neu gegründeten Gilden vorübergehend die "**Deutsch-Akademische Gildenschaft**" **(DAG)**. Einer der treibenden Kräfte in diesem "binnendeutschen" Kreis ist der oben zitierte **Ernst Anrich**[9], der zwischen 1957 und 1959 als Schriftleiter der zunächst vom BAG herausgegebenen Blätter der deutschen Gildenschaft[10] fungiert. Zu diesen beiden Gruppierungen stößt bei der Gründung der Deutschen Gildenschaft der ***Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten*** **(ASST)** mit seinen Hochschulgruppen in München, Frankfurt, Darmstadt, Berlin, Marburg und Würzburg. Dieser der Sudetendeutschen Landsmannschaft zuzurechnende Kreis, gegründet im WS 1952/53, hatte schon seit 1955 engere Beziehungen zur AHBStV. Der ASST tritt auch nach dem Beitritt zur Deutschen Gildenschaft als selbständiger Verband in Erscheinung. Bundesvorsitzende waren u.a. die Gildenschafter **Wolfgang Egerter** (1952-1960), **Jörg Kudlich** (bis 1963), **Günter Reichert** und 1967/68 der heutige stellvertretende Vorsitzende des Witikobundes, **Horst Übelacker** (Herde/Stolze 1987, S. 195). Für die Entwicklung der DG ist besonders die Person Wolfgang Egerters[11] (Aktivensprecher 1958-62, 1. Vorsitzender 1972-88) von Bedeutung geworden.

Auf diesen drei Eckpfeilern - AHBStV, BAG/DAG, ASST - beruht die Neugründung der Deutschen Gildenschaft. Sie wird am 15.6.1958 in Frankfurt/M. vollzogen. Die vorher zwischen den Verbänden ausgehandelte, in diplomatischen Ton gehaltene *"Grundsatzerklärung zur Neugründung der Deutschen Gildenschaft" läßt die Intentionen dutlich werden, die für die Arbeit der Gildenschaft bestimmend geworden sind. Wolfgang Egerter charakterisiert die Bedeutung der Grundsatzerklärung aus Anlaß des 30. Jahrestages der Neugründung dahingehend, "daß die Postulate der Gru*«läßt die Intentionen deutl»ndsatzerklärung nicht wohlformulierte Redewendungen für festliche Anlässe", sondern "Richtschnur für den einzelnen Gildenschafter wie für die Arbeit der Gilde" gewesen seien, über deren Verständnis man bemüht gewesen sei, eine "lückenlose Übereinstimmung" zu erreichen. Andererseits vergißt er nicht zu erwähnen, daß es auch immer eine "Spanne individueller Ausgestaltung gildenschaftlichen Lebens" (BlDG /88, S. 71) gegeben habe.

Programmatische "Richtschnur"

Die Erklärung (s. BlDG 1/59, S. 2f.) betont "die prägende und bindende Kraft kleiner, überschaubarer Gemeinschaften", den generationsübergreifenden "Grundsatz des Lebensbundes", den Erlebniswert bündischer Traditionen (Geselligkeit, Wandern usw.) und den Erziehungsgedanken. Der Jungakademiker soll sich "fern von allzufrüher Parteiung und Verstrickung in Sonderinteressen seine Persönlichkeit frei entfalten können und Geist und Meinung in der Beschäftigung mit Problemen bilden, für die in seiner fachlichen Ausbildung

---

5 Auch dieser Begriff stammt von Böhrsch und wird in Egerters Rede positiv aufgenommen (vgl. Anm. 3).

6 Zu erinnern ist an dieser Stelle an die Rolle von Gildenschaftern in den Freikorps der Nachkriegsjahre (vgl. Gumbel 1979, passim). Zu den Freikorpskämpfern gehörten z.B. der bekannte Hitler-Putsch-Teilnehmer, Vertriebenenpolitiker und Gildenschafter Theodor Oberländer (biographische Angaben bei Aly/Heim 1993, S. 94f.; LUPE e.V. [Hg.] 1993, S. 95ff.) und Wilhelm Wittwer, von 1966-72 1. Vorsitzender der DG (BlDG 1/88, S. 5). Wittwer und Oberländer gehörten dem Bund Oberland an, Wittwer auch dem Freikorps Epp.

7 Vgl. zum folgenden Herbert Böhrsch: Zum 5-jährigen Bestehen des Bundes Alter Gildenschafter und der Altherrenschaft Bündischer Studentenverbände (Prag-Brünn), in: BlDG 1-2/61, S. 2-6; Hanns Klatz: Zur Vorgeschichte des 15. Juni 1958, in: BlDG 3/88, S. 115-118

8 Prominentes Mitglied der AHBStV von Anfang ist z.B. Dr. Walter Becher, geb. 1912 in Karlsbad, Mitglied der "Thule"-Gilde in Wien, Schüler und Assistent von Othmar Spann, wie dieser Ende der 30er Jahre in Konflikt mit der NSDAP. Nach '49 ist Becher langjähriger Fraktionsvorsitzender der Gesamtdeutschen Partei/BHE im Bayrischen Landtag, CSU-MdB 1965, Mitglied des Witikobundes und seit 1968 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (vgl. BlDG 1/68, S. 39-41). - Othmar Spann war "zwischen 1925 und 1935 [...] einer der wirksamsten Autoren und vor allem auch Lehrer und Redner der Kons[ervativen] Rev[olution]" (Mohler 1989, [Hauptbd.] S. 414), Stichwortgeber des Austrofaschismus (vgl. Petzold 1983, S. 269-274). Vermutlich kamen viele Mitglieder des AHBStV aus dem von Spann ideologisch beeinflußten sudetendeutschen "Kameradschaftsbund". Dieser aus dem Wandervogel hervorgegangene Bund spielte in der "Sudetendeutschen Heimatfront" Konrad Henleins eine führende Rolle, die jedoch später, unter dem Einfluß der NSDAP auf die 1935 in "Sudetendeutsche Partei" umbenannte Partei, zu Gunsten des nationalsozialistischen Flügels um den "Aufbruch-Kreis" zurückgedrängt wurde. In der Alt-Bundesrepublik kam es zu einer Aussöhnung dieser beiden Gruppierungen.

9 Im Gegensatz zu Becher kann der Historiker Anrich auf eine Karriere innerhalb der NSDAP bzw. ihrer Untergliederungen zurückblicken: 1906 in Straßburg geboren (WB 2/89, S. 1ff.), Mitglied der "NSDAP 1930, 1930 Reichschulungsleiter des NS-Deutschen Studentenbundres, 1931 Ausschluß, 1933 NSLB (= Nationalsozialistischer Lehrerbund - H.K.), SS-Untersturmführer, schließlich Professor an der »Reichsuniversitätaftliche Buchgesellschaft" (1949), die er 17 Jahre lang gestaltet. Obwohl er anscheinend nicht sudetendeutscher Herkunft ist, gehörte er zur "Führungsgruppe des Witikobundes" (Stöss [Hg.] 1986, S. 1452, Anm. 54). In den 60er Jahren tritt er der NPD bei und bringt es hier 1971 und 1973 bis zum stellvertr. Vorsitzenden (ebd., S. 1972). Auch die "Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland" wird von ihm mitbegründet.

meist kein Raum ist". Das Leitbild des "eigenverantwortlichen Menschen" wird freilich - in der "universalistischen" Diktion **Othmar Spanns** - rückgebunden an das übergeordnete "Ganze", so daß sich Individuum und Gesellschaft wie das Verhältnis des Teils zum Ganzen zueinander verhalten. Diese mystifizierende Wendung zum gesellschaftlichen Ganzen als einer "eigenständige[n] und primäre[n] Wirklichkeit vor den Individuen" (Marcuse 1968, S. 20) ist konstitutiv für das spezifische Selbstverständnis der DG als "politischer Bund" (BlDG 3/88, S. 70). Freilich bestimmt die *Grundsatzerklärung* als Grundlage ihres Politikverständnisses nicht das begriffene gesellschaftliche Ganze, sondern als den "naturgegebene[n] und innerlich bejahte[n] Ausgangspunkt [...] die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum". Das Volk wird in einem naturalistischen Fehlschluß zur "reale[n] Repräsentanz" (Marcuse) des gesellschaftlichen Ganzen erklärt. Gegenüber diesem völkischen Axiom ist das ausgesprochene Bekenntnis zur "freiheitlich-demokratische[n] und rechtsstaatliche[n] Ordnung" durchaus sekundär, ja sogar widersprüchlich, es sein denn, man unterstellt eine völkische Homogenität und Interessenidentität als Voraussetzung für Demokratie. Das wäre aber auch schon das Ende dieser Staatsform.

Mit einer praktisch-politischen Schlußfolgerung, großdeutsche Ansprüche diplomatisch verkleidend, endet die Erklärung: "Die DEUTSCHE GILDENSCHAFT bejaht das Recht auf Wiedervereinigung in Freiheit. Sie bejaht das Heimatrecht[12] der aus Ostdeutschland[13], den Sudetengebieten und anderen Siedlungsräumen vertriebenen Deutschen und will eine Lösung dieser Probleme, die allen beteiligten Völkern gerecht wird, geistig mit vorbereiten helfen."

Bemerkenswert, freilich den Umständen entsprechend, ist in dieser Erklärung der Verzicht auf die Betonung der Wehrhaftigkeit, die noch den ersten Gilden Anfang der 20er Jahre als Leitbild vorschwebte. Die oben zitierten Gildenschafter Heinsius und Zirwick erinnern daran und versuchen mit ihren Beiträgen dieses Leitbild in Hinblick auf die Bundeswehr zu restaurieren. Die für das Selbstverständnis der DG ebenfalls wichtige *Nürnberger Erklärung* von 1963 (zit. nach BlDG 3/92, S. 99f.) greift das alte Ideal im Zeichen des Kalten Krieges wieder auf: "Wir sehen in diesem Staat [= BRD] einen festen Ansatz zu einer gerechteren Lösung für die Zukunft unseres Volkes. Daher bejahen wir seine Erhaltung nicht allein in *militärischer*, sondern auch in *geistiger Verteidigungsbereitschaft* gegenüber dem immer neuen Versuch, Deutschland und die ganze Welt dem System einer Gewaltherrschaft zu unterwerfen" (Hervorh. v. H.K.).

Neue Zielsetzungen nach 1989

29 Jahre später, zwei Jahre nach der "kleindeutschen" Lösung der "Deutschen Frage", ist die *Grundsatzerklärung* überholungsbedürftig. Die Zeiten haben sich grundlegend geändert, neue Ziele müssen formuliert werden. Die Deutsche Gildenschaft unterzieht sich dieser Aufgabe mit der Verabschiedung der *Salzburger Erklärung* am 27.9.1992 (s. BlDG 3/92, S. 85ff.). Sie setzt die alten Erklärungen nicht außer Kraft, sondern ergänzt sie.

Die DG ("akademische Erziehungsgemeinschaft mit nationaler Überzeugung und bündischer Tradition") setzt sich nunmehr die "Stärkung des nationalen Zusammenhalts" zum Ziel. Man wendet sich gegen den Zustand einer angeblich "weit verbreiteten Orientierungslosigkeit", den "Mangel an nationalem Empfinden", plädiert für ein Geschichtsverständnis, das sich der "Aussöhnung des deutschen Volkes mit sich selbst" verpflichtet weiß. Die "Offenheit" für Fremde dürfe nicht soweit gehen, daß die nationale Identität in Frage gestellt werde. Die Gefährdung der Natur "als Lebensgrundlage und Quelle geistiger Gesundheit" des Volkes, "ökologische Notwendigkeiten und der Lebensschutz" also erforderten "von uns allen grundlegend neue Bescheidenheiten."

Im außen- und europapolitischen Teil der *Salzburger Erklärung* wird erneut "die tatkräftige Unterstützung des deutschen Volkstums" eingefordert, zumal die "deutsche Einheit [...] um den Preis des schmerzlichen Verzichts auf die Ostgebiete und das Sudetenland erreicht" wurde. Die DG konstatiert diesen Verzicht, zu einer offiziellen Anerkennung der Grenzen will man sich dagegen nicht bereit erklären. Folglich steht der unausgesprochene Anspruch auf Revision im Hintergrund der Ausführungen.

Neben den sattsam bekannten Hinweisen auf das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht finden sich in der Erklärung drei Ansätze, über die eine revisionistisch angelegte Volkstumspolitik lanciert wird. Erstens werden sog. "Volksgruppenrechte" für die in den osteuropäischen Ländern "verbliebenen Deutschen" eingefordert, die über bloß individuelle Rechte im Sinne der Menschenrechte oder im staatsbürgerlichen Sinne hinausgehen; daran anknüpfend wird zweitens einer bundesstaatlichen Entwicklung Europas ein "Europa der Völker *und Volksgruppen*" (Hervorh. v. H.K.) gegenübergestellt, das die "kulturelle und nationale Vielfalt des Kontinents" bewahrt; drittens wird geopolitisch die "Mittellage Deutschlands" als "Aufgabe" interpretiert, "Brücken zu den Völkern Mittel- und Osteuropas zu schlagen".[14]

Diese - im moderaten Ton vorgetragene - Kombination von völkischen und geopolitischen Überlegungen impliziert eine doppelte Stoßrichtung. Die Abwehr des Maastricht-Prozesses ("Fremdbestimmung durch eine demokratisch nicht kontrollierte europäische Bürokratie") mit einem ethnopluralistischen Argument wird offensiv gewendet gegen die existierende nationalstaatliche Verfaßtheit besonders "Mittel- und Osteuropa[s]". Mit der Berufung auf die "Mittellage" - eine willkürliche, selbstbezügli-

---

10 Die *Blätter* erscheinen ab 1959 als Organ der Deutschen Gildenschaft mit neuer Jahrgangszählung (Jg. 1ff., 1959ff.). Ernst Anrich ist 1959 (1. Folge) noch Schriftleiter (zusammen mit Hanns Klatz). Es folgen als Schriftleiter Rudolf Jahn, Gründungsmitglied des Witikobundes (BlDG 3/91, S. 119), und Hanns Klatz, dann ab 1961 Klatz alleine (bis Ende 1988). Nachfolger von Klatz wird Prof. Dr. Kurt Heißig (Autor in JF und dem *Witiko-Brief*). Von 1959 bis heute fungiert Klatz als Verleger der *Blätter*.

11 Egerter, Jahrgang 1930, war 1949 Mitgründer der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) und der Sudetendeutschen Jugend, 1952 gründete er die erste Gruppe des ASST; bis heute hat Egerter Führungspositionen in der SL innen. Seine politische Karriere innerhalb der hessischen CDU führt ihn, den "engen Mitarbeiter" Walter Wallmanns, 1989 in die Hessische Staatskanzlei. Im Febr. 1990 wird er Leiter des Informationsbüros des Landes Hessen in Erfurt und im Nov. 1990 Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten beim thüringischen Justizministerium (mittlerweile Staatsekr. a.D.). Vgl. die Angaben in BlDG 4/90, S. 136f.; bis 1987 war Egerter Mitglied des Witikobundes.

12 Das Heimatrecht wird in der Präambel zur *Verfassung der Deutschen Gildenschaft* (1960) ergänzt um den Begriff der Selbstbestimmung. Ein weiterer markanter Begriff in dieser Präambel ist der der "persönlichen Opferbereitschaft" jedes einzelnen Mitglieds (s. BlDG 3/92, S. 98).

13 In seiner Rede, die Wolfgang Egerter als Vertreter des ASST auf dem Gründungskonvent hält, wird für die DDR der Terminus "Mitteldeutschland" (BlDG 1/59, S. 6) verwendet, auch "Zone" ist bis 1989 eine gängige Bezeichnung (vgl. BlDG 2/89, S. 81).

che Setzung, kein geographisches Faktum - und der Einklagung von "Volksgruppenrechten" wird ein spezieller Machtanspruch ("konstruktive Rolle") begründet, der es erlaubt, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen. Die historische Tatsache, daß es keine moderne Nation gibt, die auf ethnischer Basis gegründet ist, wird im völkischen Argumentationszusammenhang so gewendet, daß die jeweils stärkste Nation (wirtschaftlich, militärisch, 'kulturell') dies zur Rechtfertigung ihrer Einflußnahme benutzen kann. Die ethnopluralistische Argumentation von der "Vielfalt der Völker und Kulturen", die von der faktischen Nichtidentität von Völkern und Nationen ausgeht, um eine Identität einfordern zu können, entpuppt sich hier, aus deutschvölkischer Perspektive, als ein aggressives ideologisches Element, um hegemoniale Zielsetzungen durchzusetzen.

Die *Salzburger Erklärung* als zur Zeit aktuelle "Richtschnur" spiegelt selbstverständlich nur unvollkommen die Diskussionsprozesse - und Differenzen - in der DG wieder. Wie bei allen programmatischen Erklärungen, handelt es sich auch in diesem Fall um die Hervorhebung der Gemeinsamkeiten und die Ausklammerung der Unterschiede. Das läßt sich gerade an den internen Debatten zur Europapolitik aufzeigen. Bei einem Podiumsgespräch auf dem Bundestag der DG 1993 beispielsweise (vgl. BlDG 2/93, S. 53-67) wendet sich der langjährige Aktivensprecher **Karl-Eckhard Hahn** - Autor in *Criticón* und *Etappe*, Grundsatzreferent im thüringischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (!) - gegen die "kapitale Dummheit, die Westbindung in Frage zu stellen". Er plädiert für eine Mitteleuropa-Konzeption, die nicht konträr zu einem "engeren europäischen Verbund" stehen dürfe. Dagegen polemisieren **Rüdiger Stolle**, Bundesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (BlDG 3/91, S. 110), **Frank-Dietrich Pölert** (JF-Autor) und - Dieter Stein, die a priori den Maastricht-Prozeß und den auch JF-Lesern als Terminus technicus bekannten "Westextremismus der EG" perhorreszieren.

Die politische Bedeutung der DG

Die DG ist von ihrer Größe her zweifellos eine Randerscheinung im deutschen Korporationswesen. 1984 zählt sie 145 studentische Mitglieder und 511 Alte Herren. Zum Vergleich: Im selben Jahr gibt es 23.252 aktive Korporierte insgesamt und 151.569 Alte Herren. Die DG hält also einen Anteil von unter 1 Prozent! - 1989 existieren Hochschulgilden in Göttingen, Darmstadt, Regensburg, München, Braunschweig, Freiburg und Hannover (im Aufbau) mit insgesamt 50 Aktiven (!), ca. 7 Aktive pro Gilde (BlDG 2/89, S. 80). Bei dieser geringen Zahl muß man außerdem berücksichtigen, daß viele dieser Aktiven bereits aus Gildenschaftsfamilien stammen oder aus verwandten bündischen Jugendorganisationen (z.B. dem BHJ-Der Freibund) kommen. Der Umstand, daß die Gilden auch weibliche Mitglieder rekrutieren können, führt im übrigen dazu, daß Heiraten zwischen weiblichen und männlichen Gildenschaftern nicht unüblich sind. Insofern kann man in der DG ein familiäres Rekrutierungsmuster erkennen. Auf gezielte und systematische Außenwerbung scheint nicht allzu viel Wert gelegt zu werden, was den elitären Charakter des Bundes noch einmal unterstreicht.

Übersicht: JF und Deutsche Gildenschaft

Neben den Redakteuren **Hageböck**, **Schmidt**, **Stein** (alle DHG Balmung zu Freiburg) und **Molau** (DHG Trutzburg Jena zu Göttingen) schreiben oder schrieben als Autoren in der JF: **Jochen Böhme** (vermutlich Ps. von **Joachim Bahlcke**, ehem. Redakteur), **Annette Hailer**, **Tilman Ziegler** (alle DHG Freiburg), **Kurt Heißig**, **Frederike von Ketelhodt**, **Helmut Schröcke** (DHG Heinrich der Löwe München), **Wolf Nitschke**, **Frank-Dieter Pölert**, **Henning Meyer-Scharenberg**, **Heinz-Siegfried Strelow**, (alle DHG Göttingen) **Karsten Niefind** (DHG Schwarzer Herzog zu Braunschweig), **Rüdiger Stolle** (DHG Hermann Löns Hannover), **Henning Otto**, **Richard W. Eichler**. Als Interviewpartner standen zur Verfügung: **Hellmut Diwald**, **Walter Staffa** (Ramphold Gorenz), **Karlheinz Weißmann** (DHG Göttingen/DHG Braunschweig).

Im Gegensatz zur dünnen Personaldekke der DG, die bis zu einem gewissen Grade sogar gewollt ist, um die Überschaubarkeit des Bundes nicht zu gefährden, steht eine nicht zu unterschätzende politische Breitenwirkung. Man begreift sich als eine Wertelite, die ihren bündischen Gemeinschaftsgeist und völkischen Idealismus mit dezidierten Machtansprüchen verknüpft. Die Besetzung von Führungspositionen läßt sich aber nur realisieren, weil die DG nicht isoliert agiert, sondern in einem Netzwerk von Beziehungen positioniert ist, das insgesamt von erheblicher politischer Bedeutung ist. Wie die Gründungsgeschichte der DG gezeigt hat, agiert die DG in einem engen Zusammenhang mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Witikobund[15], der bis heute besteht. Die Zeitschrift *Criticón* wurde von Anfang an durch die DG gefördert: Der langjährige Schriftleiter der *Blätter*, **Dr. Hanns Klatz**, war zeitweise Mitherausgeber und steht noch heute im Impressum von *Criticón*. Parteipolitisch bewegt man sich in einer "Grauzone" zwischen dem deutschnationalen Flügel der Unionsparteien[16], den Vertriebenenparteien (50er/60er Jahre), der NPD (60er/70er Jahre), den Ansätzen zu einer 'Vierten Partei' in den 70er Jahren und den rechtskonservativen bis rechtsextremen Parteigründungen in jüngster Zeit. Unverkennbar - vor allem in der Ära Egerter (vgl. Anm. 11) - ist dabei das Bemühen, einerseits sich an politischen Mehrheitsströmungen zu orientieren, also an den Unionsparteien, andererseits in diese im Sinne der eigenen Orientierungen hineinzuwirken.

Helmut Kellershohn

(Teil II folgt in der nächsten Ausgabe)

---

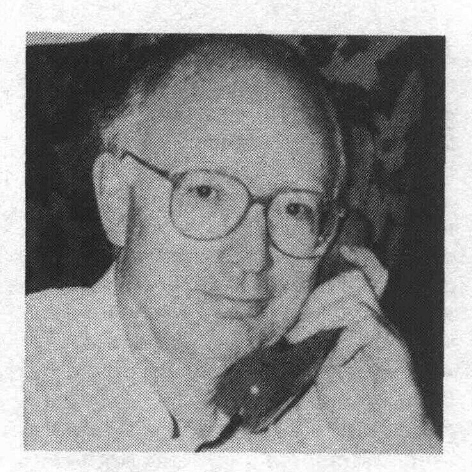
14 Über Jahre hinweg wurde in den *Blättern*, betreut von Hanns Klatz, eine Mitteleuropa-Diskussion geführt, an der sich u.a. Karlheinz Weißmann, Hans-Christof Kraus und Kurt Heißig beteiligten. Letzterer veröffentlichte seinen Beitrag *Unsere mitteleuropäische Aufgabe in Europa* (BlDG 2/91) auch im *Witiko-Brief* (WB 4/91).

15 Im 1992 gewählten siebenköpfigen Vorstand des Witikobundes sind Dr. Walter Staffa als Vorsitzender und Jörg Kudlich Mitglied der Deutschen Gildenschaft; zu den zwölf Senatoren gehören die Gildenschafter Dr. Walter Becher, Leo Bayer (ehemaliger Schriftleiter des Witiko-Briefes), Walter Hergl und wiederum W. Staffa (vgl. WB 4-5/92). Wichtige Gildenschafter und Witikonen waren bzw. sind darüberhinaus der Historiker Hellmut Diwald, Ernst Anrich (s. Anm. 9), Richard W. Eichler, Prof. Dr. Kurt Heißig. Dem Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft gehörten mit Stand vom August 1992 an: die ehemaligen Witikonen Erich Kukuk, Oskar Böse und Wolfgang Egerter, sodann W. Staffa. Bundesgeschäftsführer: Horst Löffler (auch Witikone).

16 Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die engen Beziehungen zur hessischen CDU, wie nicht nur das Beispiel Egerter zeigt. Bundesbruder Dr. Günter Reichert, Mitglied der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (1992), war Mitarbeiter Alfred Dreggers (BlDG 2-3/87, S. 96). Er avancierte 1992 zum Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung (BlDG 3/92, S. 105).

Seit ca. 2 Jahren steht ein ultra-konservativer Politikwissenschaftler der Universität Bonn im Kreuzfeuer der Kritik: Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter, über den wir bereits in der Antifa-NRW-Zeitung Nr. 3 und Nr. 5 berichteten.

Universitätsprofessor als geistiger Brandstifter



Hans-Helmuth Knütter

Knütter wurde 1934 in Stralsund geboren. An der FU Berlin studierte er von 1954 bis 1959 Politikwissenschaften, Geschichte und Germanistik. Seine Dissertation an der Uni Bonn hatte 1960 das Thema "Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland" zum Thema. Eine durchaus seriöse wissenschaftliche Arbeit, wie ihm Fachkollegen bescheinigten. Dort weist er anhand umfangreicher empirischer Untersuchungen nach, daß die rechten Splitterparteien und Organisationen im ersten Nachkriegsjahrzehnt keine eigene, einheitliche Theorie hatten, sondern lediglich alten, aus der nationalsozialistischen Zeit stammenden und antidemokratischen Thesen nacheiferten. Sein damaliges Fazit: durch das Aussterben der Nazigeneration werde sich das Problem größtenteils von selbst erledigen, und zukünftiges Unbehagen in der modernen Gesellschaft werde andere Ausdrucksformen finden.

Knütters erste Schriften sorgten für rege Diskussionen. So stellte er in einem Sonderheft des DGB fest: "die "Nationalzeitung" weist immer wieder auf die Methode der sowjetischen Außenpolitik hin, die Bundesrepublik mit dem NS-Deutschland zu identifizieren. Ziel dieser Vorwürfe ist es, in den westlichen Staaten Ressentiments gegen Deutschland aufzuführen und auf diese Weise den inneren Zusammenhalt des Westens zu schwächen. Von offizieller Seite in Westdeutschland werden diese Maßnahmen und vor allem ihre Erfolge bagatellisiert. Wenn die "Nationalzeitung" und auch rechtsradikale Blätter auf diese Vorkommnisse dauernd hinweisen, so handeln sie zweifellos verdienstvoll und nehmen berechtigte Interessen des deutschen Volkes wahr ..."

Nach seiner Habilitation im Jahr 1971, in der er unter dem Titel "Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Zeit" den deutschen Juden eine Mitschuld an ihrer Vernichtung gab, wurde er 1972 als Professor an das Seminar für politische Wissenschaft der Uni Bonn berufen. Den Schwerpunkt seiner Arbeit bildet der Bereich "Extremismus", obwohl er auch schon mal den ein oder anderen Ausflug in andere Themenbereiche unternimmt. 1993 erschien eine Publikation mit dem Titel "Wanderungsbewegungen - ein Faktum, Multikulturelle Gesellschaft - eine Fiktion", in der sich Knütter vehement für repressive Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge einsetzt. Er verwies dabei auf den Untergang des Römischen Reiches: "So übte das glänzende, wohlhabende Rom auf die Stämme an seiner nördlichen und östlichen Grenze eine Anziehungskraft aus, der das Reich schließlich erlag. Vor ähnlicher Gefahr steht Westeuropa heute". Sein Ideal ist die "kulturell homogene Gesellschaft" und er behauptet, daß es "kein historisches Beispiel eines lang andauernden Nebeneinanders verschiedener Kulturen unter einem politischen Dach" gebe. Mehr noch, "für ein gutes Zusammenleben ist eine Distanz zwischen den Volksgruppen notwendig".

Als Spezialist für "Politischen Extremismus" wurde Knütter Mitglied im "**Bund Freiheit der Wissenschaft**", Vertrauensdozent der CDU-nahen **Konrad-Adenauer-Stiftung** und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Bonner **Bundeszentrale für politische Bildung**. Außerdem verfaßt er regelmäßig Artikel für die "Texte zur Inneren Sicherheit", die vom Bundesinnenministerium herausgegeben werden. Wenn am Anfang noch der Rechtsextremismus Hauptgegenstand von Knütters Untersuchungen war, so änderte sich dies etwa ab Mitte der 80er Jahre. Immer wieder - und bis zum heutigen Zeitpunkt noch - verharmlost er systematisch jegliche Gefahr von Rechts. Inhaltlich wurde das Thema Faschismus von ihm kaum beachtet, stattdessen widmete er sich seinem Hauptgegner, dem Antifaschismus um so intensiver.

Die Kernaussagen seiner Anti-Antifa Thesen lassen sich auf folgenden Nenner bringen: Außenpolitisch seien es vor allem die DDR und "Moskau" gewesen, die ihre Destabilisierungskampagnen mittels des Faschismusvorwurfs führten. Innenpolitisch diente der Antifaschismus "in der politischen Auseinandersetzung... als Kampf- und Diffamierungsmittel, mit dessen Hilfe Interessen durchgesetzt werden sollten". Das Ziel dieser Methoden war für Knütter klar: die Zersetzung des deutschen Staates. Folglich müssen nach seiner Meinung die antifaschistischen Staatsfeinde "mit allen Mitteln" bekämpft werden.

Allerdings zieht der Politologe bei seiner Einschätzung eine Trennlinie. Für ihn gibt es auf der einen Seite AntifaschistInnen mit sozialistischem Antifaschismusverständnis, die sich für die Einsetzung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung engagieren und - ein weitaus geringerer Teil - diejenigen, die sich aus rein moralischen Gründen gegen den Faschismus betätigen. Das sind in den Augen Knütters die Trottel, die zum Teil auch bürgerlichen Parteien oder christlichen Organisationen angehören und inhaltslos nach Gefühl handeln.

Nach dem Fall der Mauer 1989 und dem weitgehenden Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa sieht Knütter keine Legitimation für den Antifaschismus mehr. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen wären die einzigen Punkte, an denen die bundesdeutsche Linke noch Mobilisierungskräfte in Bezug auf antifaschistische Bündnisse bis hinein ins bürgerliche Lager besäße. Ohne die rechtsextremen Anschläge wäre auch hier schon lange die Luft raus. Natürlich äußert sich Knütter nicht zu den Ursachen für das verbreitete fremdenfeindliche Klima in Deutschland, weil er als völkisch denkender Mensch genauso wie **Wolfgang Schäuble** oder **Manfred Rouhs** dafür mitverantwortlich ist.

Als 1991 sein Buch "Deutschlandbilder" erschien, wurde es im "**Mut-Verlag**" aufgelegt. Benannt ist der Verlag nach seiner gleichnamigen Zeitschrift "**Mut**", zu deren regelmäßigen Autoren auch Hans-Helmuth Knütter gehört. Als unbedeutendes rechtsradikales Jugendmagazin dümpelte "Mut" seit Mitte der 60er Jahre im Fahrwasser der NPD und geriet 1979 durch einen Hetzartikel gegen

die Fernsehserie "Holocaust" auf die Indexliste der Jugendprüfstelle. Etwa 1985 wurde das Blatt "modernisiert" - wie zahlreiche rechte Publikationen Europas in jener Zeit - und kommt seitdem im pseudo-intellektuellen, lockeren Stil daher. Herausgeber und Chefredakteur ist seit vielen Jahren **Bernhard Christian Wintzek,** NPD-Bundestagskandidat und Mitbegründer der "**Aktion Widerstand**". Wintzek glaubt an die "6-Millionen-Lüge" und hetzt in seinem Buch "Unsere Väter waren keine Verbrecher - wie es damals wirklich war" gegen "Wiedergutmachungszahlungen für antideutsche Greuelmärchen". Wintzek ist der Verleger für Knütters Aufsätze und das Buch "Deutschlandbilder". Hier eine Kostprobe aus letztgenannten Werk: "Deutschsein heißt ... eine unglückliche, ja lächerliche Figur abzugeben. Es gibt Völker, denen es gleich ist, was man in anderen Ländern über sie denkt". Und: "Die Vorstellung, zwischen Völkern könne es Freundschaft wie zwischen Einzelpersonen geben, muß als Illusion entlarvt und als Wunschbild zerstört werden". Es war abzusehen, daß sich faschistische Zirkel auf die Thesen Hans-Helmuth Knütters stürzen würden, da ein als seriös geltender Wissenschaftler gut zum Vorzeigen taugt. Seine Publikationen, seine Interviews stützen ihre faschistische Ideologie und helfen, den braunen Dreck intellektuell zu verkleistern.

Knütter schreibt aber nicht nur im "Mut"-Verlag , er gibt auch neonazistischen Zeitschriften wie "**Europa vorn**" bereitwillig Interviews und veröffentlichte zahlreiche Artikel in "**Criticón**", einer den Republikanern nahestehenden Zeitung. Themen in "Criticón" sind unter anderem "das Absterben des biologischen Potentials unseres Volkes" oder "das Superversailles von Potsdam".

Das Faß zum Überlaufen brachte Knütter aber im Herbst 1991, als er als Mentor des **Ost-West-Arbeitskreises** im kulturfördernden "Studium Universale" eine Plattform für rechtsradikale Umtriebe unterstützte. Der englische Auschwitz-Leugner und Pseudo-Historiker **David Irving** hielt im Juli 91 ein Referat zum "Historischen Revisionismus" und im September 91 trat der **Wiking Jugend**-Aktivist und "Liedermacher" **Frank Rennicke** auf. In den Räumen der Bonner Universität war so ziemlich alles versammelt, was in Neonazikreisen der Bonn-/Sieg-Region Rang und Namen hatte: **Stefan Niemann** (FAP), **Norbert Weidner** (FAP-Kreisvorsitzender) oder **Michael Springwald** (FAP) sowie jede Menge an Wiking-Jugend-Funktionären. Der "Wikinger", das Zentralorgan der Wiking-Jugend würdigte diese Veranstaltung folgendermaßen: "Es war insofern ein politischer Erfolg, als wir es schafften, unseren Fuß in die Tür des öffentlichen Lebens zu stellen und den Liederabend in staatseigenen Räumen durchzuführen".

Knütter wollte von diesen Umtrieben nichts gewußt haben; er hätte lediglich als Mentor seinen Namen für diesen Arbeitskreis hergegeben - was dort im Einzelnen laufen würde, darauf hätte er keinerlei Einfluß. Allerdings wollen StudentInnen gesehen haben, daß es zwischen Knütter und dem Vorsitzenden des Arbeitskreises, Andreas Jahrow, zu gezielten Absprachen im Hinblick auf Form und Inhalt der Veranstaltungen gegeben haben. Noch bevor es zur Übernahme des Vorsitzes durch **Ralf Küttelwelsch**, dem ehemaligen stellvertretenden Bundesführer der Wiking-Jugend-Abspaltung "**Jugendbund Sturmvogel**" kam, zog Knütter sein Mentorat zurück und ließ so den Ost-West-Arbeitskreis auflösen. "Mangelndes Vertrauen" sei der Grund dafür gewesen und der Politikprofessor wurde trotz eines Offenen Briefes zahlreicher BürgerInnen an den Rektor der Bonner Uni nicht für sein Verhalten zur Verantwortung gezogen.

Auch die Kleine Anfrage im nordrhein-westfälischen Landtag durch den Grünen-Abgeordneten Roland Appel führte zu keinem Ergebnis. In der Antwort von der SPD-Wissenschaftsministerin Anke Brunn wurde auf die im Grundgesetz verbriefte "Freiheit von Forschung und Lehre" verwiesen, in dessen Rahmen sich Hans-Helmuth Knütter bewegt hätte. "Auch wenn die Landesregierung sich nicht mit den von Professor Knütter vertretenen Auffassungen identifiziert", heißt es in einem Nebensatz.

Knütter bleibt also unbehelligt und darf sehr wahrscheinlich bis zum Erreichen seines Pensionsalters in 5 Jahren weiter die theoretischen Grundlagen liefern, die Rechsradikale dann tatkräftig umsetzen. Im Namen der Wissenschaft selbstverständlich.

Berlin: Kaindl-Prozeß

Am 20. September 1994 wird in Berlin der Prozeß gegen sieben AntifaschistInnen eröffnet, denen vorgeworfen wird, an der Aktion gegen die Deutsche Liga für Volk und Heimat beteiligt gewesen zu sein.

In einem Neuköllner China-Restaurant trafen sich am 3. April 1994 Mitglieder der DLfVH, unter anderem Carsten Pagel, ehemaliger Rep-Landesvorsitzender in Berlin und Anwalt der rechten Szene, Thorsten Thaler, vormals Republikaner-Mitglied und seit 1991 bei der DLfVH, Autor der "Jungen Freiheit" und Gerhard Kaindl, Berliner Landesschriftführer der DLfVH. AntifaschistInnen erfuhren von dem Treffen und stürmten das Lokal. Gerhard Kaindl verstarb nach den Auseinandersetzungen an den Folgen mehrerer Messerstiche.

Vor Gericht sollen nun sieben vorwiegend türkische und kurdische AntifaschistInnen für die Tat verantwortlich gemacht werden. Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten gemeinschaftlichen Mord und sechsfache schwere Körperverletzung vor.

Nach dem momentanen Verfahrensstand ist zu befürchten, daß die Richterin Frau Eschenhagen die Öffentlichkeit wegen der Minderjährigkeit eines Angeklagten ausschließen wird. Das Vertrauen, daß den Angeklagten hinter verschlossenen Türen ein fairer Prozeß gemacht werden wird, wird allerdings schon dadurch erschüttert, daß die Rolle des Berliner Staatsschutzes bei der Weitergabe von Namen und Adresse der Antifas an militante Neonazis bisher ungeklärt blieb und noch keine Konsequenzen nach sich zog.

Gabriele Hartung, die einzige an dem DLfVH-Treffen beteiligte Frau, hat vor kurzem Nebenklage eingereicht. Damit haben die Faschisten, die über einschlägige Publikationen ihrerseits zu dem Prozeß mobilisieren, die Möglichkeit, direkt in das Prozeßgeschehen einzugreifen.

Die angeklagten AntifaschistInnen brauchen unsere Unterstützung, finanziell und durch solidarische Aktionen. Der Prozeß findet ab dem 20. September bis zum Ende diesen Jahres jeweils dienstags und freitags statt. Zum Prozeßbeginn wird vor dem Gericht eine Kundgebung abgehalten werden.

Mögliche Beschwerdeadresse: Richterin Eschenhagen, Landgericht Berlin, Fax-Nr. 030/39792010
(damit das Gericht in Post baden kann)

Weitere Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen der gefangenen und gesuchten Antifas, c/o Prozeßbüro, Dieffenbachstraße 33, 10967 Berlin, tel. 030/6949354
M. Holzberger, Kto.-Nr. 130095300, Commerzbank, BLZ 10040000

Anklage gegen Kasseler Antifaschisten erhoben

Die Staatsanwaltschaft hat gegen einen Antifaschisten aus Kassel Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs, versuchter schwerer Körperverletzung, schwerer Sachbeschädigung und wegen Verstoßes gegen das Versammlungs- und Vermummungsverbots erhoben. Die Anklage stützt sich ausschließlich auf die Aussagen zweier Zivilbeamter.

Am 27. Dezember 1992 organisierte Die **"Sauerländer Aktionsfront"** eine Anti-Antifa Demonstration in Meschede im Hochsauerlandkreis. Bereits ein halbes Jahr zuvor hatte die erste Anti-Antifa Demonstration überhaupt in Meschede stattgefunden, zu der sich bekannte Neofaschisten aus dem ganzen Bundesgebiet eingefunden hatten. Die Kundgebung im Dezember verlief für die ca. dreißig anwesenden Faschisten wenig erfolgreich: schon bald suchten sie Schutz im Eingangsbereich der Mescheder Polizeiwache, weil sie sich von den zweihundert bis zweihundertfünfzig AntifaschistInnen bedroht fühlten. Nach einer kurzen Auseinandersetzung vor der Wache wird der Angeklagte auf dem Weg zu seinem Auto von zwei Zivilbeamten festgenommen und direkt anschließend anderthalb Stunden verhört und dabei massiv von der Polizei unter Druck gesetzt.

Bisher ist noch kein Prozeßtermin festgesetzt; wahrscheinlich wird der Prozeß nicht vor Mitte Oktober eröffnet. Für Anwalts- und Prozeßkosten und weil zu erwarten ist, daß die 6000.- DM, die die Polizei für ihren beschädigten Wagen haben will, auch von den Antifaschisten getragen werden müssen, wird dringend finanzielle Unterstützung benötigt.
Spendenkonto: H. J. Laube, Stadtsparkasse Kassel BLZ 52050151, Konto-Nr. 3920691.
Auch die "Solidaritätsgruppe Gunther" braucht dringend Geld, um die Kosten des Prozesses gegen den Antifaschisten decken zu können. Für Zwangspflichtverteidiger, Zeugenladungen, Prozeßkosten und Solidaritätsarbeit wurden bisher ca. 40.000 DM veranschlagt. Hinzu kommen noch die Kosten für ein mögliches Revisionsverfahren und für Gunthers weitere Unterstützung.
Spendenkonto: Wiesbadener Volksbank, BLZ 51090000, Kto.-Nr. 14926518, Kennwort "Gunther".
Außerdem plant die Solidaritätsgruppe in Kürze eine Dokumentation herauszugeben, die über Verhaftung Gunthers, den Prozeßverlauf und die Nazistrukturen in der Umgebung berichten wird.

FFD - Die Zweite

Am 19. Juli fand die Urteilsverkündung gegen **Helmut Fuchs** vom **"Freundeskreis Freiheit für Deutschland"** statt. Der 62jährige, der in seinem Prozeß von **Jürgen Rieger** verteidigt wurde, wurde zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Versprach er doch der 8. Strafkammer, sich in Zukunft nur noch "über Sport und so was" zu unterhalten. Bei soviel Zartgefühl seitens des Gerichts gegen die FFDler, sah sich sogar der Bochumer Polizeipräsident genötigt, an den Innenminister **Schnoor** zu schreiben. Sein Brief sei zwar keine offizielle Beschwerde, aber seiner Meinung nach, wird "der Ernst der Lage noch nicht überall gesehen" und "die Justiz hat nicht die richtigen Zeichen gesetzt für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus". Dies war die fünfte Bewährungsstrafe, die im Falle des FFD ausgesprochen wurde. Was mit Herrn Dr. Dr. **Grimm** ansteht, der sich nach Dänemark abgesetzt hatte, ist noch unbekannt.

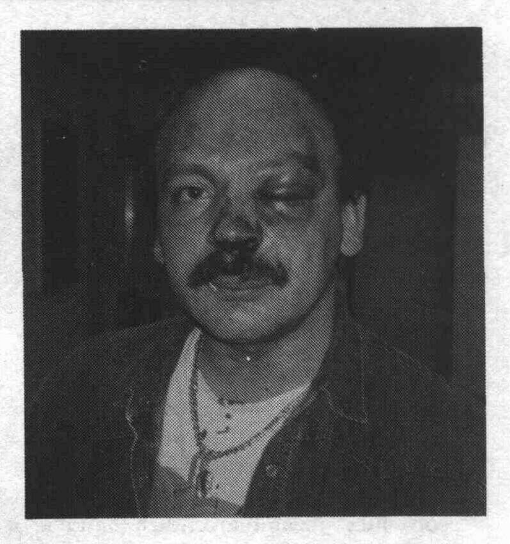
Nur peinlich ?

Die Ehrengalerie des Bochumer Landgericht schmückte seit 48 Jahren ein Bild von **Franz von Vacano**. Franz von Vacano war als überzeugter Nazi seit 1932 Mitglied der **NSDAP** und seit 1934 Landgerichtsdirektor und Vorsitzender des Sondergerichts in Köln, das über die sogenannten "Rasseschandefälle" urteilte. 1937 bis 1943 war er Landesgerichtspräsident in Bochum. Dieser von Vacano blickte nun bei Sitzungen im Präsidiumszimmer dem jetzigen Landesgerichtspräsidenten Dr. **Hans Gerhard Feckler** über die Schulter. Herrn Feckler schien dies nicht weiter bedenklich, war doch seiner Meinung nach die Rolle Vacanos historisch noch nicht ausreichend geklärt. Um der peinlichen Diskussion über die Urteilskraft von Richtern hierzulande nicht noch mehr Anlaß zu geben, ordnete Justizminister **Krumsiek** die Entfernung des Bildes im Bochumer Landgericht und andernorts an. Ob das für den amtierenden Landesgerichtspräsidenten die historische Rolle Vacanos klärt ?

Rassistischer Polizeiüberfall auf Roma

Als am Vatertag Rechtsradikale und Hooligans in Magdeburg Jagd auf AusländerInnen machten und die Polizei ihnen noch teilweise dabei Hilfestellung gab, brauchten Bochumer Polizisten keine Motivation seitens Faschisten, um auf AusländerInnen einzuprügeln. Hier reichte eine einfache Beschwerde deutscher Nachbarn, die sich über die Roma aus der Flüchtlingsunterkunft ärgerten.

Auf den Anruf eines Deutschen fuhren zwei Streifenwagen um 17 Uhr in der Verkehrsstraße vor und verlangten von Herrn **Ivanovic**, der vor dem Haus saß, die Papiere. Dieser erwiderte, er habe doch nichts Unrechtes getan und überhaupt, die Beamten würden ihn doch kennen. Die Folge, er wurde in Würgegriff genommen und in Handschellen gelegt. Andere Roma waren empört und protestierten lautstark. Herr Ivanovics Brüder wollten die weitere Mißhandlung ihres Bruders verhindern und es kam zu einem Handgemenge. Kurz darauf erschienen unter Sirenengeheul mehr als 30 weitere Polizeifahrzeuge. Zwei der Brüder Ivanovic wurden unter Schlägen und Tritten in die Wagen gezerrt. Der dritte, Ilija Ivanovic, flüchtete sich in die Wohnung. Fünf bis sechs Polizisten stürmten in das Haus. Sie traten die Tür ein und schlugen ihn vor den Augen seiner entsetzten Kinder zusammen. Dabei prügelten sie mit ihren Knüppeln auf ihn ein und traten ihm mit ihren Stiefeln ins Gesicht bis er bewußtlos wurde. Sie schleiften den blutüberströmten Mann aus dem Haus und legten obendrein seiner schreienden und weinenden Frau ebenfalls Handketten an. Ihren Einsatz kommentieren sie dabei so: "Ihr habt Glück, daß wir nicht geschossen haben." Und "Wenn ich zu sagen hätte, säßet ihr längst alle im Flugzeug." Die vier Gefangenen wurden in das Polizeipräsidium an der Uhlandstraße transportiert, wo die drei Männer weiter durch Beamte verprügelt wurden. Irgendwann erschien dann ein Polizeiarzt, und erkannte die schweren Verletzungen von Ilija Ivanovic und überwies ihn umgehend ins Knappschaftskrankenhaus nach Langendreer. Seine Brüder wurden ebenfalls behandelt und dann einfach mit ihrer Schwägerin nach Hause geschickt. Das äußerst brutale und fremdenfeindliche Vorgehen ging selbst der Lokalpresse zu weit. Druck auf Presse und Reporter seitens der Polizei sorgte aber dafür, daß die Medien bald schwiegen. Schweigen taten aber die Roma und weitere 150 DemonstrantInnen nicht, die mit den Bildern der Verprügelten und Transparenten eine Woche später durch die Bochumer Innenstadt zum Polizeipräsidium zogen. Dies zur sichtbaren Verärgerung der Sicherheitsorgane, die in den Tagen vor der Demo schon linke Projekte mit Zivilfahrzeugen wegen des Demoaufrufs überwachten und mittlerweile mehrere Ermittlungsverfahren gegen die Verfasser diverser Flugblätter zu diesem Vorfall einleiteten.





Ilija Ivanovic nach dem "Polizeieinsatz"

Farbe bekennen

Am 19.8. wurden in Bochum die Direktkandidaten der Parteien zum Bundestag der Wahlkreise 110 und 111 bekanntgegeben. Die **UAP (Unabhängige Arbeiterpartei)** schickt im Wahlkreis 110 den 35jährigen Maler und Anstreicher **Wolfgang Schulteisz** (wohnhaft Riemker Str. 20a) ins Rennen. Im Wahlkreis 111 tritt für die REPs der Kreisvorsitzende **Wilfried Maehler** (38, Schlossermeister, Hülsberg 50) an. Sein REP - Kollege aus dem Wahlkreis 110 ist Dr. **Karl Lucks** (62 Jahre, wohnhaft Evertalsstr. 50) und seines Zeichens Oberstaatsanwalt in Bochum. Die Wahl der REP - Kandidaten fand diesmal nicht in der REP - Kneipe **"Haus Rost"** an der Hattingerstr., sondern in der Kneipe **"Bauernstuben"**, Kemnaderstr. 311 statt. Die Kandidatur

eines Oberstaatsanwalts für die Republikaner zum Bundestag wirbelt mittlerweile in Justiz- und Amtsstuben einigen Staub auf. Als nicht zu verheimlichende Tatsache wirft dies nach dem Deckert-Urteil kein gutes Licht auf die Justiz. So beeilte sich der Justizminister von NRW, **Krumsiek**, seinen ehemaligen SPD-Parteigenossen Herrn Lucks zu ermahnen und aufzufordern, seine Bundestagskandidatur zurückzuziehen. Andernfalls gäbe es ein förmliches Disziplinarverfahren. Laut Pressesprecher des Justizministeriums NRW, "verfolgen (die REPs, Anm. der Red.) zum Teil verfassungswidrige Ziele (und) werden deshalb in NRW vom Verfassungsschutz beobachtet". Beamtenrechtlich handele es sich um ein Dienstvergehen. Derart von ihrem Chef ermuntert, meldete sich auch der Deutsche Richterbund, Bezirksgruppe Bochum, zu Wort und sprach von einem "Fehlverhalten". Dr. Lucks indessen denkt nicht daran, von der Kandidatur zurückzutreten und meint, daß Kandidatur und Amt vereinbar seien. So reichte er beim 2. Senat des Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde ein. Seine Argumentation: Solange die Partei selbst nicht verboten sei, dürfe er wegen einer Kandidatur nicht dienstrechtlich ermahnt werden. In dem Versuch das lädierte Ansehen der Justiz vor weiterem Schaden zu bewahren, wurde Herr Lucks am 2. September vom Dienst suspendiert. Da Herr Lucks im Dezember diesen Jahres ohnehin in den Ruhestand gegangen wäre, dürfte ihn die Suspendierung nicht groß schockieren, aber doch einen kleinen Heiligenschein des Märtyrertums vor seinen Kameraden eintragen. Herr Lucks, der nebenher auch für den Bochumer Stadtrat kandidiert, ist aber nur einer von vier REP - Kandidaten aus dem Öffentlichen Dienst, die auf der 22köpfigen Landesliste der NRW - REPs stehen. Es ist abzuwarten wie die anderen Dienstherren auf die Kandidatur ihrer Beamten reagieren.

"Weil nicht sein kann, was nicht sein darf"

Am 22. Juni brannte das Wohnhaus einer libanesischen Familie an der Hernerstr. 87. Konnten sich die Menschen aus den unteren Etagen noch retten, kam die Hilfe für die Familie, die unter dem Dach wohnte, zu spät. Der neunjährige Eysam erstickte. Seine fünf Geschwister lagen tagelang mit Rauchvergiftungen im Krankenhaus. Sein Vater lag im Koma auf der Intensivstation. Für die Polizei war der Fall schon nach Stunden gegessen. Kein "fremdenfeindlich motivierter" Anschlag lautete die Devise, da kein Brandbeschleuniger (Benzin o.ä.) verwendet wurde. Eine bestechende Logik, der sich die Lokalpresse auch sofort anschloß. Dreist wurde in der Presse vermutet, Fahrlässigkeit der Bewohner hätten den Brand hervorgerufen und die Polizei lud einen Teenager mehrere Male vor, um ihn auszufragen, ob er denn im Keller geraucht habe. Und dies trotz der Angaben von Nachbarn, daß sie zwei Männer zu der Zeit aus dem Haus haben laufen sehen, zu der der Brand entstand. Und obwohl der Vater, als er aus dem Koma erwachte, berichtete, er habe zwei Männer im Hausflur der Paterre überrascht und sei von einem von ihnen tätlich angegriffen worden. Diese rassistischen Erklärungsmuster bei Bränden in Häusern von ausländischen Menschen sind mittlerweile gängig. Ein rassistischer Anschlag wird ausgeschlossen, die Opfer werden von der Polizei und in den Medien als Verursacher verdächtigt und die Ermittlungen gehen gegen die AusländerInnen (mit den dazugehörigem "Ermittlungsdruck" und unsauberen Methoden, wie z.B. letztes Jahr, als im Hattinger Brandfall der Geschädigten im Falle eines Geständnis, statt Strafe Psychiatrie "in Aussicht" gestellt wurde). Ermittlungen gegen Fremdtäter finden somit gar nicht mehr statt oder werden skandalös schlampig geführt (siehe wieder Hattingen). Es verwundert auch kaum noch, wie diese Art der Verdrängung und somit rassistische Haltung Behörden, Medien und breite Teile der Bevölkerung vereint. Genaues Hinsehen und Hinterfragen würden nämlich Teilnahme und politische Stellungnahme erfordern. Das scheint nicht gewollt und so heißt die Devise: "Es kann nicht sein, was nicht sein darf". In ihrer Notunterkunft wurden die Familien des Hauses dann durch Anrufe terrorisiert, auch dieses Haus würde bald brennen. Die Stadt und die Behörden ließen den Menschen keinerlei Beileidsbekundungen und über längeren Zeitraum keinerlei materielle Hilfe zukommen. Erst Wochen später kamen sie aus ihrer Notunterkunft heraus.



Eisam Chamdin



An der Herner Straße aufgebahrt: Der Leichnam des neunjährigen Eisam Chamdin, beweint von seiner Mutter Sabah. Am frühen Mitta fährt ein Wagen den Kindersarg nach Essen zum moslemischen Friedhof, begleitet von über hundert Angehörigen und Freunden.

"Freiheit Wattenscheid"

So nennt sich eine rechtsradikale Postille, die seit 1990 in einer Auflage von bis zu 10000 Exemplaren in Wattenscheider Kneipen auslag und frei verteilt wurde. Sie gibt vor, gegen die Eingemeindung Wattenscheids durch die Stadt Bochum und für die lokale Selbstverwaltung Wattenscheids zu sein. Die Öffentlichkeit, die Wattenscheider AntifaschistInnen gegen dieses Anzeigenblatt, das nur so von rechten Redewendungen und Hetze gegen AusländerInnen triefte, erzeugten, war erfolgreich. Sie führte dazu, daß der rechtsradikale Hintergrund um die Zeitung bekannt wurde und viele Anzeigenkunden keine Anzeigen mehr schalteten. Derart geoutet und mit finanziellen Einbußen versehen, tritt der Herausgeber **Michael Frank** die Flucht nach vorne an. In der, nun nicht mehr kostenlosen, Sommerausgabe von **"FW"** wirbt er für die rechtsradikale **"Nation"**, **"UN"**, **"Deutsche Zukunft"**; sowie für den **"Donner-Versand"** und den **"Verlag für ganzheitliche Forschung"**. Er geißelt das "liberalistische System" und seine Wahlempfehlung lautet: Republikaner, NPD oder **"Bund freier Bürger"**. Neben der ausländerfeindlichen Hetze bringt Frank wie früher Anti-Antifa-Meldungen, d.h. Antifaschisten mit Bild, Adresse und Autonummern. Wie hoch die Auflage nun ist, ist fraglich. Das Pub-Bistro "La Garde" ist ihm als Anzeigenkunde auf jeden Fall treu geblieben. Ob ein Zusammenhang dazu besteht, daß hier sich immer die Gruppe **"Volkswille"** getroffen hat?

Platzverweis.

Am Rand der Europawahlkampf-Veranstaltung des **"Bund Freier Bürger"** auf dem Münsterplatz sammeln sich knapp 20 Neonazis am Hauptbahnhof. Sie werden jedoch von der Polizei mit einem Platzverweis belegt und nicht Richtung Münsterplatz gelassen. Vor der Haider-Tribühne versammelten sich dennoch einige Vertreter der **"Initiative Gesamtdeutschland"** und des **"Wandervogel"**. Die Kundgebung wurde unter lautstarkem Protest mit Trillerpfeifen und Eiern begleitet und fand damit ein vorzeitiges Ende. Die antifaschistische Protestkundgebung wird als Erfolg gewertet, da **Brunner** und **Haider** alle weiteren Tourneetermine nach ihrem Bonner Flop abgesagt haben.

Nazifeier

Unter Leitung des Neonazi-Millionärs **Ralf Tegethoff** aus Königswinter treffen sich an der Löwenburg im Siebengebirge ca. 100 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer Sonnenwendfeier. Neben vielen Berliner **FAPlern** wie z.B. **Lars Burmeister** sind auch der FAP Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse** sowie Vertreter der **Wiking-Jugend** und der **Deutschen Nationalisten** vertreten. Die Polizei erfährt kurz vor Beginn der geplanten Feier, daß die Nazis sich - wie so oft - auf der Autobahnraststätte Siegburg treffen und kontrolliert sie. Gegen vier von ihnen wird Anzeige wegen des Tragens von Uniformen verfassungsfeindlicher Organisationen gestellt, zahlreiche Waffen werden sichergestellt. Unter dem Schutz der Polizei können die Rechten dann unbehelligt feiern und auf einem "angemieteten Gelände" übernachten.

Broschüre

"Polizei gegen fremdenfeindliche Gewalt" heißt eine Broschüre des Innenministeriums NRW, die im Juli vorgestellt wurde. Aus ihr geht hervor, daß die Zahl der Übergriffe gegen Ausländer in NRW 1993 um 32,3% gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Die Negativ-Hitparade der Städte wird angeführt von Köln mit 342 (polizeilich bekannten und als solche eingeschätzten) Straftaten, gefolgt von Hagen (266), Essen (220), Münster (150) und Bonn.

Auflösung

Wie der Bonner "General Anzeiger" meldet haben sich die Bonner **FAP** und die **"Initiative Gesamtdeutschland"** aufgelöst. Der Grund dafür sei, daß die Organisationen ihre "Brückenfunktion" erfüllt hätten. Dies war zuvor schon einmal im Mai in einer Presseerklärung der Neonazi-Szene verkündet worden, nun erklärt man dort die Absicht, unter dem Deckmantel der **NPD** zu den Kommunalwahlen anzutreten. Spitzenkandidat der NPD ist der **ex-IG-Chef Hans-Peter Krieger**, der zusammen mit dem Begründer der ersten neofaschistischen Partei nach 1945 in Bonn (1957, die DRP) **Erich Bieber** antritt.

Ermittlungen eingestellt

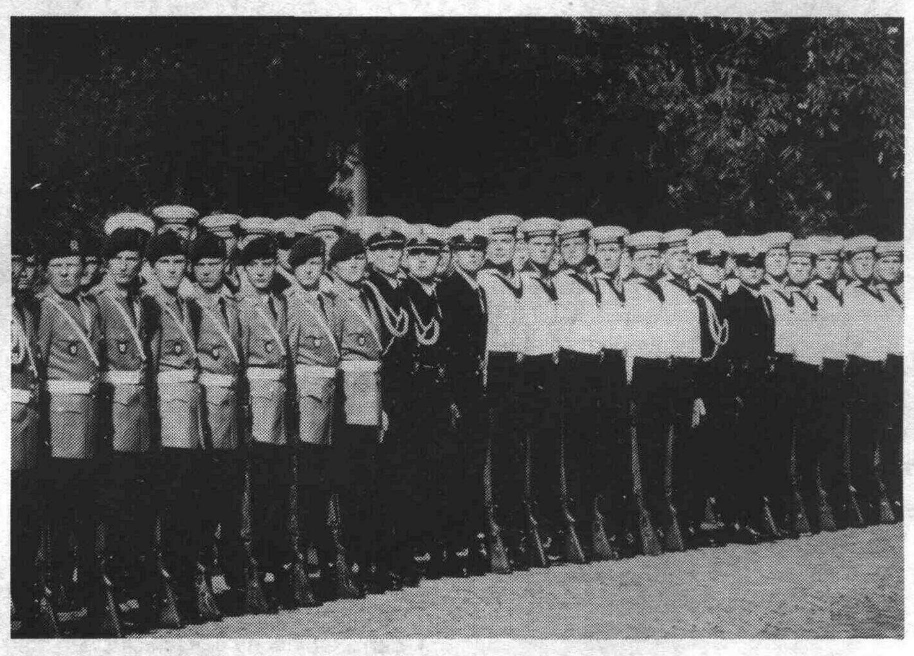
Zwei Monate nach einer Strafanzeige gegen Bundeswehrsoldaten stellt die Staatsanwaltschaft Bonn die Ermittlungen gegen sieben Angehörige des **Siegburger Wachbataillons** ein. Ihnen wurde vorgeworfen, am 19. Mai in einem Linienbus antisemitische und ausländerfeindliche Parolen gegröhlt und einen Fahrgast verprügelt zu haben. Es sei zwar festgestellt worden, daß es zwischen Soldaten und Fahrgästen verbale Auseinandersetzungen gegeben habe, in deren Verlauf ein Gast mehrfach angegriffen und ins Gesicht geschlagen wurde. So richtig seien die Parolen der Faschos in Uniform nicht verstanden worden. Es hätte so was wie "Juden raus" und "Ausländer raus" sein können, das Ganze getaucht in 1,4 Promille Alkohol und eigentlich nur für ihn selbst bestimmt, keinesfalls für irgendeinen Mitfahrenden.. Damit entfällt nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft der Vorwurf der Volksverhetzung als auch der Beleidigung. Wie sagte doch der Oberstleutnant und Kommandeur des Wachbataillons gleich nach dem Vorfall? "Ich bin überzeugt, daß da Wut auf die Bundeswehr dahintersteckt. Das läuft darauf hinaus, daß der (Haupbelastungszeuge) allein im Wald steht." Das muß angekommen sein, denn der (verprügelte) Hauptbelastungszeuge verzichtete auf eine Strafanzeige.

Zusammenarbeit

Mehrere **FAP'ler** unter der Beteiligung von **Norbert Weidner** legten sich am 15.7. in der Bonner Innenstadt mit einer Gruppe ausländischer Jugendlicher an. Nachdem sie dabei den Kürzeren zogen, fuhr der Neonazi-Führer kurze Zeit später mit einer Polizeistreife durch die Altstadt und ließ sich wahllos die Personalien von Passanten geben. Damit war er (Weidner) jedoch noch nicht zufrieden und forderte die Polizei auf eine Wohnung zu stürmen, deren Adresse von den Neonazis bereits im "EINBLICK" veröffentlicht worden war. Die Beamten müssen aber die zwielichtigen Absichten Weidners erkannt haben, da sie dieser Aufforderung eine deutliche Absage erteilten.

Übergriff von FAP-Chef

Am Abend des 9.8 griff der Bonner Neonazi-Chef **Norbert Weidner** zwei Jugendliche in der Nähe seines Hauses mit einem Baseballschläger an, die Flugblätter zu einer Protestkundgebung verteilten, die die Nachbarschaft über die Tätigkeit Weidners bei den Hess-Aufmärschen aufklären sollte. Gegen Weidner läuft nun ein Verfahren wegen Körperverletzung.

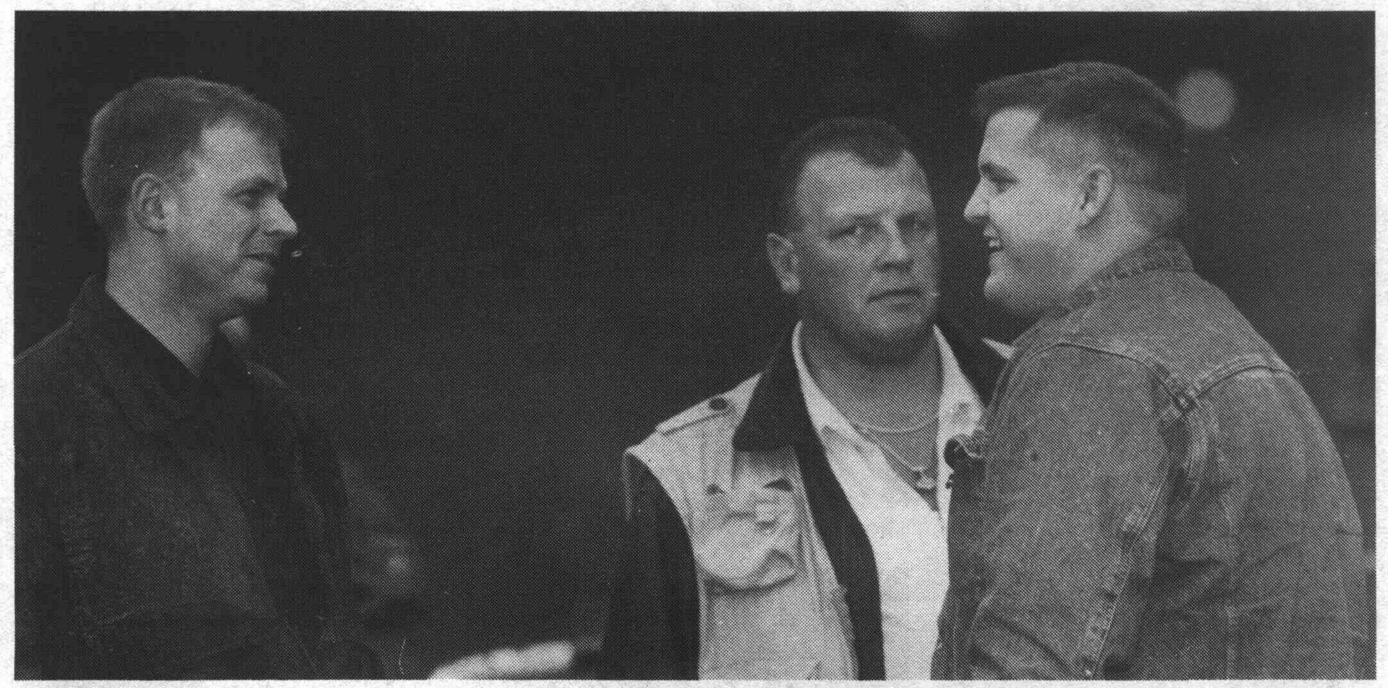


Blick nach Rechts: Das Siegburger Wachbatallion

Neonazis zogen unter Polizeischutz ab

Was im Vorfeld als Wahlkampfkundgebung der NPD verkauft wurde, entpuppte sich am Samstag dem 17.9.94 als "Großkundgebung" der "Nationalen Szene", die mit Kommunalwahlthemen überhaupt nichts im Sinn hatte.

Die NPD, die mit sieben Kandidaten (**Horst Gomolka, Erich Bieber** (**DRP** Begründer), **Michaela Weckmann, Hans Peter Krieger, Werner Schuler, Hans Robert Klug und Siegfried Schmidt**) in zwei Bonner Bezirken antritt, betätigte sich als Anmelder für ein Stelldichein, das zu 80% von **FAP** und **GdNF**-Kadern getragen wurde. Es nahmen zahlreichSe prominente Mitglieder verschiedener neonazistischern Organisationen teil, darunter Worch, Thomas Wulff, Otto Riehs und Thomas Hainke. Damit wurde genau das bestätigt, was Tage zuvor in der Verbotsverfügung der Bonner Polizei aufgeführt wurde. Nachdem es Neonazis kürzlich nicht gelungen sei anläßlich des Rudolf-Hess-Todestages bundesweite spektakuläre Aktionen zu inszenieren, so befürchtete der Bonner Polizeipräsident in seiner Verbotsverfügung,, sei zu befürchten, daß diese NPD-Veranstaltung maßgeblich von der militanten Szene gestaltet wird. Zusätzlich hätten die bundesweiten Aufrufe und Mobilisierungen über neonazistische Info-Telefone den rein provokativen Charakter dieser Veranstaltung offenbart. Dieser Einschätzung wollten sich das Verwaltungsgericht Köln und später das Oberverwaltungsgericht Münster nicht anschließen und erlaubten die Kundgebung. An der Kundgebung beteiligten sich ungefähr 70 Neonazis, 800 Polizisten und 500 Gegendemonstranten. **Wolfgang Nahrath,** der während seines einstündigen Monologs konfus wirkte, gab als wichtigste Mitteilung kund, daß er im schönen Bonn vor 40 Jahren seine Frau am Hauptbahnhof kennengelernt habe. Begleitet wurde Nahraths Rede von Provokationen der Neonazis, was die Polizei veranlaßte, eine mündliche Verwarnung auszusprechen. Vor der Ankunft von **Günter Deckert (NPD)** verließ der militante Flügel den Kundgebungsplatz, da sich dieser für einen Unvereinbarkeitsbeschluß mit der FAP und anderen Parteien ausgesprochen hatte. Mit dieser Aktion setzten die Neonazis ein politisches Zeichen und unterstützten "ihren Mann" im NPD Bundesvorstand, Vorredner Nahrath, der für ein gemeinsames Zusammengehen mit dem NS-Flügel ist. Trotz nachsetzender Antifaschisten konnte der von **Norbert Weidner (FAP)** geführte Zug unter starkem Polizeischutz ungehindert abziehen.



Hans-Peter Krieger, Borchardt, Sascha Wagner in Bonn

Antifademonstrationen

Zwei Antifademonstrationen gab es am 12.8. in Bonn, um die Öffentlichkeit über die von Neonazis geplanten Aktionen zum Hess-Todestag aufzuklären. Neben einer gut besuchten Demonstration auf dem Bonner Münsterplatz, fand eine weitere in der unmittelbaren Nähe des Wohnhauses von **Norbert Weidner** statt. Gegenkundgebungen, die von **Christian Worch** und Weidner zeitgleich angemeldet worden waren, wurden von der Polizei verboten.

Dorsten: Erneut DN Veranstaltung gescheitert

Wieder einmal haben die "**Deutschen Nationalisten**" es nicht geschafft, eine Veranstaltung im Ruhrgebiet durchzuführen. Die vom Bundesvorsitzenden **Michael Petri** aus Mainz in Dorsten für den 20.08.94 angemeldete Versammlung wurde nach längerem Zögern von den örtlichen Behörden verboten. Die DN verzichtete darauf, gegen diese Entscheidung Klage einzureichen.



Manfred Bruner, leicht bekleckert

Dortmund: Zufall oder Plan

Anfang Juni 94 registrierte der Dortmunder Stadtteil Dorstfeld den x-ten antisemitischen/ausländerfeindlichen Übergriff, der jüdische Friedhof wurde erneut von Jugendlichen geschändet. Da die später festgenommenen 16jährigen Jugendlichen auch einen Fahrscheinautomaten zerstörten, ist sich die Polizei sicher, daß es sich nicht um eine antisemitische Straftat handelt.

Einer flog auf...

Claus-Georg Pleyer, Student der Fachhochschule Dortmund, Initiator und treibende Kraft des Leserkreis Ruhr der **Jungen Freiheit**, flog im Juni 94 aus dem Satzungsausschuß des hiesigen Studentenparlaments. Pleyer, der auch schon mal bei der Dortmunder **Burschenschaft Brandenburgia** auftaucht, ist verantwortlich für die Probeexemplare der Jungen Freiheit, die in den StudentInnenwohnheimen verteilt wurden. Er diskutiert mit seinem Leserkreis Inhalte des medialen intellektuellen Flaggschiffes der Neuen Rechten. So verkündete die Junge Freiheit im November 1993: "... da die meisten Brände in Asylunterkünften fahrlässig durch fehlerhaften Umgang mit Elektrogeräten entstanden." Wir gratulieren der FH zur Beförderung des Claus-Georg Pleyer!

Alles wird gut

So lautet das Fazit der Dortmunder Polizeistatistik bezüglich der Übergriffe auf AusländerInnen. "Nur" 155 Straftaten gegen AusländerInnen wurden in den ersten beiden Quartalen bekannt. Davon haben "nur" 147 einen rechtsextremen Hintergrund.

Skins haben es auch nicht leicht

Ohne Verurteilung ging ein Dortmunder Bürger im August 94 aus dem hiesigen Landgericht. Am 24. Juli 1993 sollte dieser einen rechten Skin mit seinem Auto vor das Flüchtlingsheim in Dortmund Mengede getrieben haben. Der Staatsanwaltschaft und dem von einer Ehrenmalfeier heimkehrenden Skinhead gelang es aber nicht, eindeutig den jenseits von allen Forderungen nach einem Tempolimit agierenden Autofahrer zu belasten.

Kurzer Auftritt von Haider

Ca. 150 AntifaschistInnen gelang es am 30.05.94, eine geplanten Veranstaltung des "**Bundes freier Bürger**" (**BfB**) massiv zu behindern. Angekündigt hatte der BfB (siehe auch den Artikel über den BfB in diesem Heft) eine Wahlkampfveranstaltung in der Dortmunder Innenstadt mit dem österreichischen Vorsitzenden der "**Freiheitlichen Partei Österreichs**" (**FPÖ**), **Jörg Haider**, als Starredner. Haider hatte allerdings schnell die Nase voll: Kaum aus dem Auto gestiegen, erhielt er einen Volltreffer durch eines der zahlreichen durch die Luft fliegenden Eier. Kurz entschlossen brach er genervt seinen Besuch in Dortmund ab und ließ die Veranstalter, darunter den Bundesvorsitzenden des BfB, **Manfred Brunner**, zurück. Die nachfolgende Rede Brunners konnte nur dank massiven Polizeischutz durchgezogen werden - allerdings ging sie im Lärm der AntifaschistInnen völlig unter. Beim überstürzten Abzug der durch verschiedenste Wurfgegenstände mittlerweile bunt eingefärbten Parteispitze wurde dann noch deren Wagen durch Unbekannte schwer beschädigt - alles in allem ein unerfreulicher Nachmittag für die rechtsextremen Wahlkämpfer. Interessant ist auch, wer sich an rechtsextremer Prominenz u.a. zu der Veranstaltung eingefunden hatte. Aus Köln waren in Begleitung mehrerer Unbekannter **Manfred Rouhs** (Stadtrat der "**Deutschen Liga**" in Köln und Herausgeber von "**Europa Vorn**") sowie **Michael Wiechert** (Landespressereferent der "Deutschen Liga") angereist. Aus Dortmund war **Robert Langnickel** da (Mitangeklagter im Dortmunder NO-Prozeß, siehe Nr. 5 der Antifa-Zeitung NRW), der mittlerweile bei keinem Nazi-Treffen in der Region fehlt, um sich als Möchtegern-Führer zu profilieren. Ein Training Langnikkels beim berüchtigten "**Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband**" (**DHKKV**) aus Solingen half ihm nichts: Nachdem er von AntifaschistInnen erkannt worden war, blieb ihm nichts anderes übrig als seine Sprinterqualitäten unter Beweis zu stellen und in das nächstliegende Geschäft zu verschwinden.

Jörg Haider in Dortmund

"Jubiläumstreffen" der Jungen Nationaldemokraten durch Polizei aufgelöst

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit trafen sich am 4.6.94 in Dortmund etwa 200 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet, aus Frankreich, den Niederlanden und Belgien. Sie gehörten den verschiedensten Organisationen an: **NPD, Wiking-Jugend,** den **Deutschen Nationalisten, FAP**.

Stattfinden sollte der **"Jubiläumskongreß der Jungen Nationaldemokraten"** (JN); die Jugendorganisation der NPD wollte ihr 25-jähriges Bestehen feiern. AntifaschistInnen konnten leider nicht mitfeiern, da der Kongreß zuerst in Aachen angemeldet war und auch dorthin mobilisiert wurde. Offensichtlich ein Ablenkungsmanöver der Faschisten, denn der Veranstaltungsort in Dortmund war längst gebucht.



NPD-Stand in Dortmund, Langnickel

Am frühen Samstag Morgen tauchten dann die ersten 100 Faschisten, von denen viele um diese Zeit bereits besoffen waren, in der Dortmunder Innenstadt auf, wo es zu teilweise handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Passanten kam. Auch die Dortmunder Polizei schien auf das Eintreffen der Nazis nicht vorbereitet gewesen zu sein und beobachtete sie lange Zeit nur durch eine Streifenwagenbesatzung. Ein geplanter Zug durch die Dortmunder Innenstadt wurde von der Polizei allerdings verhindert. Im Laufe des Tages trafen sich die Faschisten, deren Zahl mittlerweile auf über 200 angewachsen war, dann im Dortmunder Vorort Mengede, wo sie bei der diesmal wohl wirklich ahnungslosen Inhaberin eine Gaststätte angemietet hatten.

Jäh unterbrochen wurde die Feier durch die aufgewachte Polizei einschließlich Dortmunder Sondereinsatz-Kommando. **Wolfgang Nahrath**, langjähriger Vorsitzender der Wiking-Jugend, forderte gerade mehr Aktionismus von seinen Zuhörern, als der Saal gestürmt wurde. Die angekündigten "Künstler" - der unerträgliche **Frank Rennicke** und die Skin-Band **"Noie Werte"** - kamen nicht mehr zu ihrem Auftritt.

Mehrere der Anwesenden wurden vorläufig festgenommen, nach dem Ende des Spuks allerdings wieder auf freien Fuß gesetzt. Bei der Durchsuchung wurden Waffen und Propagandamaterial sichergestellt. Sinnigerweise verließ die Polizei nach der Feststellung der Personalien bald den Ort des Geschehens - wohl in der Erwartung, daß die Faschisten nach einem versauten Abend ruhig nach Hause fahren. Diese hielten sich allerdings nicht daran. Noch am Abend trieben sich einige vor der Kneipe herum, ein Trupp von 60 Leuten zog durch Dortmund-Nette, andere feierten in der Wattenscheider NPD-Zentrale weiter. Wohl mehr ein Zufall, daß sie ihren Frust nicht irgendwo abluden.

Neuorientierung der Dortmunder NPD

Die Zeiten, als sich die Aktionen der Dortmunder NPD auf Gartenfeste ihres Kreisvorsitzenden **Horst Rosenow** beschränkten, sind erst einmal vorbei. Statt dessen war vor den Europawahlen Aktionismus angesagt: Ein Designer wurde angeheuert, der ihnen neue Aufkleber entwarf, ein DIN-A5-Heft namens "Dortmunder Stimmen" wurde herausgegeben, jeden Samstag wurde in den Dortmunder Vororten ein Infostand (inklusive bewachendem Schäferhund) organisiert, und dann wurden auch noch nächtelang Plakate geklebt - richtig professionell in 7 m Höhe, so daß sie wohl nur noch den AntifaschistInnen aufgefallen sind. Trotzdem: nur 960 Dortmunder (= 0,36%) gaben ihre Stimmen der NPD. Dafür haben sie auf anderem Gebiet mehr Erfolg: Die NPD versucht offensichtlich, Dortmund wieder zu einem Treffpunkt militanter Nazis zu machen. Das im vorstehenden Artikel beschriebene Treffen am 4.6. war der dritte Versuch innerhalb eines halben Jahres, in Dortmund größere Versammlungen zu organisieren. Auch bei den Treffen am 3.12.93 und 19.3.94 (siehe Antifaschistische Zeitung NRW Nr.4 und Nr.5) war die NPD beteiligt: Anmelder war jeweils **Robert Langnickel**, Dortmunder NPD-Kandidat zu den kommenden Kommunalwahlen und Landesvorsitzender NRW der **"Deutschen Nationalisten"** (DN). Die Verflechtung der Dortmunder NPD mit den DN geht weiter: Auch der stellvertretende Vorsitzende der DN in NRW, **Sven Schwertfeger**, ist NPD-Kandidat in Dortmund.

Nationales Info-Telefon Rheinland - Ein Service der FAP Düsseldorf

Seit April 94 wurde es bundesweit angekündigt, das Nationale Infotelefon Rheinland. In der zweiten Juni-Woche wurde eine Düsseldorfer Telefonnummer präsentiert, die ab 14.6. erreichbar sein sollte. Bis zum 2.7. aber mußten sich die "nationalen Bürger" noch aufgrund "technischer Probleme" gedulden, um endlich in den Genuß "unzensierter Informationen, die von den etablierten Medien verschwiegen oder unterdrückt werden", zu gelangen.

Unzensierte Hetze

"Das NIT Rheinland hat es sich zur Aufgabe gemacht, primär über das Geschehen in NRW zu berichten. Auch der Bereich Anti-Antifa soll stark repräsentiert werden" (aus der Ansage vom 5.7.). Im wesentlichen aber sind die gleichen Meldungen wie auf den anderen fünf Infotelefonen der Neofaschisten zu hören. Diese Meldungen werden zentral für alle Infotelefone zusammengestellt und von den Betreibern der einzelnen NITs ggf. ergänzt und teilweise auch umformuliert. Auffällig ist lediglich, daß das NIT Rheinland eine herausragende Rolle bei der Organisation des diesjährigen "**Rudolf-Hess-Gedenkmarsches**" zu spielen schien und daß man weniger Vorsicht bei der Formulierung walten läßt. So wurde z.B. begeistert über einen Angriff von "15 Jugendlichen" auf ein von RumänInnen bewohntes Haus bei Cottbus berichtet und relativ offen dazu aufgerufen, eine Antifa-Demo in Bremen anzugreifen.

Die FAP-Düsseldorf

Betreiber des NIT Rheinland ist die Mitte 93 reaktivierte Düsseldorfer FAP. Die Telefonnummer des NIT ist identisch mit der des FAP-Kreisverbandes. Vor der bundesweiten Bekanntgabe der Telefonnummer des NIT meldete sich unter dem Anschluß ein Anrufbeantworter der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei in Düsseldorf"; die Nummer war auf FAP-Klebern gestempelt, die in Düsseldorf neben einer Vielzahl von "Anti-Antifa"-Klebern seit Anfang 1994 auftauchten. Die Düsseldorfer FAP gehörte bisher nicht gerade zu den aktivsten neofaschistischen Kräften in der Landeshauptstadt: 1987 gegründet trat sie lediglich durch kleinere Aktionen in Erscheinung. Es gelang ihr offensichtlich nicht, an Einfluß in der Szene zu gewinnen und ihr politisches Umfeld zu organisieren. Deshalb setzten mehrere Funktionsträger seit Ende der achtziger Jahre



Foto: Der Rechte Rand

Udo Birr (mit Brille, Mitte) und Norbert Weidner (davor)

auf andere Organisationen. Zuerst versuchten sie es bei den REPs, später dann bei der **Freien Wählergemeinschaft (FWG)** um **Herbert Zaunbrecher** und **Torsten Lemmer**. Die FWG bot eine hervorragende Möglichkeit, die Szene neu zu organisieren, an neue Leute heranzukommen und den Einfluß zu vergrößern. Nachdem im Frühjahr 1993 absehbar war, daß die FWG in Richtung Aus manövrierte und es zudem zu strategisch motivierten Ausschlüssen kam, von denen insbesondere **FAP'ler**, **NF'ler** und **JN'ler** "betroffen" waren, begann man mit dem Neuaufbau der FAP, gestärkt durch eine Reihe von zumeist jüngeren "Kameraden", die die FWG verließen oder vorher im Umfeld der FWG zu finden waren. Im Sommer wurde wieder ein Kreisverband gegründet und erste Aktivitäten gestartet. Darüber hinaus ist man ständig bemüht, rechte Jugendgruppen zu agitieren und in die Partei einzubinden.

Die Drahtzieher

Der Telefonanschluß des NIT Rheinland und der FAP Düsseldorf ist als Nebenanschluß in der Wohnung von **Udo Birr** in Düsseldorf-Reisholz geschaltet. Birr (geb. 16.3.65), der aus den Düsseldorfer FAP- und NF-Strukturen der achtziger Jahre kommt, war 1992 für die FWG u.a. stellvertretendes Mitglied des Stadtrat-Ausschusses für Fremdenverkehr, Stadtwerbung und Kongreßwesen. Er und **Lars Stehr** sind die Köpfe der Düsseldorfer FAP und zugleich die Betreiber des NIT Rheinland. Auch der Wirtschaft-Student (FH Düsseldorf) Lars Stehr (geb. 31.3.71) ist kein Unbekannter. Bereits im Alter von 13 Jahren engagierte er sich in der **Wiking Jugend**, später dann in der FAP. Ende der achtziger Jahre war er bereits FAP-Kreisvorsitzender, bis er von den Düsseldorfer REPs im Herbst 1989 als Kommunalwahlkandidat aufgestellt wurde. Nach der Spaltung der Düsseldorfer REPs zog es ihn zur FWG, für die er als 1. Stellvertreter im Ausschuß für Wohnungswesen amtierte und gemeinsam mit **Stefan Rasche** den "Jugendoppositionsstammtisch" aufbaute, über den Jugendliche angesprochen und integriert werden sollte, was auch teilweise gelang. Währenddessen soll er gemeinsam mit Birr und weiteren Düsseldorfer FAP'lern in die JN (**Junge Nationaldemokraten**) eingetreten sein, ein Trend, der sich



Foto: Stattzeitung Terz

Lars Stehr

übrigens bundesweit abzeichnet und in Zusammenhang mit einem evtl. bevorstehenden Verbot der FAP zu sehen ist.

Der eigentliche und wichtigste Drahtzieher, der hinter dem NIT Rheinland steckt, dürfte aber der Bonner FAP'ler **Norbert Weidner** sein. Auf dem Infotelefon, das ursprünglich in Bonn installiert werden sollte, ist des öfteren seine Stimme zu hören und diverse Formulierungen dürften wohl seinem kranken Hirn entsprungen sein. Die Postanschrift des NIT ist das Bonner "Anti-Antifa"-Postfach von Weidner, als Mailbox-Anschluß steht die Bonner "**Germania**" zur Verfügung. Allein der Fax-Anschluß ist nicht in Bonn zu finden, sondern beim NIT Hamburg angesiedelt. Aus welchen Gründen auch immer haben Weidner und seine Hamburger "Kameraden" es wohl vorgezogen, den Standort Bonn für das NIT zu meiden und stattdessen die Düsseldorfer "Kameraden" machen zu lassen.

Demo gegen FAP und NIT Rheinland

Am 12.8., einen Tag vor dem geplanten "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch", demonstrierten ca. 600 Menschen im Düsseldorfer Süden unter dem Motto "Keinen Fußbreit den Faschisten - Kampf der FAP - Gemeinsam gegen Rechts". Aufgerufen zu dieser Demo hatte neben dem **Antifa-KOK** (1) als Initiator eine Vielzahl weiterer Gruppen, Organisationen und Parteien, darunter u.a. der **AStA der FH**, die **VVN (NRW)**, die **Linke Alternative/GAL**, der **Ortsjugendausschuß** der **IG Metall** und das Düsseldorfer **Türkei-Zentrum**. Ziel der Demo war es u.a. aufzuzeigen, wer hinter der FAP und dem NIT Rheinland steckt, die Drahtzieher zu isolieren und angreifbar zu machen. Die Demo stieß in Reisholz, dem Stadtteil, in dem Stehr und Birr wohnen, auf großes Interesse bei den AnwohnerInnen. Vor dem Haus, in dem sich das NIT befindet, wurde eine Zwischenkundgebung abgehalten. Die Polizei beschränkte sich, im Gegensatz zu Demonstrationen in anderen Städten, auf einen massiven Schutz der Häuser von Birr und Stehr und auf das Erstellen diverser Videos, hielt ansonsten aber Abstand zu der nicht angemeldeten Demo.

Weiterhin fand am 13.8., organisiert von der "Initiative Frankenplatz", ein antifaschistisches Straßenfest in Düsseldorf-Derendorf statt. Der Frankenplatz, der sich zu einem Treffpunkt "rechtsradikaler Jugendlicher" (Rheinische Post) zwischen 17 und 28 Jahren entwickelt hat, ist in letzter Zeit zunehmend zum Haupt-Rekrutierungsfeld der Düsseldorfer FAP geworden. Bei einer Hausdurchsuchung bei 17 Mitgliedern dieser Gruppe, die auch schon an Angriffen auf AusländerInnen und Antifas beteiligt war, wurden 1993 neben Waffen auch reichlich FAP-Propaganda-Material gefunden.

Weitere Antifa-Aktivitäten in Derendorf und Reisholz sind in Planung.

(1) Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umland
Kontakt:
ANTIFA-KOK
c/o AStA FH D
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf
***Tel.: 0172 / 2 11 13 11** (rund um die Uhr erreichbar)*
Fax: 0211 / 45 23 69 *("ANTIFA-KOK" draufschreiben)*
***E-Mail: kok@anarch.do.open.de** (cl, internet)*

"Wir sind wütend"

Unter diesem Motto demonstrierten am 11.6. rund 700 bis 800 Menschen in Essen-Borbeck gegen die gewaltsamen Übergriffe rechtsradikaler Jugendlicher und die Machenschaften der Stadtverwaltung im Vorfeld des NPD-Parteitags im Schloß Borbeck. Aufgerufen hatten zahlreiche Jugendorganisationen, kirchliche Jugendliche, Antifagruppen und SchülerInnenvertretungen. Der Großteil der DemonstrantInnen waren SchülerInnen aus Borbeck. Die Größe und der Spaß den die Leute bei der Demo hatten, machte das etwas "Unprofessionelle" wett. Die Demo ist als Erfolg zu werten in den Bemühungen, die faschistischen Schläger Borbecks in die Schranken zu weisen.

"Abschreckung"

Auf Abschreckung setzte, laut WAZ Essen vom 10.8., das Schöffengericht, als es den 27jährige Neonazi **Roland K.** wegen zwei Fällen von Körperverletzungen (u.a. in Borbeck) zu dreieinhalbjahren Haft und Unterbringung in einer Entziehungsanstalt verurteilte. Durch dieses harte Urteil wurde zwar auf die Härte der aktuellen faschistischen Bedrohung in Borbeck verwiesen. Andererseits wurde der Prozeß und somit die Taten des Nazis entpolitisiert. Auf Antrag des Staatsanwalts **Schmidtmann**, stellte Richter **Kurzke** die politischen Vorwürfe (Gröhlen von Naziparolen) ein. So werden aus politisch rechts motivierten Straftaten "einfache" Gewaltverbrechen. Für den "Unpolitischen" wird im Knast dann die HNG sorgen, mit der er ja auch schon bisher regen Kontakt hatte.

"Gastrecht"

Das Gastrecht der Stadt Essen stand am 15.6. im Stadtrat von Essen zur Debatte. Nachdem öffentlich geworden war, daß die Stadt am 20.3.94 der **NPD** Schloß Borbeck für deren Parteitag überlassen hatte und somit ihren eigenen Beschluß von 25.2.87, den Faschisten keine öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen, zur Farce gemacht hatte, war es an der Zeit, das Bild der Stadt Essen zu kitten. So kam es zu einer Neuauflage des Beschlusses von 1987. War dieser Akt schon peinlich genug, setzten **FDP** und **CDU** noch einen drauf. Der Totalitarismustheorie verpflichtet: "Lechts gleicht Rinks" forderten beide Parteien, öffentliche Räume für linke Parteien zu verbieten. Für Herrn **Norbert Königshofen** von der CDU scheinen Linke gar noch ein größeres Übel als Nazis zu sein, denn für seine Partei sprechend äußerte er: "ein Verbot nur für Rechte geht uns nicht weit genug". Wie die **SPD** aber desweiteren mit antifaschistischen Initiativen zu verfahren gedenkt, offenbarte der Chefredakteur von Radio Essen Herr **Drescher** (gleichzeitig SPD-Mitglied). Er setzte kurzerhand eine Sendung der **Neuen Essener Welle** (NEW) ab, in dem diese recherchiert hatte, wie es dazu kommt, daß seit Anfang der neunziger Jahre die NPD-Parteitage regelmäßig in Essen stattfinden konnten. Und schließlich in städtisch verpachteten Räumen. Die Produzenten der Sendung kamen zu dem Schluß: "Wichtige VerantwortungsträgerInnen dieser Stadt haben in fahrlässiger Weise die rechte Propagandatätigkeit der NPD begünstigt." Diese Vorwürfe wollte Herr Drescher nicht über seinen Sender gehen lassen. Er empfindet dies als unzulässige Parteinahme. Eine Kopie dieser "unzulässige Parteinahme" stellt die NEW gegen Selbstkostenpreis allen Interessierten zu. NEW, Wilhelm Nieswandt Allee 104, 45326 Essen

Nazipropaganda im Forschungszentrum Jülich

Der 22jährige Auszubildende Andor Rauschen hat von seinem Arbeitsplatz in dem Forschungszentrum Jülich (KFA) Nazipropaganda in das weltweite Mailboxsystem Internet eingespeist. In recht professioneller Weise verbreitet Andor die Leugnung des Massenmordes an JüdInnen, wobei er sich sehr stark an dem sogenannten Leuchter Report orientiert.

Penibel rechnet Rauschen seitenweise die "Kapazitäten" der Gaskammern im Konzentrationslager Auschwitz zusammen. Rauschen wurde nach dem Bekanntwerden seiner "Mitteilungen" fristlos entlassen.

Andor Rauschen ist bereits seit längeren bei den Jungen Nationaldemokraten in Jülich aktiv. Im Herbst 93 mußte Andors Bruder Igor Rauschen bereits seine Ausbildung abbrechen. Der öffentliche Druck war zu groß geworden nachdem er von AntifaschistInnen als Organisator eines von den Jungen Nationaldemokraten in Jülich geplanten Nazirockkonzerts geoutet wurde.

Neonazis vor Gericht

Der 20 Jahre alte Sascha Wagner (Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten) und seine 3 Mitangeklagten waren im Februar 94 zum Ableisten von 100 Sozialstunden verurteilt wurden. Alle vier waren im Juni 93 auf dem Weg zu einer verbotenen Versammlung der rechtsextremen Deutschen Liga in Köln in eine Polizeikontrolle geraten. Dabei fand die Polizei eine geladene Gaspistole, zwei Baseballschläger, und eine 80 Zentimeter lange Eisenstange.

Während Wagners drei Mitangeklagten das Urteil annahmen legte Wagner Berufung ein die im Juli 94 nach zweitägiger Hauptversammlung abgewiesen wurde. Interessant ist hierbei das Funktionäre der Deutschen Liga aus Köln zum Prozeß angereist waren und Wagner durch den Kölner DLer Markus Beisicht verteidigt wurde.

Burschenschaftlerfrühschoppen gestört

Mit Trillerpfeifen und Sprechchören störten AntifaschistInnen am 2.07.94 den alljährlichen Frühschoppen des Convents der Aachener Korporationen(CDAK) auf dem Aachener Marktplatz. Mit dabei waren auch die drei Burschenschaft Alania, Libertas Brünn und Markomania, die dem rechtsextremen Dachverband Deutsche Burschenschaften und dessen Untergliederung der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) angehören. Die BG weist sowohl in programmatisch-ideologischer, als auch in personell-organisatorischer Sicht eine Vielzahl von Überschneidungen mit dem Spektrum rechtsextremer Organisationen und Verbände auf. So lud die Burschenschaft Libertas Brünn mehrmals den Antisemiten H.D. Sanders als Referenten ein. Dieser schrieb u.a. in der rechtsextremen Zeitschrift Nation Europa(Nr. 8/9 1989)"Wäre ich Jude, hätte ich heute schon Angst vor einem neuen Strafgericht Gottes."

Nazidemo

Am 16.7. fand in der niederländischen Grenzstadt Venlo eine Demonstration von ca. 60 - 70 holländischen und deutschen Nazis statt, die von der niederländischen Polizei aufgelöst wurde. Diese Demonstration fand in den sogenannten "Protestwochen vom 2. bis zum 17. Juli" statt, in der die Nazis gegen die Verbotsanträge gegen die NL und FAP agieren wollten. Von der BRD waren u.a. **Norbert Weidner** aus Bonn und **Dieter Riefling** aus Recklinghausen (beide FAP) anwesend. Von der **ANS/NL** waren u.a. **Eite Homann** und von der **CP 86 Martin Freling** und **Stuart Mourdaunt** (Mitglied der **British National Party**) vertreten. Schon am 11. Dezember letzten Jahres demonstrierten deutsche und holländische Nazis zusammen in der Grenzstadt Kerkrade gegen die Verbote ihrer Parteien in der BRD. Für den Rudolf Hess Gedenktag diesen Jahres fungierte als Ausweichtelefon das Telefon der CP 86 in Groningen. Die deutsch-holländische Achse werden den hiesigen Nazis so scheint es immer wichtiger und somit ausgebaut werden.



Ulf Kietzmann

Gütersloh: Keinen Raum den organisierten Neofaschisten!

Im Rahmen der Kampagne **"Aktion 94"** fand am 17.8.94 im Bielefelder Ortsteil Schildesche eine Demonstration zum Haus des Neonazis **Ulf Kietzmann** statt. Bereits 1989 machte der heute 24jährige von sich reden, als 30 Nazis unter Führung der damaligen **FAP-Kader Thomas Hainke** und **Bernd Stehmann** eine kleine Gruppe Punks mit Eisenstangen brutalst zusammenschlugen und z.T. lebensgefährlich verletzten. Später wurde Kietzmann Mitglied der inzwischen verbotenen **Deutschen Alternative**. Als rechte Hand von B. Stehmann versuchte er im Andreaskrug, einem Nazitreffpunkt im Bielefelder Vorort Schildesche, Jugendliche auf den "rechten" Weg zu bringen. aus den gleichen Gründen bewegte er sich einige Zeit in Hooligankreisen.

Kietzmann: Ein Aktivist der Anti-Antifa in Ostwestfalen-Lippe

Am 24.10.93 nahm er an einem Treffen der ebenfalls verbotenen **NF** in Detmold Pivitsheide teil. Spätestens seit Anfang 1994 organisiert Kietzmann die **"Anti-Antifa"**-Arbeit in Ostwestfalen. Im Januar 94 fotografierte er die TeilnehmerInnen einer Antifaveranstaltung in Bielefeld, am 23.5.94 die TeilnehmerInnen einer Demo gegen Bernd Stehmann anläßlich des Brandanschlages in Bielefeld (siehe letzte NRW-Ausgabe). Von den Demo-TeilnehmerInnen auf die Aktivitäten Kietzmanns aufmerksam gemacht, fand die Polizei in seinem Auto 121 Fotos der Demo gegen das NF-Zentrum vom 5.2.94. Als Antifaschisten ihn am 14.7.94 wieder einmal beim fotografieren einer antifaschistischen Demo bemerkten, floh er in die arme der Polizei, welche ihm seine Fotos natürlich nicht abnahm, ebenso wenig, wie sie es bislang für nötig erachtete, die Negative der sichergestellten Pivitsheide-Fotos zu sagen. Mit der Demo zu Kietzmanns Wohnung sollte die öffentliche Aufmerksamkeit auf Kietzmann gelenkt und klargemacht werden, daß es sich bei ihm, obwohl er seine Gesinnung gerne verleugnet, um einen hochaktiven Neonazi handelt, der maßgeblich Anteil an der Organisierung des Neofaschismus in Ostwestfalen hat.

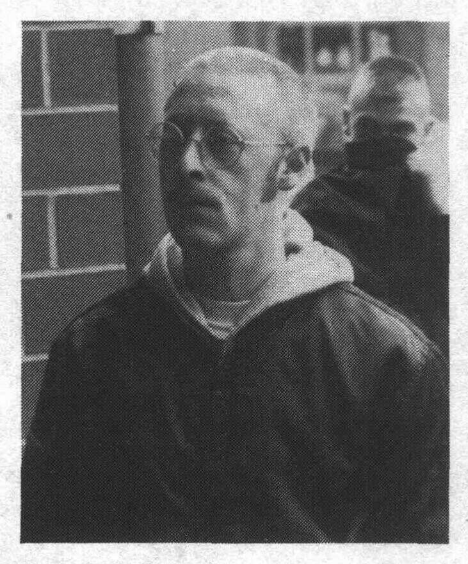
Ungebetene Gäste

Zu einer Veranstaltung zum Thema Skinheads hatte am 9. Juni der **Antifaschistische Bund (AFB)**, die Grünalternative Jugend Herne und die SV der Gesamtschule Wanne-Eickel geladen. Bei dieser Veranstaltung sollte es darum gehen, "ob die Mehrheit der Skinheads Nazis sind". Neben einer Ausstellung und Videos sollte der Buchautor **Klaus Farin** über das Thema referieren.

Beteiligen wollte sich dabei aber auch die **FAP** und so flatterte dem AFB ein Schreiben **Norbert Weidners** ins Haus, in dem dieser das Erscheinen von ca. 20 FAPlern und Skins ankündigte, "die für einen interessanten Dialog sorgen könnten". Für den Fall ihres Ausschlusses von der Veranstaltung kündigte Weidner "Störversuche" an. Der AFB ließ die Nazis daraufhin wissen, daß sie bei dieser Veranstaltung unerwünscht seien.

So kam es, daß sich am 9. Juni FAPler auf dem Schulhof der Herner Gesamtschule zu besagten Störversuchen einfanden. "Anführen" tat den Haufen **Dieter Riefling** aus Oer-Erkenschwick, FAP-Kreisvorsitzender und Herausgeber des Skinblatts "Der Aktivist". Die Gemeinde Rieflings erschien dem Anlaß entsprechend kahlgeschoren. Zivilgekleidete Anhänger seines Auftritts waren schon vorher in der Veranstaltung und auch sonst auf dem Schulhof zugegen. Darunter zahlreiche weibliche Personen. Während die große Zahl anwesender Polizisten so tat, als ginge sie der Versuch des Hausfriedensbruchs nichts an, mußte die Schar der Faschisten enttäuscht feststellen, daß das bloße Ankündigen ihres Auftreten, keine Türen öffnet. Kläglich und unverrichteter Dinge zogen sie Richtung Herner Bahnhof ab. Beschirmt durch die Polizei und begleitet durch türkische SchülerInnen, die an einem schleunigen Verschwinden der Nazis aus Herne interessiert waren. Die Veranstaltung verlief währenddessen ungestört.

Das Auftreten der FAPler erinnert sehr an die Auftritte von **Siegfried Borchardt, Gisbert Reichel** und **Christian Sennlaub** Ende der 80iger Jahre. Die damaligen Störaktionen der Nazis auf Antifaveranstaltungen hatten neben dem Zweck des Störens und der Schaffung von Publizität, die Funktion der Mobilisierung ihrer Gefolgschaft. Dieser sollte Aktionsfähigkeit bewiesen werden, Disziplin und Kommandostrukturen geübt werden. Sowie für größere Anlässe geübt werden. So ist zu vermuten, daß die Herner Aktion der FAP im Zusammenhang steht mit den vor einem halben Jahr angekündigten Aufmärschen der FAP im Ruhrgebiet, den **Deutschen Nationalisten (DN)** - Treffen in Dortmund und dem **Junge Nationaldemokraten** (JN) - Treffen am 4.6. in Dortmund. D.h., daß das militante Spektrum im Ruhrgebiet nach einigen Jahren Abstinenz sich wieder öffentlich in Szene setzen möchte. Für diese These spricht, daß der DN-Vorsitzende von NRW, **Robert Langnickel**, mal wieder anwesend war. Es scheint, daß er und Riefling für die Naziszene die Funktion einnehmen sollen, die vor 6-7 Jahren Borchardt oder Sennlaub innehatten. Die von Pushern, die sich in dieser Funktion bei jeder bietenden Gelegenheit für die Gefolgschaft in Szene zu setzen haben.



Dieter Riefling

Sennlaub und Borchardt sind mittlerweile zu alt für diese Spielchen und sitzen an wesentlich wichtigeren Drahtzieherposten.

Rechter Wahlkampf in Köln

Zur Kommunalwahl im Oktober werden neben der Deutschen Liga, die in allen 46 Wahlbezirken antritt, auch die Republikaner in etwa der Hälfte der Bezirke kandidieren. Zwischen ihnen läuft eine erbitterte Schlammschlacht. Für beide Parteien stehen die Chancen auf eine nochmalige Wahl in den Stadtrat mehr als schlecht.

Wahlkampf der DL

Die DL hat nach einigen Wochen der Pause in der Ferienzeit nun mit ihrem Wahlkampf angefangen. Dieser soll aus einer Mischung von "spektakulären Aktionen", Infoständen (laut eigenen Angaben 260 Stände in den letzten 6 Wochen) und permanenter Plakatierung bestehen. Dabei soll die DL auch von WahlkampfhelferInnen aus anderen Städten unterstützt werden. Schon vor dem Sommer veranstaltete die DL ein Dutzend Infostände in der Innenstadt und den Vororten. Einige wurden frühzeitig von AntifaschistInnen beendet. Teilweise versuchte die DL ihre Stände mit einem zehnköpfigen Schlägertrupp zu schützen. Auch setzten sie ihr Konzept um, daß **Rouhs** ein paar Wochen vorher in seinem Blatt **Europa Vorn** veröffentlicht hatte. Sie postierten unauffällig einen Photographen in der Nähe des Standes, der Antifas ablichtete. Teilweise verfolgte er diese durch die halbe Stadt. Die Bilder wurden später der Polizei übergeben. Nach den Sommerferien versuchte die DL bisher, Stände in mehreren Stadtteilen zu machen. Doch bauten sie diese jeweils nach ein bis zwei Stunden aufgrund ausgelöster Telephonketten wieder ab. Intensiv angelaufen sind bislang die Postwurfsendungen der DL, ihre Hetzpropaganda wurde bereits in die Briefkästen vieler Stadtteile verteilt. Zur Krönung ihres Wahlkampfes will die DL zwei Wochen vor der Wahl am 2.10.94 einen Bundesparteitag mit "Teilnehmern aus dem europäischen Ausland" in Köln veranstalten. Schon vor zwei Jahren hatte die DL ihren Parteitag in Köln-Weiß abgehalten. Mehr als 2000 Menschen protestierten damals dagegen, so daß viele DLer nicht in den Saal kamen.

DL ohne Räume

Eines der größten Probleme der DL im letzten Jahr war es, ihre Treffen ungestört abhalten zu können. Nachdem sie im letzten Sommer aus ihrem Büro in der Innenstadt rausgeflogen waren, weil der Vermieter die ständigen Proteste vor dem Haus leid war, stellte die Stadt ihnen einen Container in Köln-Kalk zur Verfügung. Dort bildete sich bald eine Anwohnerinitiative und es kam zu wöchentlichen Demonstrationen. Später brannte der Container auch noch durch einen Brandsatz aus. Die DL hatte sich allerdings schon ein paar Monate vorher

im September 93 unter dem Namen "**Seminargemeinschaft Peter Werntgen**" konspirativ einen Keller in der Deutzer Schaurtestraße angemietet. Dort fanden ihre mittwöchlichen Treffen statt. Als dies durch eine Demonstration der Antifa bekannt wurde, bildete sich auch dort eine Anwohnerinitiative. Die DL stellte die Räume auch für Feten von Jungnazis zur Verfügung. So fanden öfters Trinkgelage statt, bei denen laut AnwohnerInnen lautstark "Böhse Onkelz"-Platten gespielt und Nazilieder mitgegröhlt wurden. Auch die Rufe "Türkensau muß raus" und "Heil Hitler", waren des öfteren im Haus zu vernehmen. Im Mai fand ein Trinkgelage statt, bei dem sechs Jungfaschos hinterher durch Deutz zogen und Gäste eines nahegelegen linken Cafes anpöbelten. Die sechs Nazis, die Baseballschläger in der Hand hatten wurden jedoch von der Polizei festgenommen. Das Ganze war auch der dortigen Vermieterin zu bunt. Sie kündigte der DL, direkt nachdem sie über die wahre Identität ihrer MieterInnen Bescheid wußte, die Räume. Die Anwohnerinitiative hatte eine Demo mit 400 Leuten gegen das DL-Büro organisiert. Im Juli mußte die DL dann die Räume verlassen, da vor Gericht die Räumungsklage bestätigt wurde. Seitdem trifft die DL sich in den Räumen der Bezirksvertretung Köln-Kalk. Ihr Spitzenkandidat **Bruno Kirchner** ist dort Bezirksvertreter für die DL. Nachdem die DL aus sämtlichen angemieteten Räumen bisher rausgeflogen ist, sucht Manfred Rouhs nun per Aufruf in Europa Vorn Kapitalgeber für die Gründung der "Europa Vorn Verlags und Vertriebs GmbH & Co.Kg" sowie eine Immobilie für die Kölner Rechte. Es bleibt allerdings zu bezweifeln, ob diese Immobilie "eine wirtschaftlich sichere, politisch hochrentable Geldanlage" sein wird, wie Rouhs es ankündigt.

DL-Wahlliste - Das militante Lager

Bei der von der DL aufgestellten KandidatInnenliste zur Kommunalwahl läßt sich schnell feststellen, daß diese keineswegs, wie bisher immer angekündigt, von der ganzen Kölner Rechten unterstützt wird. Weder ein DVUler noch ein REP lassen sich auf der Liste entdecken. Die Liste besteht aus bekannten DLern und zwei Mitgliedern der Kölner NPD. Unterstützung erhält die DL allerdings aus dem militanten Lager. So ist der 25 jährige **Ulrich Klöries** auf Platz 18 der Liste. Klöries war vorher durch seine Aktivitäten bei der **FAP** aufgefallen. So wurde Klöries erst unlängst beim versuchten Naziaufmarsch in Luxembourg gesehen. Dort war er zusammen mit **Sascha Wagner** (JN) und **Siggi Borchardt** hingefahren. (Photo)

"Kein Pardon" zwischen DL und REPs

Monatelang belog die DL ihre AnhängerInnen, indem sie ihnen vorgaukelte, sie würde mit Unterstützung aller anderen rechtsradikalen Parteien als einzige rechte Kraft bei der Kommunalwahl antreten. Mittlerweile ist jedoch klar, daß die Republikaner ebenfalls zur Kölner Kommunalwahl antreten werden. Allerdings wegen mangelnden Unterstützerunterschriften nur in etwa der Hälfte der Wahlbezirke. Nachdem die DL ihre Lüge nun nicht mehr verkaufen kann, erklärte sie ihren rechten Konkurrenten nunmehr den "Krieg". Interessant ein Zitat aus der jüngsten Ausgabe der DL-Zeitschrift "Domspitzen":"... versucht eine handvoll offensichtlich vom Verfassungsschutz" gesteuerter Querulanten, die sich um einen Stammtisch in Köln-Lindenthal gruppiert, im letzten Moment eine Art Sabotagekandidatur. Wer solche Sabotage-Spielchen mitmacht hat sich im rechten Spektrum für immer diskreditiert. Er muß noch härter und konsequenter politisch bekämpft werden als diejenigen, die offen für den Multikulturalismus und den Untergang Deutschlands eintreten ... Es sei hiermit gewarnt: Pardon wird nicht gegeben!".

Ohne die REPs dabei namentlich zu erwähnen, macht die DL deutlich, wie sie mit ihnen umzugehen gedenkt. Schon vor ein paar Monaten hatte die DL versucht, die Wahlteilnahme der REPs zu behindern, indem sie eine Veranstaltung der REPs an die Antifa verriet. Kurz nach Erscheinen dieser Zeilen in den Domspitzen, schickte die DL wieder ein Fax an die Antifa, in dem sie vorgab, eine Veranstaltung in einer Ehrenfelder Kneipe abhalten zu wollen. Tatsächlich handelte es sich jedoch um einen wöchentlichen Stammtisch der Kölner Republikaner, der dann auch verhindert wurde. Doch damit nicht genug. Auch weitere interne Einladungen und Papiere der REPs bekam die Antifa in den folgenden Tagen seitens der DL zugeschickt. Bleibt zu hoffen, daß REPs und DL sich weiterhin die Köpfe einschlagen und nach der Kölner Kommunalwahl in der ihnen zukommenden Bedeutungslosigkeit verschwinden werden.

Ulrich Klöries

Anschlag auf marokkanisches Geschäft

"Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Anschlag liegen derzeit nicht vor". Mit diesem Standardsatz kommentierte die Kölner Polizei einen Brandanschlag auf ein marokkanisches Lebensmittelgeschäft in Köln-Seeberg. In dieses war in der Nacht ein Brandsatz geworfen worden. Nachdem das Feuer gelöscht war, fand die Polizei einen zweiten Brandsatz auf der Rückseite des Hauses.

Stadtanzeiger macht Wahlwerbung für die DL

Auf den "bunten Seiten" veröffentlichte der Kölner Stadtanzeiger am 27.8. sechs Porträts von jugendlichen KandidatInnen bei der kommenden Kommunalwahl. Neben KandidatInnen der SPD, CDU, FDP, GRÜNE, PDS ließ der Stadtanzeiger auf zwei Spalten mit Photo auch den Kandidaten der DL **Michael Bransch** zu Worte kommen. Völlig unkommentiert druckte der Stadtanzeiger seine Stellungnahme ab. Seiner nationalen Einstellung sowie die Tatsache, daß die armen DLer sich mit Tränengasdöschen gegen die Baseballschläger schwingende Antifa verteidigen müßten wurde ausreichend Raum gegeben. Die Vorstellung der sechs KandidatInnen stand unter der sinnigen Überschrift "Sechs für Deutschland".

Nazitreffen in Köln-Porz

Eine Woche nach dem gescheiterten Demoversuch der Nazis in Luxemburg, versuchten einige, im Rahmen ihrer Aktionswoche ein Treffen in Köln-Porz abzuhalten. Dies verhinderte jedoch die



Detlef Wölk

Polizei. Laut Polizeiangaben war einem Beamten rein zufällig eine Ansammlung von Nazis am Bonner Verteiler in Köln aufgefallen. Der alarmierte das Präsidium und die anwesenden etwas über 20 Nazis aus NRW wurden für ein paar Stunden festgenommen. Die Nazis hatten einen Konvoi von 7 Autos gebildet. Sieben der Festgenommen waren der Polizei am Wochenende davor in Luxemburg aufgefallen. Sie hatten Rudolf-Hess-Plakate, Fahnen einer Nazi-Jugendorganisation und Reichskriegsflaggen dabei. Vom Bonner Verteiler wollten sie zu einer Kneipe in Köln-Porz fahren. In Köln-Porz wohnt auch der in Luxemburg anwesende Kölner FAP-Chef **Detlef Wölk**.(Photo)

Rainer Reusch wieder aktiv

Der ehemalige REPler und Miethai Rainer Reusch betätigt sich weiterhin im rechtsradikalen Lager. Reusch wurde bei der Kommunalwahl 89 auf der REP-Liste in den Kölner Stadtrat gewählt. Der ehemalige FDPler überwarf sich jedoch bald mit seinen REP-KollegInnen und trat aus der Fraktion aus. Nachdem er kurzfristig einen Kreisverband der DSU in Köln gründen wollte, dies aber schiefging, meldet er sich nun wieder zu Wort. In der Ausgabe vom 5.8.94 der **Jungen Freiheit** setzte er eine Anzeige, in der er für die Gründung von Ortsgruppen des **"Zentralverbandes der Opfer des Stalinismus"** wirbt. Er sucht dafür "Opfer der linken Nazis". Bleibt abzuwarten, wann auch dieses obskure Projekt des erfolglosen Karrierristen scheitert.

BKA-Chef Zachert soll sich entschuldigen

Zutiefst empört und entsetzt zeigten sich einige der Angehörigen der Opfer des Solinger Brandanschlags und ihre Anwälte über den "massiven Eingriff" des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zachert, in das Ermittlungsverfahren. Als Ende letzten Jahres über die Fortsetzung der U-Haft für die mutmaßlichen Brandstifter entschieden wurde, erklärte Zachert, die Beweislage in diesem Verfahren sei "sehr schwach". Damals lagen bereits die sich ergänzenden Geständnisse von zwei der vier Angeklagten vor.

Zachert mußte am 1. September im Prozeß wegen des Solinger Brandanschlags vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf als Zeuge zu seinen Äußerungen Stellung nehmen. Der gelernte Jurist konnte nicht einen einzigen Fakt nennen, der seine Behauptung von einer sehr schwachen Beweislage rechtfertigte. Der BKA-Chef, dessen Behörde damals auch wegen des Vorgehens in Bad Kleinen kritisiert wurde, rechtfertigte sich mit hektischen Bedingungen während des Interviews, das zudem nicht so ausgestrahlt worden sein soll, wie es geführt wurde. Ein Anwalt der Nebenklage warf Zachert vor, mit seiner Äußerung Partei für die mutmaßlichen Brandstifter ergriffen und gleichzeitig die Opfer weiter verunsichert zu haben. Neben der durch fortgesetzten rechtsradikalem Terror geschürten Angst würden solche Äußerungen den Opfern das Gefühl des Alleingelassenseins vermitteln. Versäumnisse und Fehler bei der Aufklärung rechtsradikaler Straftaten dürften nicht ungeschoren bleiben. Zachert solle sich zumindestens für seine Äußerung bei den Opfern des Anschlags entschuldigen, wenn nicht die Verurteilung der vier Angeklagten Anlaß für Zacherts Rücktritt sein sollte.

Eine Angehörige der fünf getöteten Frauen und Mädchen erinnerte an Lichterketten und Versprechen, der rechten Gewalt Einhalt gebieten zu wollen. "Was ist aus euren Versprechen geworden?" fragte sie auf einer Pressekonferenz und: "Ist es wirklich so, daß dieser große Staat nicht in der Lage ist, diesen verblendeten Feinden der Menschen einen Riegel vorzuschieben?"

Brandanschlag auf Antifaschistin

In der Nacht zum 31. Juli 1994 verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf die Wohnung einer Antifaschistin; die Solingerin wurde in den letzten Monaten bereits mehrfach von der rechten Szene bedroht. Vor der Wohnungstür der Antifaschistin wurde mitten in der Nacht ein Textillumpen entzündet und ein antirassistischer Aufkleber an der Tür angeflämmt. Ein Nachbar hatte das Feuer noch rechtzeitig bemerkt und so größeren Schaden verhindert. Die Polizei ermittelt noch "in alle Richtungen", auch wenn sie einen Anschlag mit politischem Hintergrund für wahrscheinlich hält. In einer Presseerklärung der Solinger Antifa wurde kritisiert, daß die Spurensicherung in der Nacht von den Einsatzbeamten nur sehr oberflächlich ausgeführt wurde und daß die Polizei nur sehr zögerlich ihre Ermittlungen aufnahm.

Juungnazi Thomas Schlüss verurteilt

Thomas Schlüss, ehemaliges Hak-Pao-Mitglied, wurde von dem Amtsgericht Solingen wegen Verwendung verfassungswidriger Embleme zu 50 Tagessätzen à 30.- Dm verurteilt.

Der angeklagte Thomas Schlüss stand vor Gericht, weil er mit gerecktem rechten Arm und neonazistische Parolen brüllend durch Solingens Innenstadt gezogen war. In der Verhandlung hielt er sich allerdings sehr zurück - er konnte sich im Grunde an nichts mehr erinnern, und das nicht nur, weil er zum Tatzeitpunkt betrunken gewesen war. Wofür er sei Geld ausgebe, wurde er vom Richter gefragt. Für nichts. Was er in seiner Freizeit so treibe. Nichts. Keine Freunde, keine Bekannten, keine Vereine. Seinen Schädel habe er sich wegen einer Hautkrankheit kahl rasiert. Der Richter glaubte diesen Darstellungen im Wesentlichen. Er begründete die milde Strafe damit, daß bei einer Hausdurchsuchung keine verfassungswidrigen Embleme gefunden worden sind und mit dem geringen Verdienst von Schlüss. Schlüss hatte behauptet, daß er die Hälfte seines Verdienstes an seine Mutter abgebe.

Witten: Urteil gegen ex-NO Mitglied

Zu 1500 DM wurde **Jörg Friedhof** am 10. August verurteilt weil er am 21. November 93 mit einem Ring erwischt wurde, der mit SS Runen, einem Hakenkreuz sowie mit einer Gravur H. Himmler "verziert" war. Zu diesem verhängnisvollen "Unfall" kam es als Friedhof einen Freund aus der ehemaligen NO Kameradschaft in dessen Wohnung besuchte. Dummerweise hatte die Bochumer Kripo für diesen Tag gerade eine Hausdurchsuchung gegen die Mitglieder der Wittener NO angesetzt so daß sie auch Friedhof in der Wohnung an der Breitestraße in Witten antrafen und den Ring bei ihm sicherstellten. Weiterhin führte der 23 jährige eine Gaspistole in seiner Jacke, angeblich um sich vor den Türken zu schützen. Die Angst dürfte ein wenig berechtigt sein, schließlich zog er eine Zeitlang durch Witten-Annen und beschimpfte türkische Jugendliche bzw. wurde auch handgreiflich ihnen gegenüber. Er drohte ihnen an wenn sie ihm was tun würden würde er zur Polizei gehen und sie Anzeigen. Die von dem eher als reaktionär zu bezeichnenden Richter **Riepe** verhängte Strafe dürfte dazu führen das Friedhof demnächst den Knast von innen kennenlernen wird denn er hat noch zwei offene Bewährungsstrafen von insgesamt 2 Jahren laufen unter anderem hatte er vor ca. 2 Jahren eine Zeitungsbotin mit den Worten "Heil Hitler" überfallen und sie mit CS Gas besprüht. Eine weitere Strafe erwartet er in wenigen Wochen wegen einer nicht ganz so politischen Tat, er hat einen Einbruch begangen.

Wuppertal: Foltertod nach Abschiebung

Nach seiner Abschiebung zu Tode gefoltert wurde der 21jährige, aus Indien stammende Flüchtling Kuldeep Singh. Bei einer Routinekontrolle am 9. Mai in Wuppertal verhaftet wurde er in die Abschiebehaftanstalt Wuppertal-Barmen gebracht. Die Abschiebung erfolgte dann am 27. Mai auf Veranlassung des **Ausländeramtes Mettmann.**

Auf dem Flughafen in Neu Dehli wurde er sofort wieder verhaftet. Die Polizisten forderten die Eltern des Sikhs Singh auf, ein Lösegeld von umgerechnet 500 DM für seine Freilassung zu bezahlen, das sie nicht entrichten konnten. Singh wurde durch Elektroschocks und Schläge schwer gefoltert. In einem Krankenhaus erlag er am 29. Mai seine Verletzungen, zwei Tage nach seiner Abschiebung. Unmittelbare Todesursache ist Herzversagen. Bei einer Autopsie fand ein Ärzteteam zahlreiche äußere Verletzungen an dem Leichnam.

Kuldeep Singh floh im Oktober 1990 in die Bundesrepublik und beantragte politisches Asyl. Die Religionsgemeinschaft der Sikhs ist in Indien Verfolgungen ausgesetzt. Seinen Asylantrag lehnte das **"Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge** " 1993 als "offensichtlich unbegründet" ab. Nach dem ablehnenden Bescheid erhob Singh Klage vor dem Verwaltungsgericht und lebte illegal in Wuppertal. Seine Lebensunterhalt verdiente er sich als Rosenverkäufer.

Kommunalwahl: REPs wollen über die 5%

Die Republikaner werden am 16. Oktober in allen 34 Stadtbezirken zur Kommunalwahl antreten. Bei den Wahlen zu den zehn Wuppertaler Bezirksvertretungen werden die REPs in neun Bezirken auf Stimmenfang gehen.

Erstmalig werden die REPs ohne einen Gegner im rechtsextremen Lager um die Gunst der WuppertalerInnen ringen. Bislang hatte die **NPD** einen Teil der Stimmen des rechten Lagers in Wuppertal an sich gezogen und so in Konkurrenz zu den REPs dafür gesorgt, daß keine der beiden rechtsextremen Parteien den Sprung über die 5%-Hürde schaffte.

In den letzten Jahren gelang es den REPs nur einmal, im Wuppertaler Stadtgebiet mehr als 5% der Stimmen abzusahnen: Bei den Europawahlen 1989 erhielten sie 5,6% im Stadtgebiet im Vergleich zu 7,1% bundesweit. Bei den Europawahlen im Juni diesen Jahres, wo die REP ebenfalls als einzige größere rechtsextreme Partei auf den Stimmzetteln erschienen, erreichten sie im Wuppertaler Stadtgebiet allerdings nur noch 3,6% (bundesweit 4,2%). Es bleibt zu hoffen, daß dieser Abwärtstrend anhält.

Rassistischer Übergriff

Ein 22jähriger Grieche wurde in der Nacht vom 20. auf den 21. August in Wuppertal Unterbarmen von zwei Personen angegriffen. Sie traten ihrem Opfer mit Springerstiefeln gegen den Kopf. Der Überfall fand auf der Friedrich-Engels-Allee in Höhe der Martin-Luther-Straße statt.

Die Polizei nahm einen 15- und einen 17jährigen wegen des Überfalls fest. Der 15jährige wird von der Polizei der rechten Szene zugeordnet. In seinem Besitz fanden sich verbotene rechtsradikale Schallplatten.

In zweiter Instanz verurteilt

Im Berufungsverfahren wegen eines Überfalls auf das Flüchtlingswohnheim in der Ronsdorfer Lilienstraße wurde der 23jährige **Ralf Eichhorn** verurteilt. Wegen Steinen, die er bei dem Überfall am 22. Juni 92 warf, mußte der Auszubildenden sich wegen gefährlicher Körperverletzung und versuchter Sachbeschädigung vor dem Landgericht verantworten.

Das Wohnheim wurde Anfang der 90er Jahre mehrfach angegriffen. Eine antirassistische Wache vor dem Wohnheim zwang die Angreifer zunächst zur Flucht. Die Angreifer starteten dann aber nach Mitternacht eine neue Attacke. Von einem Stein getroffen, mußte ein 17jähriger Bewohner des Hauses zur Behandlung ins Krankenhaus.

In der ersten Instanz fehlte es an Beweisen für die Tatbeteiligung des Angeklagten, der deshalb zunächst freigesprochen werden mußte. Das Landgericht nahm jetzt eine Neubewertung der Zeugenaussagen vor. Gegen den Angeklagten sprach insbesondere, das mehrere Zeugen aus dem Flüchtlingswohnheim unabhängig von einander sein Foto aus mehreren hundert Fotos auswählten, die ihnen bei der Polizei vorgelegt wurden.

Der Lehrling, der in erster Instanz ein vermeintliches Alibi präsentierte, erhielt eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten ohne Bewährung. In diese Jugendstrafe wurde eine frühere Bewährungsstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung mit einbezogen.

Am Samstag in der Hauptstadt

Neonazis wollten in Luxemburg einmarschieren

Über 100 Festnahmen


Photo: Yvan Boeres

Die Sicherheitskräfte machten mit dem teutonischen Ungeziefer kurzen Prozeß

Luxemburg - Annähernd 200 deutsche, österreichische, französische, niederländische und britische Neonazis wollten am Samstag ausgerechnet in Luxemburg zum siebten Todestag von Hitler-Stellvertreter Hess demonstrieren.

Die Sicherheitskräfte griffen schnell und konsequent ein, so daß die geplante Aktion der Rechtsextremen vor der deutschen Botschaft bereits nach einer Stunde aufgelöst war. Insgesamt wurden am Samstag 125 bis 130 Skinheads und andere Neonazis verhaftet und abgeschoben.

Der genaue Ablauf der Ereignisse und erste Reaktionen: Seite 27